

Wiener Stadt-Bibliothek.

57291 F

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Derausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch 8. Jänner 1918. Nr. 1

Neujahrswünsche der verbündeten Städte.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat anlässlich der Jahreswende an eine Reihe von Grossgemeinden herzliche Neujahrsgriessungen gerichtet, die eben so herzlich erwidert wurden.

An Berlin: In treuem Ausharren waren wir waffenbrüderlich wider verbunden ein ganzes Jahr und treue Bundesfreundschaft soll unser Leitstern bleiben im Werden und Gestalten des jungen Jahres. Voll Verheissung bricht es sich Bahn aus dem Wirrsal dieser Kriegszeit und erhebt unsere Herzen zu neuem Hoffen und Sehnen. Möge uns Gottes heiliger Friede beschieden sein im neuen Jahre und unserem Volke den Lohn bringen für all den Heldenmut und Opferwillen, den es tausendfältig bewiesen hat! Möge der Friede dann das deutsche Volk zu neuem Glanz und neuer Herrlichkeit geleiten und des deutschen Reiches Hauptstadt in verjüngter Kraft einer segensreicher Zukunft entgegenführen.

Oberbürgermeister Wermuth erwiderte: Mit entschlossener Kraft, im Willen unbeirrt, treten wir mit unseren Waffenbrüdern auch in dieses neue Jahr. Keiner lässt von der Treue, ihre Frucht reift heran. In härtester opfervollster Schwert- und Werkerarbeit ist der Boden vorbereitet, auf dem als wurzelstarker Baum der Friede emporwachsen kann, unter dessen schirmender Krone wir unsere Zukunft bauen wollen. Hoch in der Weltgeltung soll sie uns finden, frei und glücklich soll sie sein, der einzig werthe Lohn schwersten Leidens und Mühens. Diese Zukunft wollen wir im Wirken vereinter und wettstreitender Kräfte zusammenleben im lebendigen Gefühl jedes von dem anderen Wert, brüderlich verbunden wie der Krieg uns sieht. Auf denn, dem Morgenrot entgegen!

An Budapest: Mit Freuden erinnere ich mich der Wiederkehr des Tages, an welchem ich als Bürgermeister der Stadt Wien bei der glänzenden Krönungsfeier in unserer Schwesterstadt Budapest so gastliche Aufnahme gefunden habe. Und wenn sich nun das Jahr wieder verjüngt, nährt es den sehlichststen Wunsch, dass unsere Freundschaft uns in alter Innigkeit erhalten bleibe und unsere Städte in verständnisvoller Harmonie miteinander wirken zum Segen der Bevölkerung und des gemeinsamen Ganzen! Ich grüsse Sie hochverehrter Herr Bürgermeister und Ihre schöne Stadt beim Wechsel des Jahres vom Herzen und wünsche Ihnen, dass der ersehnte Friede Stadt und Volk neue Kraft und neue Blüte bringe.

Dr. Barczy erwiderte: Die Feststimmung der Jahreswende - unserer vorjährigen Krönungsfeier wird gehoben durch die Erinnerung an die Teilnahme der Stadt Wien und des Hierverweilens ihres Bürgermeisters, deren Euer Exzellenz in den mir gütigst zugesandten Telegramme in so schönen Worten gedenken. Die Gädlichkeit die damals Eurer Exzellenz bei uns zuteil wurde, war ein Zeichen der Verehrung für Ihre Person und des dankbaren Verständnisses für die erfolgreiche Verständigungsarbeit, mit der Euer Exzellenz unsere Städte und cis und trans einander näher zu bringen nicht müde werden. Raslos wollen auch wir uns in der von Eurer Exzellenz gewiesenen Richtung zum Wohle unserer Bürgerschaften der beiden Staaten und der Monarchie bemühen. Mit Dank und vom ganzen Herzen erwidere ich im eigenen und im Namen der Stadt Budapest die von Eurer Exzellenz und der Herrlichen Stadt Wien uns zum Jah-

reswechsel gesandten Grüsse und Glückwünsche und erlebe von der Vorsehung, die über uns gewacht, dass das neue Jahr für uns alle ein Friedensjahr werde, mit all den Segnungen einer glorreichen Wiedergeburt.

An München: Wenn wir nun an der Quelle eines neuen Jahres stehen, sind unsere herzlichsten Wünsche zu unseren Brüdern im Bayerland gerichtet und es drängt uns, ihnen zu sagen, wie sehr wir uns mit ihnen eins fühlen, im Sinnen und Denken, im Hoffen und Sehnen. Ungezählte Opfer hat der Schlachtentod aus den Bergen und Tälern unserer Alpen und aus den Gemarkungen unserer Städte sich geholt und wir dürfen nun zu Gott hoffen, dass es uns im kommenden Jahre dem Frieden und mit ihm das Wiedererwachen zu neuem Kulturstreben bringe. Mit diesem innigen Wunsche grüsst die Stadt Wien zum Jahreswechsel die Hauptstadt des stammverwandten Bayernlandes.

Oberbürgermeister Dr. von Borscht erwiderte: Die warm empfundenen Worte inniger Zusammengehörigkeit, die Euer Exzellenz im Namen der Stadt Wien anlässlich des bevorstehenden Jahreswechsels an mich, beziehungsweise die Hauptstadt Bayerns zu richten die Güte hatten, hat bei uns ein freudiges sympathisches Echo hervorgeufen. Auch wir fühlen uns mit der lieben herrlichen Schwesterstadt Wien auf das Innigste verbunden, auch wir erhoffen im kommenden Jahre einen ehrenvollen Frieden, des Morgenrots im Osten uns entgegenleuchtet. Ihren Neujahrsgross erwidern wir hiemit auf das Herzlichste in der Zuversicht, dass das in treuer Waffenbrüderschaft in Not und Gefahr erprobte Bündnis für unsere Völker eine neue Periode gesicherter Entwicklung bringen wird.

An Ortelsburg: Im Namen der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien übersende ich unserem lieben Ortelsburg die herzlichsten Neujahrsgriessungen und gebe dem Wunsche Ausdruck, dass wir im Frieden bald Gelegenheit finden, unser Patenkind zu sehen und uns von der tatkräftigen Wiederherstellung und Verjüngung der Stadt in langersehntem Besuche persönlich überzeugen zu können.

Bürgermeister Mey erwiderte: Mit innigem Dank für die freundlichen Neujahrswünsche unserer lieben Patenmutter Wien erwidere ich diese Wünsche namens der Stadt Ortelsburg aufs Herzlichste. Wir fühlen uns glücklich, geschätzte Vertreter der sich um uns treusorgenden Kaiserstadt in hoffentlich baldigen Frieden bei uns als liebe Gäste erwarten zu dürfen.

An Sofia: Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien anbietet Ihrer schönen Hauptstadt zum Jahreswechsel die herzlichsten Grüsse und die besten Wünsche und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass uns nach Kampf und Sieg im kommenden Jahre ^{im Frieden} beschieden sei. Möge denn für Ihre Stadt und Ihr Land eine Zeit neuer Blüte und neuer Aufschwung kommen und möge unser im Kriege so herrlich bewährtes Bündnis unseren Völkern auch im Frieden die richtigen Früchte tragen.

Ein ähnliches Telegramm wurde an Konstantinopel gerichtet.

Ferner hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner an die Städte Dresden, Leipzig und Breslau Begrüssungswünsche gerichtet von welchen folgende Antworten einliefen:

Oberbürgermeister Blüher (Dresden): Der Reichshauptstadt Wien sende ich namens der Schwesterstadt Dresden die herzlichsten Glückwünsche für das kommende Jahr. Möchten die Hoffnungen, die wir auf den vom Osten nahenden Frieden setzen, sich voll verwirklichen

und für die in treuer Waffenbrüderschaft verbündeten Völker besonders aber für die schöne Stadt Wien eine Zeit glänzender Entwicklung hersaufführen.

Bürgermeister Roth (Leipzig): Herzlichen Dank übersenden wir für die bundesbrüderlichen Grüsse des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zum Jahreswechsel. Möge ein den ungeheuren Opfern des Krieges entsprechender Friede sich Gewähr sein für die gedeihliche Weiterentwicklung unserer im Feuer des Krieges noch enger zusammengeschlossenen Länder zu beiderseitigen Segen.

Der Magistrat der Stadt Breslau: Eurer Exzellenz und der Stadt Wien sprechen wir für die freundlichen Grüsse zum Jahreswechsel unseren herzlichsten Dank aus. Mit voller Zuversicht sehen wir der glücklichen Beendigung des Krieges im kommenden Jahre entgegen und hoffen, dass ein glücklicher Frieden die sichere Unterlage für weitere gedeihliche Entwicklung unserer Städte gewährleistet wird.

Kurs für Arbeitsnachweisbeamte im Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien.

Im Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien wurde im Einvernehmen mit der Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide - Landesstelle Wien ein Kurs für Arbeitsnachweisebeamte abgehalten. Veranlassung hierzu boten die Absicht der Regierung, anlässlich der Organisation der Arbeitsvermittlung in Oesterreich kriegsinvalide Mannschaftspersonen für den Beruf als Arbeitsnachweisebeamte auszubilden und das Streben der Amtsvorstellung, einstweilen einen Teil ihrer Angestellten, nach und nach aber sämtliche Beamte und Beamtinnen auf allen Gebieten der Arbeitsvermittlung praktisch und theoretisch zu unterweisen. Der Kurs hatte demnach 2 Aufgaben zu erfüllen. Es mussten einerseits Kursteilnehmer, die bisher auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung nicht tätig waren, ausgebildet andererseits bereits angestellte Beamte und Beamtinnen fortgebildet werden. Die Teilnehmer des Ausbildungskurses wurden in allen Abteilungen und Dienstvermittlungstellen des Arbeiterfürsorgeamtes einschliesslich der Statistik, sowie in der Arbeitsvermittlung für Kriegsinvalide und in der Lehrstellenvermittlung der Lehrlingsfürsorgekommission des gewerblichen Fortbildungsschulrates praktisch unterwiesen. Für die Teilnehmer des Ausbildungs- und Fortbildungskurses wurden gemeinsame Vorträge abgehalten.

Ferner wurde den Kursteilnehmern die Besichtigung grösserer Fabrikanlagen ermöglicht. Der Kurs war von 30 Teilnehmern (darunter 4 kriegsinvalide Mannschaftspersonen) besucht, von denen sich auch einige einer Prüfung unterziehen werden. Diese Kursveranstaltung, die auch die Beachtung und Unterstützung der Regierung gefunden hat, kann als vollkommen geglückt bezeichnet werden, weshalb in Zukunft weitere derartige Kurse in Aussicht genommen sind. Der nächste Kurs dürfte im Frühjahr 1918 stattfinden.

NB. Die Schaffearinnen der Strassenbahn sind instruiert, dass die Freikarten der Journalisten vom Ende März 1918 Gültigkeit haben.

2 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

1a

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

W i e n. 2. Jänner 1918.

Erbliche Redaktion:

In der 1. Ausgabe, 7. Zeile ist das Wort Fleischmarkt
selbstverständlich in „Fischmarkt“ zu ändern.

Weiters ist in der 1. Notiz der 2. Ausgabe „Statuten-
Änderung.....“ der 2. Absatz: Der Referent befragt.....
am Schlusse der Notiz zu setzen und der letzte Satz: Vicebzm.
Reumann..... abzu streichen.

I/G

2 Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michow,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Donnerstag, 3. Jänner 1918. No 2.

Der Schneefall. Mit Rücksicht auf den nächtlichen Schneefall wurde die Ausfahrt der Pferdeschneepflüge für 2 Uhr und die der motorischen Schneepflüge für 4 3/4 Uhr früh angeordnet. Der Frühauslauf erfolgte vollkommen fahrplanmässig. In der Nacht wurden mit 100 Mann Militär mit 60 Wagenfahrten der Schnee aus der Belvedere-, Rainer- und Johann Straussgasse abgeführt. Für heute sind uns 1000 Mann Militär zugesagt und waren bis 6 Uhr früh 1200 Schneearbeiter aufgenommen.

I/6

3

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 5. Jänner 1918. Nr. 3

Vom Museum der Stadt Wien. Das historische Museum der Stadt Wien im Rathause muss wegen gegenwärtiger Unheizbarkeit für den Besuch des Publikums bis zum Eintritt wärmerer Jahreszeit geschlossen bleiben.

Beförderungen in der Stadtbuchhaltung. Der Stadtrat hat heute nach einem Berichte des VB. Hoss den Rechnungsrat August Oehler zum Oberrechnungsrat, den Titular - Oberrechnungsrat Herrmann Löffler, Extrastatus zum Oberrechnungsrat, den Rechnungs - Oberrevidenten Karl Ried zum Rechnungsrat ernannt und dem Rechnungsrat Franz Paul den Titel Oberrechnungsrat verliehen.

Erste österreichische Sparkassa. Im abgelaufenen Monate Dezember 1917 wurden bei der Ersten österreichischen Spar - Kasse im Spar - und Scheckverkehr von 29.121 Parteien K 21,368.756.64 eingelegt, an 15.510 Parteien K 20,914.753.73 rückgezahlt und belief sich der Gesamt-Einlagen-Stand am 31. Dezember 1917 auf K 688,537.696.46. Hypothekar-Darlehen wurden zur Zeichnung von Kriegsanleihe K 1,003.500 zugezählt dagegen K 907.399.14 rückgezahlt und stellte sich der Stand der Hypothekar - Darlehen am 31. Dezember 1917 auf K 326,329.739.12. Die Pfandbrief - Darlehen beliefen sich am 31. Dezember 1917 auf K 18,274.499.04 und waren an 60 jährigen Pfandbriefen im Umlaufe K 18,659.200. Wechsel wurden K 12,665.230.06 eskontiert und K 8,051.112 einkassiert; der Stand der Wechsel - und Salinen - Portefeuilles betrug am 31. Dezember 1917 K 49,482.753.40.

Die nächstwöchentliche Buttermenge. In der Verteilung der Fettmenge für die nächsten Wochen wird der derzeitige Modus beibehalten und werden sowohl durch die städtischen Abgabestellen als auch im Wege der Konsumentenorganisationen 3 dkg Butter und 2 dkg Margarine pro Kopf zur Ausgabe gelangen.

Petroleumbezugskarten für Hausbeleuchtung. Am Samstag, 6. Jänner tritt die Petroleumkarte für Hausbeleuchtung, d. i. für die Beleuchtung der Höfe, Stiegen und Gänge mit der Gültigkeit bis 3. August in Kraft. Behufs Behebung dieser Karte haben sich die anspruchsberechtigten Hausbesitzer oder deren Beauftragte vom Samstag, 5. Jänner angefangen an einem beliebigen Wochentage während der gewöhnlichen Amtsstunden bei der zuständigen Brot- und Mehlkommission mit dem zu ihrer Ausweisleistung erforderlichen persönlichen Meldezettel und dem Stamme der abgelaufenen Petroleumbezugskarte einzufinden.

Bezirksratssitzung. Am Freitag, 4. Jänner ds. J. 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung des 18. Bezirkes eine Sitzung ab.

Wiener Stadtrat.

Sitzung am 4. Jänner 1918.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und die VB. Hierhammer, Hoss und Rain.

Nach einem Antrage des StR. Schmid wird die Abwechslung der alten Kohlenbrecher des Kraftwerkes Simmering gegen 2 Doppelbrechwerke neuester Konstruktion (Patent Seitner) um den Betrag von 56.660 Kronen genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Tomola wird dem Zentralverein zur Errichtung Unterhaltung von Knabenhorten in Wien für das Jahr 1918 eine Subvention von 110.000 Kronen gewährt.

Nach einem Antrage des StR. Schwer wird dem Exerziermeister 1. Klasse der städtischen Feuerwehr Kapl Schiener in Anerkennung seiner mehr als 25 jährigen verdienstvollen Dienstleistung ein Ehrengeschenk von 300 Kronen und dem Lebeschmeister 1. Klasse Franz Dietz ein Ehrengeschenk von 60 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Dr. Hoss wird die Beistellung von Seife für die Körperreinigung an die Pflüglinge der geschlossenen Armenpflege genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Braun wird eine Liegenschaft im 11. Bezirk an Donauekanal nächst den städtischen Elektrizitätswerken im Ausmasse von 11.711 m² um 170.000 Kronen angekauft.

Nach einem Antrage des StR. Dr. Haus werden die Bestimmungen über die Erlangung des Definitivums der städtischen Sanitätsmannschaft abgeändert und deren Bezüge neu geregelt.

Nach einem Antrage des StR. Schmid werden für die Lieferung von Apparaten für die Freileitung Ebenfanta Wien der städtischen Ueberlandzentrale 49.500 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Dr. Hoss wird der Lohnregulierung weiblicher Angestellter im Kaiser Jubiläumsspital zugestimmt.

Preise für ungarische Fettgänse. Mit Gültigkeit von Samstag, den 5. ds. M. wird der Höchstpreis für ungarische Fettgänse wie folgt abgeändert: Der Verkaufspreis für die Grosshändler ab Verkaufsort wird mit höchstens 21.60 Kronen per kg, für die Detaillisten mit höchstens 22.35 Kronen per kg festgesetzt.

Die Gemeindevermittlungssachen. Die Sühneverhandlungen zur Vermittlung von Streitigkeiten bei den Gemeindevermittlungssachen^{Handschick} Neubau und Josefstadt finden in diesem Monate am 9., 16., 23. und 30. statt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang Wien, Freitag, 4. Jänner 1918. Nr. 4.

Die Anstellung der Bezirksschulinspektoren. Im Unterrichtsausschusse des Abgeordnetenhauses steht dernalen ein von den Abgeordneten Fink, Schoepfer, Meixner, Miklas und Wemossn eingebrachter Gesetzentwurf betreffend die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren in Verhandlung. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den Bezirksschulrat aufgefordert, zu diesem Entwurfe Stellung zu nehmen und der Bezirksschulrat hat unter dem Vorsitze des VB. Hoss nach einem Antrage des administrativen Referenten Obermagistratsrates Artzt nachstehenden Beschluss gefasst: Der k.k. Bezirksschulrat begrüsst den aus dem Kreise der Reichsratsabgeordneten hervorgegangenen Antrag betreffend die definitive Anstellung der Bezirksschulinspektoren aufs wärmste und spricht die Zuversicht aus, es werde die Bezirksschulinspektoren nach einem bald fünfzigjährigen Provisorium eine Stellung gegeben werden, die ihren bedeutenden Amtspflichten und ihrer grossen Verantwortlichkeit vollauf entspricht. Im Besonderen beantragt der Bezirksschulrat es mögen die Bezirksschulinspektoren nach Ablauf einer im Schulaufsichtsdienste zugebrachten, in jeder Hinsicht zufriedenstellenden Verwendung in der Dauer von 3 Jahren, also nach einer im Voraus fest bestimmten Zeit die definitive Anstellung unbedingt erlangen und wenigstens die in Wien fungierenden Bezirksschulinspektoren im Falle ihrer definitiven Anstellung in die 8. Rangsklasse eingereiht werden. Dieser Beschluss wird vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner in einer begründeten Eingabe den Schulaufsichtsbehörden übermittleit werden.

Störungen bei Automatengasmessern. Die Störungen bei Automatengasmessern infolge Steckenbleibens der Münzen nehmen, seitdem durchwegs nur eiserne 20 Hellerstücke im Verkehr sind, sehr Überhand. Die geringere Stärke der eisernen Münzen gegenüber der alten Nickelmünzen verursacht, dass bei der Ausprägung einzelne Stücke verzogen oder eingebaucht werden. Derartig schüsselförmige Münzen eignen sich nicht zur Bedienung des Automatwerkes. Da die städtischen Gaswerke unter den gegenwärtigen Verhältnissen meist nicht in der Lage sind, die Störungen rasch zu beheben, werden die Besitzer von Automatengasmessern in ihrem eigenen Interesse ersucht, nur vollkommen flache, fehlerlose Münzen zu verwenden.

Verkauf von polnischen Gänsen. Morgen (Samstag) findet der Verkauf von polnischen Gänsen zum Preise von K 10.20 per kg an folgenden Verkaufsstellen statt: Leiss, 1. Singerstrasse; Filipp, 2. Markt in Werd; Dechant, 3. Grossmarkthalle; Rechberger, 4. Naschmarkt, Waalla, 4. Weyringergasse; Simatovitsch, 5. Schönbrunnerrasse; Holub, 6. Markthalle Damböckgasse; Mesgolitsch, 7. Markthalle Burggasse; Wlassaby, 8. Markthalle Stadiongasse; Mrskorsch, 9. Markthalle Nussdorferstrasse; Fangler, 9. Markthalle Nussdorferstrasse; Farkas, 9. Markt Müllergasse; Stampf und Czarnan, 10. Markt Eugenplatz; Gay, 11. Markt Enckplatz; Novack und Gröll, 12. Markt in Meidling; Gass, 14. Meisselstrasse; Winter, 16. Thaliastrasse; Reithofer, 16. Markt Brunnengasse; Gludovatz, 17. Dornierplatz; Schmalzbauer, 18. Gentzgasse; Adametz, 18. Markt Kutschkergasse; Kammer, 20. Klosterneuburgerstrasse; Grimm und Filipitsch, 20. Markt am Spitz

Neujahrsgrüsse von Städten. Oberbürgermeister Radeff (Sofia) hat an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm gerichtet: Die Begrüssungen und Glückwünsche, welche anlässlich des neuen Jahres aus dem brüderlichen Wien zukamen, erwecken in uns Gefühle der tiefsten Dankbarkeit und Sympathie. Die Hauptstadt Bulgariens war immer stolz auf die engen Bande, welche sie mit der Hauptstadt des benachbarten Kaiserreiches verbinden. Die unblütlichen Bande, welche durch die siegreichen Waffen der Völker des Kaiserreiches und Bulgariens geknüpft wurden, eröffnet zugleich einen breiten Weg für wissenschaftliche und kulturökonomische Beziehungen, wie für eine durch das Blut der gefallenen Kämpfer besiegelte Freundschaft. Wir sammeln Kräfte, um die durch den Krieg aufgehaltene kulturelle Entwicklung nachzuholen und um die Schönheit des historischen Wiens zu erreichen. Wir wünschen glückliche Tage den edlen Wiener Bürgern. Möge Gott unsere Herrscher schützen und möge er die Arbeit der Bürger segnen.

Auch Bürgermeister Michailoff (Rustschuk) hat an den Bürgermeister einen herzlichen Neujahrsgrüßwünsch gerichtet.

Errichtung einer Fürsorge- und Berufsberatungsstelle für Frauen in Arbeiterfürsorgeämtern der Stadt Wien. Um beim Uebergange der Kriegs- in die Friedenswirtschaft eine rasche Unterbringung der aus ihren bisherigen Berufen gedrängten Frauen und Mädchen zu ermöglichen, hat der Stadtrat beschlossen, die gewerbliche Frauenabteilung des Arbeiterfürsorgeamtes in der Weise auszugestalten, dass ihr eine Fürsorge- und Berufsberatungsstelle angegliedert wird, deren Aufgabe es ist, die arbeitslosen Frauen und Mädchen in beruflicher Hinsicht, zu beraten und für sie auch anderweitig insbesondere durch Erforschung neuer Erwerbsmöglichkeiten, Beschaffung von passenden Arbeitsplätzen etc. zu sorgen. Gleichzeitig wurde das Anerbieten des katholischen Wohltätigkeitsverbandes und der Zentralstelle für weibliche Berufsberatung, einstweiligen für die Zeit der Uebergangswirtschaft die Berufsberatung in der Fürsorge- und Berufsberatungsstelle zu übernehmen und bei der Fürsorgetätigkeit mitzuwirken, dankend angenommen. Die Berufsberatung der aus der Schule austretenden Knaben und Mädchen bleibt jedoch nach wie vor der Lehrlingsfürsorgekommission des gewerblichen Fortbildungsschulrates überlassen.

Verband österreichischer Nutz- und Messetauben - Zuchtvereine. Die konstituierende Versammlung dieses Verbandes, zu welcher alle Taubenzüchter und Freunde eingeladen werden, findet am 13. Jänner 1918 um 4 Uhr nachmittags in Math. Otto Restauration in Wien, 12. Bezirk Assmayergasse 54 statt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 5. Jänner 1918. N^o 5.

Armenlotterie. Die Gemeinde Wien veranstaltet heuer die 103. Lotterie zu Gunsten der Armen Wiens. Nach dem Spielplane gelangen insgesamt 5.950 Treffer im Werte von zusammen 200.000 Kronen zur Verlosung, darunter der erste Haupttreffer zu 20.000 Kronen, ferner das vom Kaiser gespendete silberne Tafelservice sowie Geldtreffer zu 2000, 1000, 200 und 100 Kronen. Die Geldtreffer werden bar ohne Abzug ausbezahlt. Die Ziehung findet am Faschingsdienstag den 12. Februar d. J. statt.

Kohlenabgabe. Infolge der griechisch-orientalischen Feiertage bleiben die städtischen Kohlenlagerplätze in Baumgarten Altmannsdorf, Floridsdorf und Grinzing, woselbst der grösste Teil der Arbeiter (russische Kriegsgefangene und ruthenische Mannschaft) dieser Religion angehören, am 7. und 8. Jänner geschlossen. Die an diesen Tagen Bezugsberechtigten können auf diesen Plätzen die Kohle entweder am Sonntag, 6. Jänner in der Zeit von 8 - 12 Uhr vormittags oder am Mittwoch, 9. Jänner während der gewöhnlichen Verkaufsstunden abholen.

Kaiser Jubiläumsspital. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hierhammer die Schlussrechnung für den Bau des Kaiser Jubiläumsspitals genehmigt. Trotzdem während des Baues eine Reihe von Mauerherstellungen erforderlich waren, welche insgesamt 226.747 Kronen verursachten, sind die tatsächlichen Ausgaben in der Höhe von 10.946.312 Kronen um 36.693 Kronen geringer als veranschlagt. Es ist somit die von vielen Seiten als sicher zu erwartende hohe Ueberschreitung der genehmigten Summe nicht nur nicht eingetreten, sondern es ist durch die entsprechende Sorgfalt bei der Bau- und Rechnungsführung gelungen, das erwähnte günstige finanzielle Ergebnis zu erzielen.

Neue Gassenbezeichnungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Müller die Verlängerung der Niederhofstrasse bis zur Flurschützgasse nach dem um die Wiener Kunstgeschichte verdienten Schriftsteller Franz Heinrich Böckh mit „Böckhgasse“, die quer zu den übrigen Strassenzügen verlaufende Verbindung zwischen Murlingergasse (Ecke Längenfeldgasse) und Malfattgasse (Ecke Flurschützgasse) nach dem Senatspräsidenten Theobald Freiherrn von Rizy mit „Rizygasse“, die Verlängerung der Deckergasse nach dem FML. Leopold Grafen von Rotakirch und Panthen mit „Rothkirchgasse“, die senkrechte Verbindung zwischen der Assmayergasse und Längenfeldgasse nach der Siege der Oesterreicher über die Franzosen im Jahre 1799 bei Ostrach mit „Ostrachgasse“, die beim Marschallplatz im 12. Bezirk beginnende Gasse nach dem Sealsorger und Ehrenbürger von Hetzendorf Franz Rohrwasser mit „Rohrwassergasse“ benannt und die Verlängerung der Malfattgasse bis zur Wrndtstrasse in die Bezeichnung Malfattgasse einbezogen.

Die Kriegergrabstätte auf dem Zentralfriedhof. Nach einem Antrage des StR. Braun wurden vom Stadtrate die im Verwaltungsjahr 1917/18 voraussichtlich erwachsenden Kosten der Erweiterung der Kriegergrabstätte im Wiener Zentralfriedhofe und der Erhaltung und Ausschmückung der ganzen Anlage im Betrage von K 217.800 genehmigt.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1½ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der üblichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes O der Kartoffelkarte. Die derzeitige Kartoffelkarte gilt bis einschliesslich 12. Jänner 1918. Die neue Kartoffelkarte kann jedoch aus technischen Gründen durch die Brot- und Mehlkommission erst am 19. Jänner d. J. gemeinsam mit den übrigen Lebensmittelkarten ausgegeben werden. Die Kartoffeln werden daher in der dazwischen liegenden Woche vom 14. bis 19. Jänner gegen Abgabe des Stammes der derzeit geltenden Kartoffelkarte abgegeben. Von diesem Stamm wird von den Kartoffelabgabestellen die rechte Hälfte abgetrennt und zurückbehalten. Die linke Hälfte, welche den Namen und Wohnort des Kartenbesitzers und der Verkaufsstelle enthält, wird den Kartoffelkartenbesitzern zurückgegeben. Die Bevölkerung wird daher aufgefordert, den Stamm der Kartoffelkarte nach Abtrennung des letzten Abschnittes O im Laufe der nächsten Woche nicht etwa wegzuerwerfen, sondern für die Abgabe in der Woche vom 14. bis 19. Jänner sorgfältig aufzubewahren.

Ernennungen. Der Stadtrat hat den dem magistratischen Bezirksamte Hernalds zugewiesenen Magistratssekretär Eduard Heilingsetzer zum Magistratsrate ernannt. Seit 15 Jahren im Bezirke Hernalds tätig, erfreut sich dieser ausserordentlich tüchtige Beamte sowohl bei den ihm unterstehenden Personale, als auch bei der Bevölkerung des Bezirkes grosser Beliebtheit. Ferner wurden ernannt: Dr. Julius Schiller zum städtischen Oberarzt, Karl Grünzweig zum Hauptkassaadjunkten, Josef Stabernak zum Kanzleioffizial und Alfons Häuser zum Kanzleiakzessisten. Heinrich Reisinger zum Schuldiener 1. Bezugsklasse; Alexander Weitsch, Leopold Rieder, Franz Grabmayer, Josef Tluchor, Anton Weissensteiner, Johann Lukschal, Johann Kasper, Franz Tobritzhofer, Leopold Ehrigott, Franz Hochenfellner und Adolf Engel zu Schuldienern 2. Bezugsklasse.

Entfallender Empfang. Wegen dienstlicher Verhinderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner entfällt der übliche Montagsempfang.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michner.
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 7. Jänner 1918. Nr. 6.

Staatliche und gemeindliche Wohlfahrtspflege. Am 5. d. M. erschien Bürgermeister Dr. Weiskirchner in Begleitung der Vorstände der magistratischen Wohlfahrtsämter beim Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja, um mit ihm eine Reihe von Anregungen und Wünschen der Gemeinde Wien auf den einschlägigen Fachgebieten zu erörtern. Bei dem sich ergebenden Meinungsaustausch besprachen Amtsdirektor Gemeinderat Rummelhardt insbesondere die Fragen der Lehrlingsfürsorge, Magistratssekretär Hofer jene des Arbeitsnachweises, Magistratssekretär Gold die Ausgestaltung der Jugendfürsorge, Magistratsrat Dr. Sagmeister die Angelegenheiten des Wohnungswesens und Magistratssekretär Dr. Hornek jene der allgemeinen Wohlfahrtspflege sowie der Mittelstandsfürsorge. Am Schlusse der Besprechung konnte Minister Dr. Mataja mit lebhafter Befriedigung feststellen, dass die von den Vertretern der Gemeinde Wien vorgebrachten Anregungen durchaus den Absichten des Ministeriums für soziale Fürsorge entsprechen, welches demnächst die notwendigen Massnahmen zu deren Verwirklichung einleiten wird. Auch wurde die Aufrechterhaltung eines regen ständigen Verkehrs zwischen den Organen der Gemeinde Wien und jenen des Ministeriums für soziale Fürsorge in allen Fragen der Wohlfahrtspflege vereinbart.

Ueber die Ursache der Beschädigungen an den Strassenbahnwagen beim Schneefall erfahren wir folgendes: Zahlreiche Motorwagen werden bei heftigem Schneefall dadurch vorübergehend betriebsuntauglich, dass die tief zum Strassenpflaster herabreichenden Schutzvorrichtungen durch die sich ansammelnden Schneemassen ausgelöst werden, vom Wagenführer unbemerkt herabfallen und bei der Fahrt über vorstehende Pflastersteine zerbrechen. Auch der Schnee selbst schoppt sich unter und auf den Schutzvorrichtungen an und führt zu deren Zerstörung. Bei den letzten starken Schneefällen wurden diese Anstände durch ein Feststellen des Schutzkorbes in gehobener Stellung teilweise verhindert, wobei aber die Wirksamkeit der Schutzvorrichtung vorübergehend ausgeschaltet war. Viele Anstände verursacht das Salzstreuen, welches nötig ist, um den Mechanismus der Weichen und die Schienenrillen schneefrei zu halten, da sonst Entgleisungen der Wagen nicht zu vermeiden wären. Das in den Rillen entstehende Salzwasser wird durch die Drehung der Räder verspritzt und kommt dadurch auf verschiedene unter dem Wagenfussboden angeordnete Teile der elektrischen Ausrüstung heran. Es führt dies zu Kurzschlüssen und Abbränden von Widerständen, Kabelanschlüssen, Sicherungen u.s.w. Alle diese Fehler lassen sich verhältnismässig leicht beheben; länger dauernde Reparaturen aber verursachen die Schäden der Fahrschalter und insbesondere der Motoren selbst, die durch Ueberanstrengung der Motorwagen verursacht werden. Diese sind durch die ausgedehnte mit Rücksicht auf den Mangel an Motorwagen nötig gewordene Verwendung von Anhängewagen und durch die bedeutende dauernde Ueberfüllung der Wagen ohnehin schon sehr stark in Anspruch genommen. Beim Schneetreiben ist nun der Wagenwiderstand auf dem Gleis zufolge des an den Rillen und auf den Schienen liegenden Schnees wesentlich höher. Besonders nachteilig aber ist

der Umstand, dass beim Schneetreiben das Strassenfahrwerk auf den am raschesten schneefrei gemachten Strassenbahngleisen fährt, aber auch dort vielfach stecken bleibt und nur langsam vorwärts kommt, was zur Folge hat, dass die Strassenbahnzüge fortwährend ihre Fahrt verzögern oder sogar stehenbleiben müssen. Der Wagenführer muss daher die Motoren viel öfter als sonst aus- und wieder einschalten, den Wagen bremsen und wieder in Gang bringen, was ganz bedeutende Erhöhungen des Stromverbrauches, vor allem aber grosse öftere Stromstösse zur Folge hat, die sowohl die Schalter als auch die Motoren zugrunde richten. Bei den letzten Schneefällen sind durch Abhängung von Beiwagen die Verhältnisse in dieser Beziehung etwas verbessert worden, was aber nicht hinreichend war, um die sehr grossen Ueberanstrengungen der Motoren und damit im Gefolge die grossen Beschädigungen der motorischen Einrichtung zu verhindern.

Als Folge der letzten Schneefälle sind allein 150 Motoranker schadhaft geworden, deren Reparatur natürlich einige Wochen Zeit in Anspruch nimmt. Berücksichtigt man nun noch, dass im heurigen Jahr täglich rund 70 Züge für die Beförderung von Kohlen, Kartoffeln und sonstigen Approvisionierungsgütern, dann für militärische und Posttransporte verwendet werden, dass wir während der Schneezeit täglich bis zu 35 Sonderzüge für die Beförderung der militärischen und Zivilschneearbeiter aus ihren an den Stadtgrenzen liegenden Unterkünften bis zur Arbeitsstelle benötigen, welche uns gerade zu den Hauptverkehrszeiten früh, mittags und abends fehlen, dann ist es begreiflich, dass der eigentliche Personenverkehr in sehr bedeutendem Mass eingeschränkt werden muss, was natürlich wieder zu riesigen Ueberfüllungen und Beschädigungen des Wagenparkes führt. Noch schärfer wird dies, wenn während des Schneetreibens selbst rund 90 Motorwagen für den Schneeflug- und Salzwagendienst verwendet werden müssen. Die Reparaturen werden durch Heranziehung neuer Arbeiter - soweit dies möglich ist - und durch vermehrte tägliche Ueberstundenleistungen in rastloser Arbeit durchgeführt, aber es muss neuerlich betont werden, dass in den nächsten Wochen nur mit einem sehr eingeschränkten Personenverkehr gerechnet werden kann, insbesondere, wenn neuerlich grosse Schneefälle eintreten sollten.

Neue Bürger. Der gemeinderätliche Ausschuss für die Verleihung des Heimats-^{imm} Bürgerrechtes der Stadt Wien hat das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Leopoldstadt: Karl Franz Doifl, Hotelier; Karl Nowotny, Selchwarenverschleisser; Leopold Matzka, Privatbeamter; Matthias Nemeč, Schneidermeister (Berichterstatter GR. Rotter).

Wieden: Karl Boschetti, Kapellmeister und Domorganist (Berichterstatter GR. Breuer).

Mariahilf: Andreas Steirer, Gastwirt; Alois Novotny, Damenkleidermacher; Josef Steinmann, Gemischtwarenverschleisser; Ludwig Grünwald, Kantineur (Berichterstatter GR. Paulitschke).

Neubau: Johann Josef Mayer, Tapezierer; Ignaz Nakladal, Friseur; Franz Karly, Schlossermeister; Josef Opricksnig, Buchhändler (Berichterstatter GR. Fichler).

Josefstadt: Florian Martin Fritsch, Schneidermeister (Berichterstatter GR. Rotter).

Alsergrund: Benno Speiss (Spiess), Gas- und Wasserleitungs-Installateur (Berichterstatter GR. Partik).

Favoriten: Franz Thomas Maly, Schneidermeister; Karl Kronimus

Einspanner-Eigentümer; Josef Blaha, Tischlermeister (Berichterstatter GR. Hüeck).

Simmering: Karl Mondl, Verwalter der Fleischhauervereinigung für Häuteverwertung; Josef Jahn, Hausbesitzer; Stefan Zenann, Grabsteinerzeuger (Berichterstatter GR. Kurz).

Meidling: Anton Kraus, Gas und Wasserleitungs-Installateur; Alois Blie, Bäckermeister (Berichterstatter GR. Rotter).

Hitzing: Josef Schnabbl, Kaufmann (Berichterstatter GR. Partik).

Fünfhaus: Florian Chladek, Gemischtwarenverschleisser; Ferdinand Leopold Karl Geyer, Restaurateur; Matthias Kain, Bäckermeister; (Berichterstatter GR. Wimberger).

Ottakring: Albert Olbrich, Bäckermeister; Johann Zinner, Privatbeamter (Berichterstatter GR. Hötzel).

Heugals: Karl Kollmann, Fleischhauermeister; Josef Franz Nimpfer, Bäckermeister; Josef Jefabek, Schuhmachermeister; Franz Eigner, Gemeinderat und Stadtblaumeister; Franz Thowartl, Kaffeeschänker (Berichterstatter GR. Rykl).

Währing: Adolf Schneller, Pflasterermeister; Thomas Triegler, Geschäftsführer; Anton Kerner, Gastwirt (Berichterstatter GR. Dechant).

Döbling: August Graff, Privatbeamter (Berichterstatter GR. Brenta).

In derselben Sitzung wurde einer grösseren Anzahl von Personen das Heimatsrecht, beziehungsweise die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband verliehen.

Lehrererennungen. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des StR. Tomola ernannt: Pauline Hajek, Marie Machold, Mathilde Heger, Elisabeth Hollstein und Auguste Künzberger zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse; Hermann Butz zum Volksschullehrer 2. Klasse; Karola Dürmayer, Olga Kügl, Josef Leitner, Ernestine Schöber und Margarete Winner zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat tritt in dieser Woche am Donnerstag und Freitag zu Sitzungen zusammen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 8. Jänner 1918. Nr. 7.

Baden und Schwimmen der Schuljugend. In einer der letzten Stadtratssitzungen berichtete StR. Zatzka über die Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Wien hinsichtlich des Badens und Schwimmens der Schulkinder in den städtischen Bädern im Jahre 1917. Er wies zunächst darauf hin, dass in der ungewöhnlich schönen Sommer - Badezeit 1917 die städtischen Sommer - Bäder für viele arme Kinder fast die einzigen Erholungsorte waren und dass von dieser Gelegenheit zur Reinigung des Körpers und zur Erfrischung auch der reichste Gebrauch gemacht wurde. In den städtischen Badeanstalten - im ganzen standen 31 im Betriebe - haben im Jahre 1917 insgesamt 534.619 Kinder zu ermässigten Preisen beziehungsweise unentgeltlich gebadet (hievon 327.809 Knaben und 206.720 Mädchen). Die 18 städtischen Volksbäder (Brausebäder) besuchten 1917 unentgeltlich zusammen rund 340.000 Kinder (hievon 180.000 Knaben und 160.000 Mädchen), was gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von rund 150.000 Kindern bedeutet. Unter den städtischen Sommerbädern wurden die 4 Strombäder von rund 40.000 Kindern und das Strandbad „Gänsehüfel“ von rund 50.000 Knaben und 12.600 Mädchen aufgesucht. Diese Ziffern müssen wohl als ein überaus günstiges Ergebnis bezeichnet werden, wenn man die Verkehrsverhältnisse des Berichtjahres und insbesondere die Tatsache in Betracht zieht, dass z.B. die das „Gänsehüfel“ besuchenden Kinder die städtische Strassenbahn mit ermässigten Fahrscheinen nur bis zur Kronprinz Rudolf - Brücke benützen konnten. Das Voll - und Schwimmbad des Theresienbades besuchten rund 40.000, das alte sogenannte „Hernalser-Bad“ im Fezzl - Parke rund 45.000 Kinder; namentlich die letzte Ziffer zeigt so recht die ausserordentliche Beliebtheit dieser Bade-Anstalt, welche als das eigentliche Sommer-Schulbad der Gemeinde bezeichnet werden kann. Was die Fürsorgetätigkeit der Gemeindeverwaltung und der - von ihr zum Teile mit sehr namhaften Beträgen unterstützten Jugendfürsorge-Vereine auf dem Gebiete des Schwimmens der Kinder im Laufe der Jahre geleistet hat, geht wohl am besten daraus hervor, dass z.B. zur Zeit der Eröffnung des alten Hernalser-Bades - vor mehr als 25 Jahren - tagsüber oft nur 3 oder 4 schwimmende Knaben gezählt wurden, während jetzt an manchen Tagen daselbst bis zu 400 Kinder - Knaben und Mädchen - dem Schwimmen obliegen. Die erzielten Erfolge sind wohl darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde im Interesse der Ertüchtigung unserer Schuljugend trotz der durch die Steigerung der Bediensteten - Löhne und der übrigen Betriebskosten bedingten Erhöhung der Badepreise jene für die Schulkinder nicht erhöht hat und es übrigens jedem Kinde möglich ist, inden Sommer-Schwimmbädern der Gemeinde durch Anschluss an einen Jugendfürsorge-Verein unentgeltlich, sonst um den Betrag von nur 20 Hellern ein Bad zu nehmen. Die Wohlthat des unentgeltlichen Besuches der städtischen Bäder wurde vom Stadtrat auch dem Fortbildungsschulrate Wien für die Zöglinge seiner Horte eingeräumt und es machten mehr als 1.500 Zöglinge im abgelaufenen Jahre von dieser Begünstigung Gebrauch. Im Berichtsjahre wurde weiters in einer der Wasserhaltungen des Wien - flusses (in Hütteldorf) ein eigenes Kinder - Freibad neu errichtet. Dieses Bad, welches aus einem betonierten Becken besteht und eine Höchst - Tiefe von 70 cm aufweist, ist idyllisch inmitten einer grünen Wiese gelegen und wurde, obwohl die Eröffnung erst mit 21. August erfolgen konnte, doch schon von 2766 Knaben und 1026 Mädchen

besucht; im Hinblick auf diese, sehr günstigen Besuchsziiffern wurde denn auch die Vergrösserung dieser Anstalt sofort in Angriff genommen. In der alten Donau oberhalb der Kagran-Brücke ist ein in grossen Ausmassen gehaltenes Freibad in Ausführung begriffen, dass ebenfalls wieder armen Kindern zugute kommen wird; seine Eröffnung ist für die heurige Badezeit in Aussicht genommen.

Stadtrat Zatzka gedachte in seinem Berichte mit Worten wärmsten Dankes der tatkräftigen Mithilfe, welche die Jugendfürsorge-Vereine den städtischen Aemtern bei der Pflege des Badens und Schwimmens der Schuljugend leisten und hob insbesondere die bezügliche hervorragende Tätigkeit des Zentralvereines zur Errichtung und Erhaltung von Knabenhorten, des Vereines zur Pflege des Jugendspieles, der Knaben und Mädchen - Beschäftigungs - Anstalt „Pestalozzi“, sowie des Arbeiter - Vereines „Kinderfreunde“ und des Vereines „Die Bereitschaft“ hervor, denen schon auch der Stadtrat für ihre besonders dankenswerte Mitarbeit die Anerkennung aussprach, ebenso wurde dem Magistrats - Referenten Rat Hanisch für seine erspriessliche und verdienstvolle Betätigung in dem gedachten Zwecke der Jugendfürsorge die volle Anerkennung ausgedrückt.

Die erste Kinder - Kriegsküche. Erzherzogin Isabella hat im Herbst die Anregung zur Errichtung von Kriegsküchen gegeben, in denen jenen ärmsten Kindern, welche unter den Ernährungsschwierigkeiten am meisten leiden, eine kräftige Nahrung verabreicht werden soll. Obermagistratsrat Dr. Dont, welcher namens der Gemeindeverwaltung die Verhandlungen führte, nahm den Standpunkt ein, dass die Gemeinde diese Aktion nur dann in grösserem Umfange durchführen könne, wenn von den staatlichen Zentralstellen die erforderlichen Lebensmittel beigelegt werden, *was von Bundesregierung in der Hauptkammer günstig entschieden.* Die Gempinger Wien erklärte sich bereit, versuchsweise 3 Kinder - Kriegsküchen zu errichten und die erste dieser Küchen im städtischen Kindergarten 12. Bezirk Tivoligasse wurde gestern in Anwesenheit der Erzherzogin Isabella, die mit ihrer Tochter Alice und begleitet von der Hofdame Gräfin Zamoyka erschienen war, eröffnet. Die Kinder erhalten dort ein zweites Frühstück (Kriegskuchen und Marmelade) Mittagessen und eine Jause, bestehend aus dem mitgebrachten Brot mit Marmeladeanstrich. Das Mittagmahl wird nach ärztlicher Vorschrift zubereitet, so dass die Kinder eine ausreichende Fett -, Kohlenhydrate - und eiweisshältige Nahrung erhalten. Die Nahrungsmenge ist verschieden, je nach dem Alter der Kinder, welche in 4 Altersstufen eingeteilt: 2 - 3jährige, 4-6jährige, 7-11jährige und 12 - 14jährige Kinder. Der Preis für einen Tag stellt sich für die Kleinsten auf K 1.20, für die 4 - 6 Jährigen auf K 1.60 und für die älteren Kinder auf K 1.80. Die Eltern der Kinder zahlen nach ihren materiellen Verhältnissen einen Beitrag, Gemeinde und Stadt leisten einen Zuschuss. Die Kinder haben einen Teil der Fett - und Mehlkarten der Kriegsküche abzuliefern. In Vertretung des Bürgermeisters dankte Obermagistratsrat Dr. Dont der Erzherzogin für ihr werktätiges Interesse, sowie für die namhafte Wilspende, welche sie der Kriegsküche zukommen liess. 2 weitere Kinderkriegsküchen sollen demnächst in Kaisermühl und im 16. Bezirk eröffnet werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 9. Jänner 1918. Nr. 8.

Wohnungszählung in Wien. Dem Wiener Stadtrate wurde der Bericht des Wohnungsamtes über die Wohnungszählung vom 12. April 1917 vorgelegt. Der Stadtrat nahm diesen Bericht zur Kenntnis und sprach aus diesem Anlasse den Magistratsräten Dr. Franz Jamöck und Dr. Alois Sagmeister für ihre Umsicht und verdienstvolle Tätigkeit den Dank und die Anerkennung aus. Wir entnehmen dem ausführlichen Berichte des Wohnungsamtes folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

Die Wohnungszählung, deren Durchführung der Wiener Gemeinderat in der Sitzung vom 6. Februar 1917 beschlossen hatte, diente einerseits der Vorbereitung des Wohnungsnachweises, andererseits sollte sie auch als Kriegszählung einen Ueberblick über den wirklichen Stand des Wiener Wohnungsmarktes geben. Die Organisation und Durchführung der Zählung erfolgte im wesentlichen nach dem Muster der Zählung vom Jahre 1914. Für die Zählung wurde nur ein Formular, das Zählblatt verwendet. Mit Hilfe dieses Zählblattes wurde die Zahl der benützten und leerstehenden Geschäftslokalitäten unterschieden nach ihrer Art und die Zahl der benützten und leerstehenden Wohnungen unterschieden nach ihrer Grösse erhoben. Als Erhebungsorgane fungierten gewissermassen die Hausinhaber, indem sie das Zählblatt selbst auszufüllen hatten und Brot- und Mehlkommissionen, welchen die Ausgabe der Zählblätter, ihre Einsammlung und die erste Durchsicht und Ordnung oblag. Die Herstellung der Gassenübersichten wurde von den Konstriktionsamts-Abteilungen besorgt. Die Bezirksübersichten, die Gemeindeübersicht und weitere statistische Bearbeitung führte das Wohnungsamt aus, in dessen Händen auch die Vorbereitung und Organisation des ganzen Zählgeschäftes gelegen war. Die Ergebnisse der Zählung, deren Durchführung mitten im Kriege mit mannigfachen Schwierigkeiten verbunden war, sind vom Wohnungsamte in 11 Tabellen und 4 graphischen Darstellungen niedergelegt worden. Aus diesen Tabellen und der statistischen Bearbeitung des Wohnungsamtes, die wertvolle Aufschlüsse über das Wiener Wohnungswesen liefert, lassen sich folgende interessante Zahlen mitteilen:

Nach der Gemeindeübersicht, die 20 Wohnungsgrössen unterscheidet, betrug am 12. April 1917 die Gesamtzahl der Wohnungen in Wien 554.546. Die gebräuchlichste Wiener Wohnungstypen ist die aus Zimmer und Küche bestehende Wohnung; 187.405 Wohnungen, das ist etwas mehr als ein Drittel aller Wohnungen sind von dieser Grösse. Nächst dieser Wohnungsgrösse findet sich am häufigsten die aus Zimmer, Kabinett und Küche bestehende Wohnung; 109.631 Wohnungen, das ist etwas weniger als ein Fünftel aller Wohnungen in Wien gehören zu dieser Wohnungstypen. Die grösste Anzahl von Wohnungen hat der 16. Bezirk, die geringste Zahl der 1. Bezirk; 8249 Wohnungen waren leerstehend. Das Leerstehungsverhältnis, das ist die Zahl der leeren Wohnungen, die auf je 100 vorhandenen Wohnungen entfallen, betrug also am Tage der Zählung 1,49. Die günstigsten Leerstehungsverhältnisse sind in den Bezirken 10, 13, 14, 16, 17, 19 und 21 zu finden. In allen diesen Bezirken ist der Leerstehungsatz grösser, als die für Wien berechnete Durchschnittszahl. Leerstehungsätze von weniger als 1 % weisen die Bezirke 1, 2, 3, 4, 5, 6 und 20 auf. Die in der Gemeindeübersicht ausgewiesenen Zahlen treten erst in das richtige Licht, wenn die einzelnen Wohnungstypen zu Gruppen zusammengefasst werden. Die statistische Bearbeitung unterscheidet 4 Gruppen, von denen die erste

Gruppe der Kleinwohnungen alle Wohnungen bis zur Zimmer-Kabinett-Wohnung, die zweite Gruppe der kleineren Mittelwohnungen, die 2 Zimmer und 1 Kabinett-Wohnungen umfasst. Der dritten Gruppe der grösseren Mittelwohnungen gehören die Wohnungen mit 3 bis 4 Wohnräumen bis zu der aus 3 Zimmern und 1 Kabinett bestehenden Wohnungstypen an. Zur vierten Gruppe gehören die aus 4 Zimmern und mehr Wohnräumen bestehenden Wohnungen. Am Tage der Zählung gehörten 405.991 Wohnungen oder 73,21 % aller Wohnungen der Gruppe der Kleinwohnungen, 51.856 Wohnungen oder 9,35 % aller Wohnungen der Gruppe der kleineren Mittelwohnungen, 69.742 oder 12,58 % aller Wohnungen der Gruppe der grösseren Mittelwohnungen und bloss 26.956 Wohnungen oder 4,86 % aller Wohnungen der Gruppe der grossen Wohnungen an. Im 10. Bezirke sind die Kleinwohnungen am stärksten vertreten 92,95 % aller Wohnungen im Bezirke gehören hier zur Gruppe der Kleinwohnungen. Nicht viel anders ist das Verhältnis im 12., 11., 14., 16., 17., 20. und 21. Bezirke, in welchen sich der Anteil der Kleinwohnungen am Gesamtbestande aller Wohnungen im Bezirke zwischen 91,09 % und 85,31 % bewegt. Das Leerstehungsverhältnis der in den einzelnen Wohnungsgruppen leerstehenden Wohnungen zum Bestande aller in dieser Gruppe vorhandenen Wohnungen übersteigt nur bei der Gruppe der Kleinwohnungen (1,60) die für ganz Wien berechnete Durchschnittszahl. Bei den drei anderen Wohnungsgruppen blieb das Leerstehungsverhältnis in der eigenen Gruppe hinter dem allgemeinen Leerstehungsatz zurück. Im Gegensatz hierzu stehen die Ziffern der Wohnungszählung vom Jahre 1914. Damals bewegte sich die Verhältniszahl der leerstehenden Wohnungen der Gruppe der Kleinwohnungen unter der für Wien berechneten Durchschnittszahl und betrug bloss 0,89, während in den drei anderen Gruppen die Verhältniszahl der Gruppe die allgemeine Durchschnittszahl übertraf. In der Gruppe der grossen Wohnungen betrug der Leerstehungsatz 4,33, während er nach der diesjährigen Zählung bloss 1,07 beträgt. Da es für die Beurteilung und Ausgestaltung des Wohnungsmarktes wertvoll schien, die Zahl der Wohnungen zu ermitteln, welche von Kriegsflüchtlingen bewohnt werden, wurde im Zählblatt eine hierauf bezügliche Frage gestellt. Es konnten 7710 Wohnungen festgestellt werden, die von solchen aus dem Kriegsgebiete zugezogenen Parteien bewohnt werden. In Prozenten ausgedrückt standen 1,39 % aller Wohnungen in der Benützung solcher Parteien. Stellt man sich vor, dass ein Zuzug dieser Parteien nach Wien nicht stattgefunden hätte, so würden am 12. April 1917 in Wien statt 8249 Wohnungen 15.959 Wohnungen oder 2,88 % aller Wohnungen leer gestanden sein. Vergleicht man die Ergebnisse der Kriegszählung mit jenen der Zählung vom Jahre 1914, so lässt sich eigentlich eine Zunahme des Leerstehungsverhältnisses nur in jenen Bezirken verzeichnen, die vorwiegend von Arbeitern bewohnt werden, in denen daher die Kleinwohnung überwiegt. Eine Ausnahme bildet der 20. Bezirk, bei welchem eine Abnahme des Leerstehungsverhältnisses festzustellen ist. Hier darf jedoch nicht übersehen werden, dass in diesem Bezirke die von Arbeiterfamilien verlassenen Wohnungen von Kriegsflüchtlingen besetzt wurden. In den übrigen Bezirken hat das Leerstehungsverhältnis abgenommen. Die Abnahme ist nächst dem 20. Bezirke am stärksten in den Bezirken 1, 2, 3, und 4. Sie lässt sich erklären durch die Heranziehung der leerstehenden grossen Wohnungen zu Bürozwecken und durch die Besetzung von Wohnungen durch Kriegsflüchtlinge.

Ein anderes Bild liefert die Zählung der Geschäftslokalitäten. Infolge der langen Dauer des Krieges ist die für das ganze gewerbliche

Leben bedauernde Erscheinung zu Tage getreten, dass die Zahl der leerstehenden Geschäftslokalitäten eine ausserordentliche Steigerung erfahren hat. In Wien wurden am 12. April 1917 119.887 Geschäftslokalitäten gezählt. Davon standen 12.200 oder 10,18 % leer.

Der Bericht des Wohnungsamtes macht zum Schlusse darauf aufmerksam dass der durch die Zählung festgestellte Vorrat an leerstehenden Wohnungen keineswegs restlos für den allgemeinen Wohnungsmarkt zur Verfügung steht. Ausser Betracht kommen alle jene Wohnungen, die nur an eine besondere Kategorie von Mietern vermietet werden und daher dem eigentlichen Wohnungsmarkte nicht zugänglich sind. So z.B. in einem einzigen Bezirke über 1000 Wohnungen von Ziegelarbeitern. Dann auch jene leerstehenden Wohnungen, deren Benützung wegen Gebrechen aus sanitären oder baupolizeilichen Gründen unzulässig ist. Dass durch den Wegfall dieser beiden Kategorien von leerstehenden Wohnungen der ohnehin geringe Vorrat an Leerwohnungen bei dem Mangel jedweder Bautätigkeit von Monat zu Monat zusammenschmilzt, beweisen am besten die vom Wohnungsamte veröffentlichten Monatsberichte des Wohnungsnachweises.

Vom Wagenpark der städtischen Strassenbahnen. Von der Strassenbahn-Direktion wird mitgeteilt: Der Schneefall hat den Wagenpark der städtischen Strassenbahnen teils durch die Ueberanstrengung im Schneepflugdienst, teils durch die ausserordentlich grossen Ueberfüllungen, besonders stark in Anspruch genommen und dadurch grosse Beschädigungen sowohl an der mechanischen als an der elektrischen Einrichtung verursacht. Wenn es auch durch das Abhängen der Beiwagen während des eigentlichen Schneetreibens gelungen ist, die Wagenbeschädigungen gegenüber dem Vorjahre zu verringern, so sind doch durch die Einwirkung des letzten grossen Schneefalles allein rund 200 Motorwagen - wenigstens vorübergehend - dienstuntauglich geworden. Durch die dauernde angestrengte Arbeit in den Werkstätten ist es möglich geworden, vor den Weihnachtsfeiertagen mit einem Wagenauslauf von 1060 Motorwagen (für Personen- und Lastenverkehr), beziehungsweise mit 950 Zügen und 2250 Wagen für den Personenverkehr zu rechnen; jetzt und in den nächsten Tagen aber ist der Wagenauslauf auf 860 Motorwagen für Personen- und Frachtenverkehr beschränkt, so dass für den Personenverkehr nur 760 Züge mit 1900 Wagen zur Verfügung stehen. Wenn auch mit aller Anstrengung an der Behebung der Wagenschäden gearbeitet wird - wobei allerdings ein Mangel an Ersatzmaterialien sehr hinderlich ist - so wird doch immerhin durch längere Zeit mit einem wesentlich verschlechtertem Strassenbahnverkehr gerechnet werden müssen; darauf ist übrigens schon seinerzeit aufmerksam gemacht worden. Es stand damals zur Erwägung, entweder durch eine Einschränkung des Strassenbahnverkehrs schon vom Herbst an den Reparaturstand der Wagen niedriger zu halten oder es darauf ankommen zu lassen, im Winter nach grossen Schneefällen wesentlich grössere Verkehrseinschränkungen durchführen zu müssen. Da so bedeutende Schneefälle, wie sie jetzt aufgetreten sind, nicht wahrscheinlich waren, hat man sich für den letzteren Ausweg entschieden und der Bevölkerung dadurch eine Einschränkung des Verkehrs bis zu Weihnachten erspart. Nun aber sind Verkehrsverminderungen unvermeidlich geworden und ergeht daher an die Bevölkerung die neuerliche dringende Bitte alle nicht unbedingt nötigen und insbesondere kurze Strassenbahnfahrten zu unterlassen.

ad 21. 8/1918

Gemeinderat Gebhart gestorben. Gestern abends ist StR. Ignaz Gebhart nach längerer Krankheit gestorben. Am 25. Juli 1849 geboren, trat er 1875 in die Dienste des Neugleichs - Weltblattes als Zeitungs Expeditor und betrieb gleichzeitig eine kleine Gastwirtschaft. In den Neunzigerjahren trat er politisch hervor, wurde 1900 das erste Mal von dem vierten Wahlkörper des Bezirkes Fünfhaus in den Gemeinderat entsendet und in den Jahren 1906 und 1912 wieder gewählt. Er war ein sehr fleissiges und gewissenhaftes Mitglied dieser Körperschaft und betätigte sich insbesondere auf gewerblichem Gebiete; er war auch Obmann der Ortsgruppe Fünfhaus des Oesterreichischen Gewerbebundes. Nach dem Ableben des StR. Schreiner wurde er im Juli 1917 in den Stadtrat gewählt. Vom Papste wurde er durch die Verleihung des päpstlichen Ehrenkreuzes „pro ecclesia et pontifice“, vom Gemeinderate durch die Verleihung der doppelt grossen goldenen Salvator-Medaille ausgezeichnet. Im Jahre 1915 erhielt er die Medaille für 40jährige treue Dienste.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, 12. Jänner statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, 19. Jänner die Mehlbezugskarten und Brotbezugskarten für die 146. bis 161. Woche, die Brot - und Mehlkarten für die 146. bis 153. Woche, die Fett - und Butterkarten für die 71. bis 78. Woche, die Milchkarten für die 49. bis 56. Woche und die Kartoffelkarten für die Zeit bis zum 20. April d. J. ausgegeben werden. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, dass die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

Gegen die Verkürzung der Mehlquote. In einer für gestern einberufenen Sitzung des Verbandes der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte wurde gegen die in dieser Woche eingetretene Kürzung der Mehlquote lebhafter Protest erhoben. Der Vorsitzende StR. Dr. Hein berichtete, dass diese Kürzung der Mehlquote, abgesehen von Versäumnissen im Inlande, auf welche er schon bei der Konferenz der Wiener Abgeordneten hingewiesen habe, insbesondere darauf zurückzuführen sei, dass die Anlieferungen aus Ungarn äusserst gering sind und hinter den gegebenen Zusicherungen und gehegten Erwartungen weit zurückbleiben. Graf Tisza habe im Klub der Nationalen Arbeitspartei erklärt, dass der gegenwärtigen ungarischen Regierung eine bessere Ernte zur Verfügung stände, als seinem Ministerium. Trotzdem nimmt der ungarische Ernährungsminister eine dilatorische Haltung ein, indem er erklärt, er könne Oesterreich erst dann versorgen, wenn der Bedarf Ungarns und der militärische Bedarf sichergestellt sei.

Eine Angelegenheit von solcher ausserordentlicher Dringlichkeit wie die Brot - und Mehlversorgung der Reichshauptstadt mit ihren mehr als 2 Millionen Einwohnern verträgt aber keine dilatorische Behandlung. Die Bevölkerung Wiens kann sich nicht mitten im Erntejahr mit ihrem Bedarf an Brot und Mehl auf den seinerzeitigen Abschluss der erntestatistischen Studien des ungarischen Ernährungsministers verträsten lassen. Eine dauernde Verkürzung der Mehlquote könnte die Bevölkerung Wienä unter keinen Umständen ertragen.

Der Obmann wurde beauftragt, an den Bürgermeister das Ersuchen zu stellen, in dieser Angelegenheit dem Gemeinderat zu einer ausserordentlichen Sitzung einzuberufen. Auf Anregung des Gemeinderates Lohner ermächtigte der Verband seine Delegierten im Bezirkswirtschaftsrate, die GRa. Eder, Lohner und Dr. Löwenstein aus dem Bezirkswirtschaftsrate auszutreten, weil diese Körperschaft unter den gegebenen Umständen vollständig wertlos sei und jeder Einflussentbehre.

Abgabe von Reis. Die für diese Woche angekündigte Abgabe von Reis an schwangere und stillende Frauen, sowie Kinder bis zu 6 Jahren musste infolge lokaler Transportschwierigkeiten auf nächste Woche

Donnerstag, den 17., Freitag, den 18. und Samstag, den 19. verschoben werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und Redakteur Franz Michlew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 10. Jänner 1918. Nr. 9.

Vom Uhrenmuseum der Stadt Wien und dem Verein seiner Freunde. Vor einigen Monaten lief die Nachricht durch die Zeitungen, die Gemeinde Wien habe die in Fachkreisen wohlbekannte Uhrensammlung des Wiener Gymnasialprofessors Kaftan erworben und beabsichtige ein Uhrenmuseum zu errichten, wobei diese bereits methodisch zusammengestellte und bis in frühe Entwicklungsstufen zurückreichende Sammlung den Grundstock bilden sollte. Die Absicht ist inzwischen zur Tat geworden und unsere Stadt wird dadurch um eine Kulturstätte reicher, um eine Sehenswürdigkeit, die nach Rückkehr friedlicher Verhältnisse zahlreiche Forscher, Sammler und Liebhaber auf dem Gebiete der Zeitmessung und der Kulturgeschichte anlocken wird. Wien ist aber auch besonders dazu berufen, ein solches Museum zu besitzen. Hat doch die Uhrmacherei seinerzeit hier eine hohe Stufe der Vollkommenheit erreicht; namentlich die Wiener Regulatoren und Stutzuhren schufen sich durch ihre gediegene und geschmackvolle Bauart einen Weltruf und in vielen Häusern findet man noch heute diese Uhren aus der Grossväterzeit in regelmässigem Gange. Das österreichische, das Wiener Uhrmachergewerbe neu zu beleben, soll somit eines der Ziele des Museums sein. Ausserdem soll es jenes Teilgebiet der Kulturgeschichte pflegen, das sich mit der Entwicklung der Zeitmesstechnik befasst und auch die Kunstgeschichte, soweit die Uhren Gegenstand der Kleinkunst waren.

Um die Zwecke des Museums zu fördern, es auszugestalten, die Teilnahme der Allgemeinheit dafür zu gewinnen, hat sich unter der Obhut des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner der Verein der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien gebildet. Durch rege Werbetätigkeit ist es ihm als seine erste Tat gelungen, die Aufmerksamkeit auf die berühmte Sammlung unserer heimischen Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach zu lenken, so dass sie für das Museum gewonnen werden konnte. Trotz höherer Angebote seitens einzelner Händler erklärte sich der Erbe, Graf Viktor Dubsky, bereit, die Sammlung geschlossen der Stadt Wien um den Betrag von K 300.000 zu überlassen, der Erlös ist bekanntlich laut letztwilliger Verfügung für die Errichtung eines Kindergartens in dem Geburtsorte der Dichterin bestimmt und Herrenhausmitglied Baron Skoda und Bernhard Wetzler stellten die erforderliche Summe als Spende der Stadt Wien zur Verfügung. Nur wer die Sammlung gesehen hat, etwa als sie nach dem Tode Marie von Ebner-Eschenbachs im Museum am Stubenring ausgestellt war, ehnt vielleicht, was für einen Schatz die Stadt Wien damit erworben hat. Lag das Schwergewicht der Kaftan'schen Sammlung auf der technischen Entwicklung der Uhrwerke, besonders der Grossuhren, so finden wir in der Ebner-Eschenbach'schen Sammlung die fast lückenlose Entwicklungsreihe der Kleinuhren von ihren frühesten Anfängen im 16. Jahrhundert bis in unsere Zeit, wobei besonders auch auf das künstlerische Gewand der Uhr Bedacht genommen ist. War doch die Uhr in kunstfrohen Zeiten Gegenstand liebevollster Ausschmückung durch die Meister des Kunstgewerbes, wie Goldschmiede, Emailleure und andere.

Unter dem frohen Eindruck dieser Erwerbung stand die vor kurzem im Stadtratsitzungssaale abgehaltene 1. Hauptversammlung des Vereines der Freunde des Uhrenmuseums. Der Präsident, gleichzeitig Leiter des Museums, Professor Kaftan, dankte allen Mitgliedern auf das

wärmste für ihren Eifer ebenso der Tagespresse, die ihre Spalten gerne den Aufrufen geöffnet hat, um die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit zu wecken. Besonderer Dank aber gebührt dem Schirmer des Vereines, unserem Bürgermeister, ohne dessen Tatkraft die beiden Sammlungen für Wien auf immer verloren gegangen wären. Der Bürgermeister hob wieder in einer mit grossem Beifall aufgenommenen Rede hervor, dass es eine erfreuliche Tatsache sei, wenn das Bürgertum den bisher wenig beachteten geschichtlichen Sammlungen der Stadt Wien wieder grössere Anteilnahme zuwende. Das Uhrenmuseum wolle er in dem der Gemeinde gehörenden alten Hause Schulhof Nr. 2 unterbringen, in welches es besser hineinpasse, als in ein neuzeitliches Gebäude.

Bei den Wahlen wurden bekannte Männer der Wissenschaft, Freunde der Sache und verdiente Vertreter des Wiener Uhrmachergewerbes in den Vorstand berufen. Dem neugewählten Ausschuss konnte der Präsident anlässlich der ersten Sitzungen die Mitteilung machen, dass die Zahl der Mitglieder bereits 40 überschritten habe, dass sich darunter 16 Stifter mit Beiträgen von K 100 und mehr befinden und dass dem Vereine mit der Widmung für das Museum auch schon eine Reihe wertvoller Sachspenden zugekommen sei.

Noch befinden sich in Wiener Privatbesitz einige Sammlungen, deren Erwerbung zur Vervollständigung des Museums wünschenswert ist; neben der weiteren planmässigen Ausgestaltung mit Musealgegenständen, ist ferner die Anlage einer Bücherei und einer Schriften- und Urkundensammlung beabsichtigt, um es zu einer Stätte wissenschaftlicher Forschung zu machen. Hiezu bedarf es aber weiterer Geldmittel, die die Gemeinde allein nicht aufzubringen in der Lage ist. Hier muss also die tatkräftigste Unterstützung durch alle jene einsetzen, welche diesem Teilgebiete der Wissenschaft ihre Aufmerksamkeit widmen, welche wünschen, dass die Wiener Uhrmacherei, die schon einmal erreichte Stellung erlange, oder welche schliesslich aus reinem Heimatsstolze ihre Vaterstadt mit einer Sehenswürdigkeit ausgestattet wissen wollen, über die andere Städte nicht verfügen.

Es ergeht daher an alle diese ^{die} Einladung, dem Vereine der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien als Mitglieder beizutreten (Jahresbeitrag für ordentliche Mitglieder K 6.-, für unterstützende Mitglieder mindestens K 2.-) oder sich als Stifter mit einem einmaligen Beitrag von mindestens K 100.- zu beteiligen. Anmeldungen hiefür nimmt die Vereinsleitung, Wien I. Schulhof 2 entgegen, die auch gerne bereit ist, Auskünfte zu erteilen.

Der Verein hat das feste Vertrauen, dass diese Einladung nicht vergebens ist. Die Bevölkerung Wiens hat sich auch in der gegenwärtigen Zeit, in der sie zusammen mit den anderen Völkern Oesterreichs um ihren Bestand kämpfen muss, kämpfen muss gegen die Habgier heimtückischer Feinde, ihre reine Freude an den erhabenen Gütern der Kunst und Wissenschaft bewahrt. Dies ist der beste Beweis, dass wir nicht die Barbaren sind, wie es unsere Feinde der Welt gerne einreden wollen.

Eine namhafte Spende für die Beckmann - Stiftung. Der Bürgermeister hat an den Hofchauspieler Reimers nachstehendes Schreiben gerichtet: Der Arbeitsausschuss für den „Kriegsanleihetag der Wiener Bühnen“ hat der Friedrich Beckmann - Stiftung den namhaften Betrag von 15.000 Kronen zugeführt. Da ich in Kenntnis gelangte, dass diese Widmung Ihrer Initiative zu danken ist, erfülle ich namens der vom

Wiener Magistrat verwalteten Friedrich Beckmann - Stiftung die angenehme Pflicht, Euer Hochwohlgeboren für Ihr selbstloses, hochherziges Wirken, das Sie als Präsident des Kriegshilfskomitees zur Beckmann - Stiftung entfalten, den wärmsten Dank auszusprechen. Die vorbildliche Hilfsbereitschaft in den Kreisen der Kunstwelt hat den schönsten Ausdruck gefunden in der rührenden Fürsorge, die Euer Hochwohlgeboren für die Stiefkinder Ihres Berufes immer und immer wieder an den Tag legen.

Abänderung der Bedestunden. In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Müller den Antrag, die städtischen Bäder Mittwoch, Donnerstag und Freitag von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends, Samstag von 9 bis 7 Uhr abends und Sonntag von 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags offen zu halten. Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmässigen Handlung zugewiesen.

Auszeichnung. Dem Sohne des Magistratsrates i.R. Dr. Emil Schwarz Leutnant eines Artillerie - Regiments Emil Schwarz, wurde für tapferes Verhalten das Militär - Verdienstkreuz 3. Klasse mit den Schwertern verliehen. Er besitzt bereits die silberne Tapferkeitsmedaille und das Karl Truppenkreuz. Dem Vater des Leutnants, Magistratsrat Dr. Schwarz wurde das Kriegskreuz 2. Klasse für Zivilverdienste verliehen.

Gemeinderat Gebhart + VB. Hierhammer hielt in der heutigen Stadtratsitzung dem verstorbenen StR. Gebhart einen tiefempfundenen Nachruf. Das Leichenbegängnis findet am Samstag, 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause Fünfhaus, Markgraf Rüdigerstrasse ^{aus statt.} Die kirchliche Einsegnung erfolgt in der Pfarrkirche zu St. Rudolf (14. Kardinal Hauscherplatz), die Beerdigung auf dem Baumgartner Friedhof.

10
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.
Wien, 1., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 11. Jänner 1918. Nr. 10.

Fürsorge für Krieger - Witwen und Waisen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola eine Vereinbarung zwischen der Zentrale des k.k. Oesterreichischen Militär - Witwen und Waisen Fondes in Wien und seinem Zweigverein „Stadt Wien“ einerseits und dem städtischen Jugendamt andererseits abgeschlossen, durch welche ein Zusammenarbeiten dieser Körperschaften angebahnt wird.

Das neue Amtshaus in der Felderstrasse. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Schneider das Mehrerfordernis für den Bau des Amtshauses im 1. Bezirk, Felderstrasse genehmigt. Die Mehrkosten betragen rund 380.000 Kronen und sind bedingt durch die notwendig gewordene Beziehung des Amtshauses vor Fertigstellung, durch die Unterbringung einer grösseren Zahl von Aemtern, als ursprünglich geplant war und durch die Notwendigkeit der Verwendung kostspieligerer Baustoffe, weil die ursprünglich vorgesehenen Baustoffe nicht mehr zu beschaffen waren.

Verkauf polnischer Gänse. Morgen (Samstag) findet der Verkauf von polnischen Gänsen zum Preise von K 11.20 per kg an folgenden Stellen statt: Pessl, 1. Hoher Markt; Filiph, 2. Markt im Werd; Dechant und Endres, 3. Grosse Markthalle; Eigner und Menzl, 4. Naschmarkt; Gugitscher, 5. Markt Hundsturmplatz; Schweifer, 6. Markthalle Damböckgasse; Hanneker, 7. Markt Burggasse; Hass, 8. Markt Stadiongasse; Hoch, 8. Florianigasse; Gehring und Pangler, 9. Markthalle Nussdorferstrasse; Hellis und Vallentin, 10. Markt Eugenplatz; Gugitscher, 9. Markt Enckplatz; Maxa, 12. Markt in Meidling; Damborsky, 13. Zehentnergasse; Freiburger, 14. Markt Brauhirschengasse; Antl, 14. Markt Meisslstrasse; Bubitsch und Weikowitsch, 16. Markt Brunnengasse; Frotzler, 17. Bergsteiggasse; Bauer und Horvath, 18. Markt Kutschergasse; Kazil, 19. Heiligenstätterstrasse; Schmidt, 20. Hannoverplatz; Grimm, 21. Markt am Spitz.

Kriegsküche Nr. 54. Die Kriegsküche Nr. 54 im 13. Bezirk, Spallartgasse 23, wird ihren Betrieb in den nächsten Tagen aufnehmen. Anmeldungen zum Speisenbezug nimmt diese Küche vom 14. bis zum 16. Jänner l.J. vormittags zwischen 10 und 12 Uhr und nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr entgegen.

Wohnungsamt der Stadt Wien. Nach dem vom Wohnungsamte der Stadt Wien vorgelegten Monatsbericht für den Monat Dezember 1917 ist die Gesamtzahl der leerstehenden Wohnungen auf 1717 Wohnungen, das sind 0.31 % des gesamten Wohnungsbestandes zurückgegangen (im Vormonate 2069 oder 0.37 % des Wohnungsbestandes). Das Leerstehungsverhältnis ist relativ noch am günstigsten in der Gruppe der Kleinwohnungen und kleineren Mittelwohnungen; nach der Uebersicht waren mit 31. Dezember 1421 oder 0.35 % aller Kleinwohnungen ^{um} 185 oder 0.36 % aller kleineren Mittelwohnungen im Wohnungsnachweise als leerstehend gemeldet, hingegen bloss 86 oder 0.12 % aller grösseren Mittelwohnungen und 25 oder 0.09 % aller grossen Wohnungen.

Die leerstehenden Geschäftslokalitäten haben um 223 abgenommen (von 5869 auf 5646). Die Zahl der Besucher des Nachweises hat im Berichtsmonat einen beträchtlichen Rückgang erfahren (von 2042 auf 1155).

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Josefstadt hält am 16. d.M. 4 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Blatternfälle. Das Wiener Stadtphysikat teilt mit: Nach mehrmonatlicher Pause sind in mehreren Bezirken Wiens rasch hintereinander vereinzelt, wahrscheinlich von Aussen eingeschleppte Erkrankungen an echten Blattern aufgetreten. Wenn dies auch keinen Anlass zur Beunruhigung bietet, so ist es doch notwendig, dass alle jene Personen, welche nicht während des Krieges mit deutlich sichtbarem Erfolge geimpft oder wiedergeimpft wurden, sich sogleich der Impfung, beziehungsweise Wiederimpfung unterziehen. Zu diesem Zwecke findet in allen Bezirken an allen Wochentagen um 3 Uhr nachmittags, an Sonn- und Feiertagen um 9 Uhr vormittags die öffentliche unentgeltliche Impfung in den Amtsräumen der städtischen Bezirksärzte (in den Gebäuden der magistratischen Bezirke - Aemter) statt. Ausserdem werden zur Bequemlichkeit der Bevölkerung in einzelnen Stadtteilen auch Impfungen von Haus zu Haus vorgenommen werden.

Abgabe von Wohlfahrtsfleisch. Trotz der noch nicht behobenen Transport Schwierigkeiten wird es möglich sein, in der Woche vom 14. bis 19. Jänner l.J. Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer der grünen, blauen und braunen amtlichen Einkaufscheine gegen Abtrennung des Buchstaben N in den bereits bekannten Ständen und Stellen der ^{Grossschlachtereien} und zwar im folgenden Ausmasse abzugeben: Für Haushalte mit 1 - 3 Personen $\frac{1}{2}$ kg, 4 - 5 Personen $\frac{1}{2}$ kg, von 6 Personen $\frac{1}{2}$ kg und 2 Kriegswürste, von 7 und mehr Personen $\frac{1}{2}$ kg Fleisch und 4 Kriegswürste. Das Fleisch wird zum Preise von 90 Heller für ein $\frac{1}{2}$ kg und 1.80 für $\frac{1}{2}$ kg abgegeben, die Würste werden, soweit der Vorrat reicht, unentgeltlich dazugegeben. Haushalten von 6 und mehr Personen, die nicht mehr mit Kriegswurst sollten beteiligt werden können, bleibt der volle Fleischbezug wie bisher gewahrt. Abgabetermine wie bisher Montag den 14. die Buchstaben A - F, Mittwoch, 16. G - K, Donnerstag 17. L - R, Samstag, 19. S - Z.

Aus dem Stadtrat. Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird der von der Forstverwaltung Nasswald vorgelegte Kostenanschlag über die Haltung von 2 Paar Zugochsen mit dem Erfordernisse von 10.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Angermayer werden die auf feuerpolizeilichen Rücksichten notwendigen Arbeiten in der Anstaltskirche der städtischen Kinderpflegeanstalt im 5. Bezirke mit den Kosten von 2.054 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Zatzka wird der Anschaffung von 220 Schiebern für den Betrieb der 1. Hochquellenleitung mit dem Kostenerfordernisse von 55.300 Kronen genehmigt.

Oesterreichische Länderbank. In der letzten Sitzung hat der Verwaltungsrat den Beschluss gefasst, das gesellschaftliche Kapital durch Ausgabe von 30 Millionen Kronen neuer Aktien auf den Betrag von 160 Millionen Kronen zu bringen. Die neuen Aktien werden ab 1. Jänner 1918 dividendenberechtigt sein. Von den zur Ausgabe gelangenen 75.000 Aktien werden 65.000 Stück den Besitzern der im Umlauf befindlichen Aktien zum Kurse von 570 Kronen zum Bezuge angeboten. Das Bezugsrecht wird in der Zeit vom 5. bis 12. Jänner inklusive ausgeübt werden können.

11
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michlew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 12. Jänner 1918. Nr. 11.

Der Schneefall. Infolge des heute nachts eingetretenen Schneefalles wurde die Ausfahrt der motorischen Schneepflüge um 12 Uhr und ein zweites Mal um 3 Uhr früh angeordnet. Die Pferdeschneepflüge konnten teilweise nicht ausfahren, weil die Kontrahenten die Beistellung der Pferde teils wegen Futtermangel teils wegen Pferdemangel nicht leisten konnten; die in Betracht kommenden Strecken wurden in die motorische Reinigung einbezogen. Der Betriebsabschluss gestern nachts und die Aufnahme des Betriebes heute früh waren normal. Für vormittag sind der Strassenbahn 1250 Mann Militär zugesagt worden. Von der Strassenbahn wurden heute früh gegen 1500 Zivilarbeiter aufgenommen die Aufnahme von Arbeitskräften, die sich melden, findet auch weiter statt.

12/11

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang Wien, Samstag, 12. Jänner 1918. Nr. 12.

Stiftung. Im Februar d.J. gelangen die Zinsen der Georg und Anna Filigrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind; Bürger der ehemaligen Vorstadt Laingrube genießen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche sind bis längstens 15. Jänner bei der Bezirksvorstehung Mariahilf, Ammerlingstrasse 6 einzubringen.

Dienstjubiläum. Am 10. d.M. feierte der städtische Rechnungsrat Karl Ried die 25jährige Wiederkehr seines Dienstantrittes. Dem in allen Kreisen der städtischen Beamtenschaft überaus beliebten und verehrten Beamten wurden aus diesem Anlaß zahlreiche Ehrungen dargebracht.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 13. bis 26. d.M. werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlächtereien gegen Abtrennung des Abschnittes M ders amtl. Einkaufscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 Gramm Schweinespeck zum Preise von 48 Heller für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit 1½ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der üblichen Weise und zwar gegen Abtrennung der rechten Hälfte des Stammes der derzeit geltenden Kartoffelkarte. Die linke Hälfte dieses Stammes, welche Namen und Wohnort des Kartenbesitzers und der Verkaufsstelle enthält, wird dem Kartoffelkartenbesitzer zurückgegeben.

Die neue Kartoffelkarte wird am Samstag, den 19. d.M. ausgegeben. Die Kartoffelkartenbesitzer haben sich in der darauffolgenden Woche bei einer städtischen Kartoffelabgabestelle oder bei einer mit der Kartoffelabgabe betrauten Konsumentenorganisation zum Bezuge anzumelden. Konsumentenorganisationen dürfen aber nur von ihren Mitgliedern Kartoffelbezugsanmeldungen entgegennehmen. Die Wahl der Abgabestelle steht frei, doch wird empfohlen, bei der bisherigen Abgabestelle zu bleiben. Der Vorgang bei der Bezugsanmeldung ist derselbe wie bei der alten Kartoffelkarte. Der Kartoffelkartenbesitzer hat hierbei die beiden Rubriken der Karte: „Name und Wohnort des Kartenbesitzers“ entsprechend auszufüllen und die Karte der Abgabestelle oder Konsumentenorganisationen vorzuweisen. Diese hat die beiden gleichlautenden Rubriken „Name und Wohnort der Verkaufsstelle“ auszufüllen, den äußeren Abschnitt der Karte abzutrennen und die Karten sodann der Partei sofort rückzustellen. Die abgetrennten Abschnitte bleiben in Verwahrung der Abgabestelle oder Konsumentenorganisation. Wenn die Abgabestelle oder Konsumentenorganisation einmal gewählt ist, ist eine Umräyonierung nur mehr bei Uebersiedlungen gestattet. Bei Uebersiedlungen sind die Kartoffelkarten, samt dem durch die Partei von der bisherigen Kartoffelabgabestelle einzuholenden Rayonierungsabschnitte in der neu zuständigen Brotkommission vorzuweisen, welche auf der Rückseite des Stammes der Karte und des Rayonierungsabschnittes den Kommissionsstempel aufdrückt. Hiedurch wird die neu zu wählende Kartoffelabgabestelle berechtigt, auf der Karte, ebenfalls auf der Rückseite der Karte und des Rayonierungsabschnittes, ihren Geschäftsstempel aufzudrücken, den Rayonierungsabschnitt bei sich aufzubewahren

und der Partei Kartoffeln auszufolgen.

Mehlabgabe in der kommenden Woche. Zufolge Anordnung des Amtes für Volksernährung wird in der Woche vom 13. bis 19. Jänner sowohl bei den städtischen Mehlabgabestellen wie auch bei den Konsumentenvereinigungen die halbe Kopfquote an Kochmehl verabfolgt.

Kreditmassnahmen der Gemeinde Wien für den Bau von Kleinwohnungen. Heute fand in Angelegenheit der Kredithilfe für den Kleinwohnungsbau nach dem Kriege unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eine Beratung mit den in Betracht kommenden Kreditinstituten statt. Es ist geplant, eine städtische Kreditstelle für den Kleinwohnungsbau zu errichten. Das Belehnungskapital soll 135 Millionen Kronen betragen, die Gemeinde wird für eine 85% ige Belehnung die Bürgschaft übernehmen, soweit die Belehnung die Grenze der Mündelsicherheit überschreitet. Von der Gemeinde wird der Bürgschaftsfond von 6.9 Millionen Kronen beigestellt.

Der Beratung wohnten bei: in Vertretung der Ersten Oesterreichischen Sparkasse Generalsekretär Dr. Paul Schwarz, in Vertretung der Nieder Oesterreichischen Landeshypotheken-Anstalt Oberkurator von Steiner und der Direktor Dr. Franz Mayr, für die Niederösterreichischen Landesversicherungsanstalten Oberlandesrat Dr. Greutter, für die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien Direktor Dr. Meller, für die städtische Lebensversicherungsanstalt Vize-Direktor Dr. Fanta, für die Komunalsparkasse Hernals Oberbaurat Grünbeck, für die Komunalsparkasse Rudolphshim GR. Kaiserl. Rat Sigmeth, für die Komunalsparkasse Währing Bezirksvorsteher - Stellvertreter ^{von der Kom. Sparkasse Rudolphshim} Horak, u.s.w. Von den städtischen Funktionären waren die VB. Hoss und ^{und bei Besetzung. Ried Dr. Olig. Mayer in Personalk.} Rain, sowie Stadtbaudirektor Goldemund/zugegen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die erschienenen Vertreter der Finanzinstitute und erbat unter Betonung der Wichtigkeit der Wohnungsfrage ihre Unterstützung bei den von der Gemeinde geplanten Unternehmen. An den Bericht des Vorstandes des Wohnungsamtes Magistratsrates Dr. Sagmeister schloss sich eine längere Debatte, an welcher sich die meisten Anwesenden beteiligten und bei der durchwegs die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit zum Ausdruck kam. Auch die vorgeschlagene Form der Kredithilfe wurde durchwegs als zweckmässig und durchführbar bezeichnet. Zum Schlusse gab Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Wunsche Ausdruck, dass das angebahnte einheitliche Vorgehen in der Kreditfrage für alle Teile sich als fördernd erweisen möge. *- Der ganze Komplex der städtischen Wohnungsfrage wird der G.R. übergeben und von Gemeinderat in allerhöchster Zeit befähigt.*

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der folgenden Woche am Mittwoch, 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen bisher 14 Geschäftsstücke, darunter der Entwurf einer Entschliessung in Angelegenheit der Invalidenversorgung, ferner Subventionen, Bauangelegenheiten etc. Der Stadtrat tritt Dienstag nachmittag und Donnerstag vormittag zu Sitzungen zusammen. In der nächsten Woche wird auch die Obmänner-Konferenz tagen.

13

Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

Wien, Samstag 12. Jänner abends

№ 13.

Anschuldigungen gegen StR. Müller. Der „Abend“ hat in einer seiner letzten Nummern ehrenrührige Angriffe gegen den StR. Josef Müller erhoben und ihm vorgeworfen, er habe bei der Einrichtung einer Gemeinschaftsküche Provisionen genommen. Der Chef der Firma „Heinl & Rasper, welche diese Einrichtung brsorgte, hat erklärt, daß diese Anschuldigung vollkommen unwehr ist. StR. Müller teilte bereits in der gestrigen Sitzung des Stadtrates mit, daß er die Klage gegen den „Abend“ erheben werde. Die Klage wurde heute durch Dr. Robert Gruber beim Landesgerichte gegen den unbekanntem Schreiber des Artikels, welcher, wie StR. Müller annimmt, der Gerichtsverhandlung nicht ausweichen werde, eingetracht.

StR. Gebhart. Unter großer Beteiligung fand heute das Leichenbegängnis des StR. Gebhart statt. Unter den Trauergästen bemerkte man Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister, fast sämtliche Mitglieder des Stadtrates, sehr viele Gemeinderäte, eine Anzahl von Landtagsabgeordneten, ferner Baron Wittighof - Schell, Generaldirektor Fried, Präsident Paschinger von der Bezirks - Krankenkasse, Polizeibezirksleiter Zwerina, die Bezirksvorstehung Fünfhaus, Funktionäre des Armeninstitutes und des Ortsschulrates, Abordnungen der Wiener Bürgervereinigung, des kath. Gesellen - und Meister - Vereines, des humanitären Vereines „D'Höllenstein“, des christlichen Wiener Frauenbundes und anderer Vereine, die dem Bezirke zugeteilten städtischen Beamten u.v.a. Die Einsegnung erfolgte in der Kirche im 14. Bezirk, Kardinal Rauscherplatz durch Pfarrer Kopecky, dem Pfarrer Ebner assistierte. Nach der Einsegnung nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner vor dem Kirchentore mit bewegten Worten Abschied von dem Toten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 14. Jänner 1918. Nr 14.

Die Wohnungsfürsorge der Gemeinde Wien. Die Verschärfung der Wohnungsfrage in Wien hat die Gemeindeverwaltung veranlasst, weitgehende Massnahmen auf diesem Gebiete für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht zu nehmen. Die bereits in Aussicht gestellten Vorschläge des städtischen Wohnungsamtes liegen nunmehr in einem ausführlichen Berichte vor. Es sollen in der Uebergangszeit, nach dem Kriege, welche der Berichterstatter

mit etwa 5 Jahre veranschlagt, durch die Unterstützung der Gemeinde ausser den aus rein privaten Mitteln zu erbauenden Wohnungen 24.000 Wohnungen geschaffen werden. Die Unterstützung soll sich nicht nur auf die kleinsten, sondern auch auf mittlere Wohnungen beziehen, da in diesen letzteren augenblicklich und auf längere Zeit der Mangel noch grösser ist als bei den kleinsten Wohnungen. Von den sicherzustellenden 24.000 Wohnungen soll ein Teil für den dringendsten Bedarf gleich nach Friedensschluss durch Massregeln vorübergehender Natur geschaffen werden. Die Gemeindeverwaltung strebt hinsichtlich aller in Wien bestehenden Barackenbauten des Militärärats und der Regierung den Vorrang für die Uebernahme und die Sicherung der Grundbenützung an und nimmt auch die Uebernahme geeigneter ausserhalb Wiens bestehender Barackenbauten in Aussicht. Mit Rücksicht auf den voraussichtlich noch längere Zeit fortdauernden Bedarf des Militärärats selbst kann aber nur ein Teil dieser Bauten für die Gemeinde in Betracht kommen. Es sollen daher durch die Gemeinde selbst nach einem Vorschlage des Stadtbaudirektors Ingenieur Dr. Goldemund sogenannte Kriegswohnungen erbaut werden. Diese Wohnungen sollen nach bewährten, Material sparenden Methoden mit einer Bestandsdauer von 30 Jahren in grösseren Kolonien (je etwa 1000 Wohnungen) hergestellt werden. Die Wohnungen ^{werden} bei aller Einfachheit allen hygienischen Anforderungen entsprechen, reichlich Licht und Luft haben und sollen zum grössten Teile Zimmer, Küche und Kabinett umfassen; es werden auch eine entsprechende Anzahl von grösseren Wohnungen (2 Zimmer, Kabinett und Küche) erbaut werden. Ein möglichst grosser Teil der Wohnungen, etwa die Hälfte, wird einen eigenen Garten erhalten können. Vorläufig sind 2 solcher Kolonien zu je 1000 Wohnungen mit einem Kostenbetrage von 20 Millionen geplant.

Hinsichtlich der sonstigen vorgeschlagenen Notunterkünfte steht das Wohnungsamt auf einem sehr zurückhaltenden Standpunkte. Räume zur Massenunterbringung bedingen die Zerreiissung des Familienbandes und haben sich bisher nirgends gut bewährt. Die Verwendung einzelner bisher nicht als Wohnung benützer Räume kann nur mit grosser Vorsicht zugelesen werden, um nicht den ganzen Wohnungsstand auf lange Zeit zu verschlechtern. Von den leerstehenden Geschäftslokalen ist nach genauen Erhebungen des Stadtbauamtes ein Teil - für etwa 1200 Wohnungen zur Bewohnung geeignet. Auch hier muss mit einer gewissen Zurückhaltung vorgegangen werden, weil für die nach dem Kriege wieder auflebende Geschäftstätigkeit die nötigen Räume gewahrt bleiben müssen. Aus beiden Gruppen erwartet das Wohnungsamt nur einen Zuwachs von rund 2000 einstweiligen Wohnungen. Das Hauptgewicht wird auf die Massnahmen von dauernder Wirkung zu legen sein, welche ebenfalls schon vorbereitet werden. Die Frage der Rentabilität wird das Hauptproblem des künftigen Wohnungsbaues darstellen. Um sie zu erreichen müssen alle den Wohnungspreis bestimmenden Einzelposten

wirksam im Sinne einer Herabsetzung beeinflusst werden.

Das Ansteigen der Grundpreise ist durch die Form des Besteuerungssystems zu bekämpfen. Für die Baukosten im engeren Sinne (Kosten der Baustoffe, Bauarbeiter, Baufuhrwerke) wird eine Ermässigung durch Beistellung des durch die Demobilisierung freiwerdenden militärischen Materiales unter Ausschluss jeden Zwischenhandels und durch die Zusammenfassung in eine baugewerbliche Zentrale erhofft. Die Bedenken, welche einer solchen zentralen Zusammenfassung gegenüberstehen, werden eingehend erörtert. Angesichts der Tatsache, dass aber alle wichtigen, für den Bau erforderlichen Erzeugnisse heute schon in Kartellen oder Kartell-ähnlichen Gebilden gebunden sind, dürfte einer einheitlichen Regelung, welche den Verbrauchern und öffentlichen Körperschaften den gebührenden Einfluss sichert, als dem kleineren Uebel der Vorzug zu geben sein. Ohne eine solche einheitliche Regelung bestünde die Gefahr, dass Luxusbauten, welche keinerlei Kosten zu scheuen haben, die vorhandenen Baustoffe und Materialien binden, während für den schlechter-situierten Wohnungsbau nichts erübrigen würde.

Für die nicht minder wichtige Kreditfrage wird ebenfalls eine umfassende Organisation der Gemeinde durch Bildung einer städtischen Kreditstelle für Kleinwohnungsbau vorgeschlagen. Diese Kreditstelle soll, wie bereits berichtet, langfristige, möglichst nieder verzinsliche, amortisable Hypothekendarlehen bis zum Betrage von 85 % des Schätzwertes der zu belehnenden Realität gewähren. Die Gemeinde leistet für den die Mündelsicherheitsgrenze überschreitenden Teil des Darlehens die Bürgschaft. Es ist ein Belehnungskapital von 135.000.000 Kronen vorgesehen; zur Deckung allfälligen Verlustes aus der Haftung der Gemeinde wird ein städtischer Wohnungsfürsorgefonds gebildet und ihm durch 3 Jahre der Betrag von 2.300.000 Kronen zugewiesen. Eine Reihe wichtiger Kreditinstitute hat bereits die Mitwirkung zugesagt und die Aufbringung des Kapitals ist gesichert.

Hinsichtlich der Fertigstellung der schon begonnenen Bauten wird die Durchführung einer schon vor längerer Zeit der Regierung vorgeschlagenen Aktion, welche die Mithilfe der Wiener Banken in Aussicht nimmt, betrieben. Auch die städtischen Unternehmungen sollen sich an der Deckung des Wohnungsbedarfes beteiligen und auch der gemeinnützigen Bautätigkeit wird eine grössere als die Friedensbetätigung einzuräumen sein. Für die in der Uebergangswirtschaft in Angriff zu nehmenden oder fertigzustellenden kleinen und mittleren Wohnungen werden weitgehende Erleichterungen in Bezug auf Steuern und Abgaben gefordert, jedoch nur unter der Bedingung, dass sich die begünstigte Partei der behördlichen Festsetzung der Mietszinshöhe unterwirft, um nicht durch die Steuerbegünstigung lediglich eine Erhöhung des Grundpreises oder des Spekulationsgewinnes herbeizuführen. Der städtische Wohnungsfürsorgeausschuss und der Gemeinderat wird sich mit diesem Vorschlage demnächst eingehend zu befassen haben.

Militärurlauberkarte. Die Lebensmittelkarte für Militärurlauber, welche über Vorschlag des Magistratsrates Dr. Jamöck seit 7. Dezember 1917 zur Ausgabe gelangt, hat die Arbeiten der Brot- und Mehlkommissionen gegenüber dem bisherigen Vorgang bei Ausfolgung der Lebensmittelkarten und Bezugsscheine für Militärurlauber wesentlich erleichtert und ist auch für die Urlauber selbst sehr praktisch. Bis Neujahr wurden 96.544 Karten ausgegeben. Die Zahl der Weihnachtsurlauber betrug rund 70.000. Die Karten beinhalten 130.924 kg Brot- und Kochmehl, beziehungsweise 218.206 Laib Brot, 133.239 kg Kartoffeln, 10.139 kg

Zucker und 10.658 kg Fett, wovon 5.329 kg bei den Butterverschleissstellen zur Ausgabe gelangten. Die Ausgabe der Karten und Lebensmittel erfolgte in klagloser Weise.

Butterpreise. Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden mit K 1.94 für 12 dkg ausgeschnittene und mit K 1.96 für 12 dkg paketierte Ware festgesetzt.

Marmeladezusatz für Schwerarbeiter. Da die Marmeladezusätze auf Grund des Abschnittes B der Fettkarte für Schwerarbeiter für die 67. bis 70. Woche und der Kindermilchkarte für die 41. bis 48. Woche, welche Abschnitte erst am 16. Februar ihre Gültigkeit verlieren, nach dem 7. Februar ausgegeben werden dürften, sind diese Karten gut aufzubewahren.

Auszeichnungen und Besidigungen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird am Donnerstag 17. d.M. dem Bezirkschulinspektor Kaiserl. Rat Albert Kundi und dem Handelskammerrat Ludwig Blach, denen der Gemeinderat das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen hat, den Bürgereid abnehmen und dem Ortsschulrat des 3. Bezirkes Rudolf Bottoli das Diplom für seine langjährige Tätigkeit als Ortsschulrat, sowie einer Anzahl von Mitgliedern freiwilliger Feuerwehren die Ehrenmedaille für das Feuerwehr- und Rettungswesen überreichen.

15 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 15. Jänner 1918. Nr. 15.

Reisabgabe. Die in der Vorwoche angekündigte Reisabgabe für schwangere und stillende Frauen, sowie Kinder bis zu 6 Jahren findet in dieser Woche am Donnerstag, 17., Freitag, 18. und Samstag, 19. d.M. unter den bekannt gegebenen Bedingungen wie in der ersten Reisabgabe statt.

Bezirksratsitzung. Die Bezirksvertretung Brigittenau hält Freitag, den 18. Jänner 6 Uhr abends eine Sitzung ab.

Detailverkaufspreis für Schweinefleisch. Der Detailverkaufspreis für das Fleisch von Schweinen, die im Wege der städtischen Schweineübernehmensstelle in Verkehr gesetzt werden, beträgt von Mittwoch, den 16. d.M. angefangen 10 K 50 Hof für 1 kg und zwar sowohl in der Grossmarkthalle, als auch bei den mit dem Vertriebe dieses Fleisches betrauten Wiener Seichern und Selchwarenverschleissern.

Kohlenabgabe. Aus zahlreichen Anzeigen an den Magistrat ist zu entnehmen, dass trotz strenger Weisung von sehr vielen Kleinkohlenhändlern sowohl verfallene Wochenabschnitte, wie auch Abschnitte der Kohlenkarten für die laufende Woche abgeschnitten werden, ohne dass für die abgetrennten Abschnitte Kohle ausgegeben wird. Da durch diesen Vorgang die Kontrolle erschwert, in vielen Fällen überhaupt unmöglich gemacht wird, wird das Publikum im allgemeinen Interesse aufgefordert, verfallene Wochenabschnitte der Kohlenkarten selbst abzutrennen und zu vernichten und beim Ankaufe der Kohle nur soviel gültige Wochenabschnitte durch den Händler abtrennen zu lassen, als tatsächlich Kohle verabfolgt wird. Die Abtrennung der entsprechenden Anzahl der Wochenabschnitte und die Ausfolgung der Kohle hat Zug um Zug zu erfolgen.

Obmänner - Konferenz. Die heutige 87. Konferenz der Obmänner der im Wiener Gemeinderate vertretenen Parteien, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der VB. Hierhammer, Hoss und Rain stattfand, befasste sich mit der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke, der Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle und mit der Kürzung der Mehlique. Die Beschlussfassung hierüber wurde vertagt.

Waffenbrüderliche Vereinigung. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem Stadtrat Dr. Haas und den Oberstadtphysikus Dr. Böhm zur gemeinsamen Tagung der ärztlichen Abteilungen der Waffenbrüderlichen Vereinigungen Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in Berlin vom 23. bis 26. d.M. delegiert.

Ankauf von Pferden. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrage des VB. Rain die Anschaffung von 40 Pferden für den Lasten - beziehungsweise Lebensmitteltransport der städtischen Stellwagenunternehmung mit einem Kredit von 200.000 Kronen.

16

17

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Wien, Dienstag 15. Jänner 1918 abends Nr. 16.

Aus dem Bürgerklub. Unter dem Vorsitze seines Obmannes Oberkurators v. Steiner fand heute eine mehrstündige Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklubs statt. Bei deren Beginn hielt der Vorsitzende dem jüngst verstorbenen Stadtrate Gebhart einen tiefempfundener Nachruf, welcher von den Anwesenden stehend angehört wurde. Hierauf wurden in einer eingehenden Debatte die Referate über die Kohlenknappheit und über die Kürzung der Wahlquote erörtert und die entsprechenden Beschlüsse gefaßt, die morgen dem Gemeinderate vorgelegt werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michalek,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang Wien, Mittwoch, 16. Jänner 1918, Nr. 17

Städtische Kohlenlagerplätze. Da auf den städtischen Kohlenlagerplätzen zum Teil russische Kriegsgefangene und Soldaten griechisch-orientalische Konfession beschäftigt sind, bleiben die städtischen Kohlenlagerplätze am Samstag, 19. d.M. wegen des griechisch-orientalischen Feiertags für den Verkauf geschlossen. Dagegen findet Sonntag, 20. d.M. zwischen 8 und 12 Uhr der Verkauf statt und können jene Parteien, deren Belegtag Samstag ist, entweder Freitag, 18. oder Sonntag, 20. d.M. die Kohle beziehen.

Lebensmittelkarten - Ausgabe. Am Samstag, 19. d.M. gelangen die Mehlbezugskarten und Brotbezugskarten für die 146. bis 161. Woche, die Brot- und Mehlkarten für die 146. bis 153. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 71. bis 78. Woche, die Milchkarten für die 49. bis 56. Woche und die Kartoffelkarten für die Zeit bis zum 20. April d.J. zur Ausgabe. Infolge der herrschenden Papierknappheit und der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Papiers war es nicht möglich, sämtliche Mehlbezugskarten für die städtischen Mehlabgabestellen wie bisher auf gelbem Papier herzustellen; es musste rosa Papier verwendet werden und werden daher in den Bezirken I bis einschliesslich VI 6 rosa Mehlbezugskarten und in den anderen Bezirken gelbe Mehlbezugskarten für den Mehlbezug bei den städtischen Mehlabgabestellen zur Ausgabe gelangen. Die Mehlbezugskarten für Konsumentenorganisationen werden wie bisher durchwegs in blauer Farbe ausgegeben werden.

Ortschulrat Leopoldstadt. In der letzten Sitzung des Ortschulrates Leopoldstadt wurde Bezirksvorsteher Dr. Blasel zum Obmanne dieser Korporation gewählt.

NB. Der Korrespondenz liegt ein Bericht des Wohnungsamtes über die Wohnungsfrage nach dem Kriege bei, worüber die Rathaus-Korr. am Montag ausführlich berichtet hat.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 16. Jänner 1918.

Die Galerie ist dicht gefüllt.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilung:

Der Wiener Gemeinderat hat einen schweren Verlust erlitten: GR Ignaz Gebhart ist am 8. Jänner nach langem schmerzvollen Leiden entschlungen worden. Der Verblichene hat über 20 Jahre öffentliche Funktionen in der Wiener Gemeindeverwaltung bekleidet, am 13. Mai 1897 entsandete ihn der 2. Wahlkörper des 15. Bezirkes in die Bezirksvertretung, am 31. Mai 1900 der 4. Wahlkörper des 15. Bezirkes in den Gemeinderat; dieses Mandat hatte er bis zu seinem Tode inne und versah es mit allen Fleiss und aller Gewissenhaftigkeit. Im Juni des verflochten Jahres wählte ihn der Gemeinderat in den Stadtrat und gab ihm dadurch Gelegenheit, die Interessen seines Bezirkes, dessen Wohl ihm sehr am Herzen gelegen war, nach seinen besten Kräften zu vertreten. Ausserdem wirkte StR. Gebhart verdienstlich als Armenrat und Mitglied des Ortschulrates für den 15. Bezirk, so dass ihm kein Betätigungsgebiet der autonomen Gemeinde fremd geblieben ist. Mit ihm ist ein einfacher schlichter Bürger der Stadt Wien dahingegangen, ein Mann, ausgestattet mit den

Mitbürgern zu dienen. Wir werden unserem verblichnen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Kriegsminister richtete an den Bürgermeister nachstehendes Schreiben: Sehr erfreut über die freundliche Mitteilung dass die Gemeinde den im Felde stehenden aus Wien sich rekrutierenden Angehörigen des 2. Korps Weihnachtsgeschenke gewidmet hat, bitte ich Euer Exzellenz der Gemeinde Wien für diesen schönen und hochherzigen Akt den warmsten Dank des Kriegsministeriums gütigst vermitteln zu wollen. In Beantwortung einer vom GR. Partik über die Vereinigung von Wiener Steueradministratzen eingebrachte Anfrage teilt der Finanzminister mit: Die fortgesetzten militärischen Einberufungen und der Zuwachs an Arbeitsaufgaben haben der Aufrechthaltung des ungestörten Dienstes bei den Wiener Steueradministratzen immer grössere Schwierigkeiten bereitet und zwar sowohl bei der Bewältigung der Manipulationsarbeiten als auch bei der Besetzung der Posten der Referenten und leitenden Beamten. Um diesen Schwierigkeiten wenigstens zum Teile zu begegnen, sah sich die Finanzverwaltung genötigt, einige Wiener Steueradministratzen zu verlegen, um so durch die Vereinigung der einzelnen Referate und Fachabteilungen eine ökonomischere Arbeitsverteilung und ausgiebigere Ausnützung der verfügbaren Funktionäre zu erzielen. Sollte sich die weitere Notwendigkeit ergeben, auch bei anderen Steueradministratzen Ähnlich Massnahmen zu treffen, so braucht hier nicht besonders versichert zu werden, dass die Finanzverwaltung bei derartigen Verfügungen auf die Interessen der beteiligten Bevölkerung die weitgehendste Rücksicht zu nehmen nicht ermangeln wird.

In Beantwortung einer vom GR. Rottler über die Durchführung des Nachtarbeitsverbotes im Bäckergewerbe gestellte Anfrage teilt der Handelsminister mit, dass das Handelsministerium mehrfache, sowohl von der Seite der Vertreter der kleingewerblichen Bäckerei, als auch von Seite der Arbeiterschaft im Laufe der letzten Zeit erhobene Beschwerden zum Anlass genommen hat, beim k.k. Amte für Volksernährung die Veranstaltung unter Zuziehung der Interessenten (Fabriken, handwerkähnliche Betriebe und Arbeitnehmer-Organisationen) anzuregen, welche am 24. Oktober v.J. stattfand und bei welcher die Frage der Aufrechthaltung der den Grossbetrieben erteilten Bewilligungen zur Nacharbeit eingehend erörtert wurde. Das Ergebnis der Enquête sowie der im Anschluss daran abgehaltenen Beratungen eines Subkomitees gleicher Zusammensetzung, wie oben erwähnt, war, dass die seinerzeit „bis auf weiteres“ zugestandene Dispense vom Nachtarbeitsverbote für sämtliche in Betracht kommenden Brotfabriken der Monarchie durch Verfügung des Amtes für Volksernährung nunmehr bis zu einem bestimmten Termin nämlich bis zum 1. Februar 1918 eingeschränkt wurden. Hierbei wurden die Fabriken zugleich angewiesen, bis zu diesem Zeitpunkte jene baulichen Adaptierungen durchzuführen, welche erforderlich sind, um den Uebergang zur blossen Tagesarbeit in technischer Hinsicht zu ermöglichen. Anfangs Jänner l.J. wird sodann im Amte für Volksernährung eine neuerliche Besprechung über den Stand der Angelegenheit abgehalten werden, wobei sich zeigen wird, ob angesichts der dann herrschenden Verhältnisse (insbesondere beim Getreidezuschub und bei der Kohlenversorgung) an die ausnahmslose Durchführung des Nachtarbeitsverbotes an der das Handelsministerium vom sozialpolitischen Standpunkte aus das lebhafteste Interesse nimmt, gedacht werden kann.

Der unter dem Decknamen Wilhelm bereits seit Jahren bekannte Wohltäter hat auch heuer wieder 10.000 Kronen für die Schulen des 10. Bezirkes gespendet. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach hierfür seinen besonderen Dank aus.

Gespendet haben für Arme: Kaiserl. Rat Ernst Pollack namens der Kinder des Baron Adolf Neumann 5000 Kronen, die Grafen Johann und Albert Nemess und Baronin Karl Hussar 5000 Kronen, die Erben nach Eduard Ellissen 5000 Kronen, Ein Ungenannter 5000 Kronen, Johann Presl 500 Kronen, Viktor Mautner 500 Kronen, Gräfin Cornelia Schenk zu Castell 500 Kronen, Georg Meichl 400 Kronen für die Armen des 11. Bezirkes, Michael Skirka 300 Kronen zuhanden des Bezirksvorstehers Spitaler für Arme des 3. Bezirkes, Dr. Dietrich Moldauer 200 Kronen, unter der Chaire H.N. 200 Kronen, Viktor Herz für die Mannschaft der städtischen Feuerwehr 200 Kronen, Bezirksrat Friedrich Büchale 200 Kronen, der Verein der Sparsamen 110 Kronen, Viktor Zaoral, Josef Kleinpeter je 100 Kronen für die Armen des 18. Bezirkes, Mela Blum 100 Kronen, Kaiserl. Rat Heinrich Haas 100 Kronen; der am 8. Dezember vorstorbene Kaiserl. Rat Philipp Fleischl testamentarisch 1000 Kronen, die am 17. Februar 1916 verstorbene Helene Hartberger testamentarisch für die Armen des 4. Bezirkes 100 Kronen; der Verein der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien hat einen Teil der Sammlung „Leinzer“ nämlich 110 Stückuhren um 15.285 Kronen angekauft und dem Uhrenmuseum der Stadt Wien gespendet.

Schriftführer GR. Philp verliest den Einlauf.

GR. Ignaz Fischer fragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass für jede Menge Reis auch für 1/8 kg 1 Krone auch von den Mindestbeständen angeblich für Kriegsursorgezwecke eingekauft wird.

BGM. Dr. Weiskirchner: Mir ist bekannt, dass im Einvernehmen mit dem Armeoberkommando die Bestimmung getroffen wurde, dass der von der Militärverwaltung der Gemeinde zur Verfügung gestellte Reis an schwangere und stillende Frauen, sowie Kinder unter 6 Jahren abgegeben werden darf und zwar unentgeltlich, wenn sie im Besitze von grünen Einkaufsscheinen sind, dagegen an die Besitzer der blauen, braunen und weissen Einkaufsscheine gegen Erlag eines Betrages von mindestens 1 Krone.

Ich habe dem aus dem einfachen Grunde zugestimmt, weil Kinder Kinder bleiben, ob sie nun von armen oder von wohlhabenden Eltern stammen. Dass jeder eine Krone zahlen muss, das ist nicht wahr, erkundigen Sie sich gefl. früher Herr Gemeinderat, bevor Sie hier solche unrichtige Angaben vorbringen.

GR. Schäfer fragt, ob der Bürgermeister bei den nachgeordneten Behörden wegen Aufhebung des fleischlosen Freitags vorgehen wolle. Es wäre im Interesse aller, die Inneren, sämtliches Wurstzeug, sowie Geflügel als Ersatz für das fehlende Mehl freizugeben.

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Interpellant irrt, wenn er meint, dass an Würsten aller Art kein Mangel herrscht, da in jüngster Zeit hauptsächlich infolge der bekannten Transportschwierigkeiten leider auch der Auftrieb von Wurstvieh auf dem Wiener Zentralviehmarkte sehr zu wünschen übrig lässt. Immerhin ist aber die Versorgung mit Fleisch und Würsten noch günstiger als die mit Mehl und Gemüse, so dass der Vorschlag des Herrn Gemeinderates Schäfer insbesondere wegen der Herabsetzung der Mehrlation alle Beachtung verdient, wenn es mir auch nicht notwendig erscheint, dass von den beiden fleischlosen Tagen der Woche gerade der Freitag als solcher aufgelassen werden soll. Das Eingehen auf diesen Vorschlag bedingt aber eine Abänderung der Ministerialverordnung vom 14. Juli 1916, R.G.Bl.Nr. 218, zu der nur das Volksernährungsamt im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien zuständig ist; ich werde daher diese Interpellation dem Volksernährungsamte zur weiteren Veranlassung vorlegen.

2
GR. Partik stellt folgende Anfrage: Die durchgeführte freie Kunden-Rayonierung für Zucker und Kaffee hat ergeben, dass sich im freien Handel rund 1.400.000 Personen und bei den Konsumenten-Organisationen ca. 650.000 Personen in die Kundenlisten eintragen ließen. Die Belieferung mit Kriegskaffee und Zucker ist durch die Mithilfe des Magistrates durchgeführt worden. Aus den vorangeführten Zahlen ergibt sich, dass noch 2/3 der Bevölkerung ihren Bedarf im freien Handel deckt und nur 650.000 Personen durch Konsumenten-Organisationen versorgt werden. Auf diesem Umstand wird bei der Zuweisung anderer Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nicht gebührend Rücksicht genommen, da die Zuweisungen nie der richtigen Zahl entsprechen und der nichtorganisierte Teil der Bevölkerung häufig gänzlich übergangen wird. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dieses Ergebnis den Zentralstellen bekannt zu geben und seinen Einfluss bei den massgebenden Stellen geltend zu machen, dass bei den Zuweisungen auf jenen Teil der Bevölkerung, der keiner Organisation angehört und seinen Bedarf im freien Handel deckt, künftig gebührend Rücksicht genommen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Sofern die Gemeinde Wien rationierte und nicht rationierte Lebensmittel abgibt, wird jederzeit auf die schlüsselmässige Aufteilung an den freien Handel beziehungsweise die Verbraucherorganisationen Bedacht genommen. Ich werde nicht er-mangeln, das Ergebnis der Zucker und Kaffee-Rayonierung den städtischen Lebensmittelzentralen bekanntzugeben, damit dieser Aufteilungsschlüssel auch bei denjenigen Lebensmitteln, welche die Zentralen direkt - als ohne Vermittlung der Gemeinde - abgeben, berücksichtigt werden.

Ich kann nur meiner besonderen Befriedigung darüber Ausdruck geben, dass die Verteilung durch den Konzern sich so gut bewährt hat.

GR. Emmerling weist in einem Antrage darauf hin, dass ein Rest von mindestens 100 Bänken neben dem Materiallager an der Franz Josefsbahn nächst der alten Ferdinands-Wasserleitung seit mehreren Jahren im Freien liegen und langsam zugrunde gehen.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, daß diese Bänke nicht mehr zu verwenden sind, sondern nur Brennholzwert haben. Alle Magazine des Wirtschaftsamt sind mit wertvollere Material angefüllt.

GR. Skaret stellt folgende Anfrage: Nach Blättermeldungen beabsichtigt die Gemeinde Wien der Anregung der Zentralstelle für Wohnungsreform und dem gleichgerichteten Verlangen von sozialdemokratischer Seite tragend, nunmehr zum Bau von Kriegswohnungen zu schreiten. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, dem Gemeinderate ausführlich über den geplanten Bau von Kriegswohnungen zu berichten? Kann der Bürgermeister die Zusicherung geben, dass der Bau dieser Kriegswohnungen unbedingt in den nächsten 3 Monaten beginne und im Laufe dieses Jahres soweit gediehen sein wird, dass zumindest einige Tausend Kriegswohnungen bis zum Jahreschlusse bezugsbar sein werden? Ist der Bürgermeister in der Lage über die voraussichtlichen Mietpreise der Kriegswohnungen ehestens Aufschluss zu geben?

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Selbstverständlich wird sowohl über den geplanten Bau von Kriegswohnungen als über den ganzen Komplex der Massnahmen für die Wohnungsfrage nach Abschluss der Vorarbeiten dem gemeinderätlichen Wohnungsfürsorgeausschuss und dem Gemeinderate eingehend berichtet werden.

Mit dem Bau von Kriegswohnungen wird die Gemeinde sofort beginnen, wenn dies die Verhältnisse zulassen. Es dürfte dem Herrn Interpellanten bekannt sein, wie es gegenwärtig mit Baumaterialien, Bauarbeitern und Baufahrwerken bestellt ist.

Es wird vom Kriegsministerium beider sachlichen Demobilisierung abhängen, ob den öffentlichen Korporationen aus dem viele Millionen betragenden Vorräten Materialien zur Verfügung gestellt werden, damit sie

derart zur Verteilung kommen, daß auch das kleine und mittlere Gewerbe und nicht blos Zentralen damit beteiligt werden.

Es ist unrichtig, daß die Gemeinde Wien der Anregung der Zentralstelle für Wohnungsreform und dem Verlangen von sozialdemokratischer Seite Rechnung tragend, zum Bau von Kriegswohnungen schreite. Ich habe vielmehr auf Grund der Mitteilungen des städtischen Wohnungsamtes sofort die Einleitung für eine weitgehende technische und finanzielle Aktion angeordnet und nur diesen rechtzeitig ergriffenen Massnahmen istes zu danken, wenn schon heute spruch-reife Vorschläge dem Wohnungsfürsorgeausschuss vorliegen. Die Gemeindeverwaltung ist seit einer Reihe von Jahren zielbewusst bemüht, in der Frage der Wohnungsfürsorge tatkräftig einzugreifen, sie wird dieser ihrer sozialen Pflicht auch weiterhin nachkommen. (lebhafter Beifall).

GR. Emmerling urgiert in einer Anfrage die Beratung und Beschlussfassung der neuen Bauordnung.

BGM. Dr. Weiskirchner: Bekanntlich ist der Entwurf der neuen Bauordnung seinerzeit der Regierung mitgeteilt worden, damit sie in der Lage sei, rechtzeitig zu ihm Stellung zu nehmen. Die Regierung hat über den Entwurf auf Grund einer Beratung der in Betracht kommenden Ministerien ein ausführliches Gutachten ausgearbeitet, in welche abgesehen von zahlreichen minder Punkten grundsätzliche Bedenken gegen einige wesentliche Aenderungen des Entwurfes erhoben wurden. Zur Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten sind mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet worden, die bisher noch nicht abgeschlossen sind. Ich werde demnächst der vom Gemeinderate eingesetzten Kommission Gelegenheit geben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

GR. Honensinner stellt folgende Anfrage: Da nach Kriegsende zahlreiche neue Haushaltungen gegründet werden dürften, die Wohnungseinrichtungen aber unerschwingliche Preise erreicht haben, so sorgen einzelne Städte im Deutschen Reich schon jetzt dafür, dass an jung verheiratete Ehepaare billige Möbel geliefert werden können; sie bewilligen zur Durchführung dieser sozialen Massnahme bedeutende Betriebskapitalien und schliessen Lieferungsverträge auf Herstellung neuer Möbel ab. Der Preis für eine solche Wohnungseinrichtung soll 700 bis 800 Mark betragen. Geliefert sollen nur Möbel für Zimmer und Küche werden. Es wird gefragt: Welche Stellung nimmt der Bürgermeister zu der sozialen Massnahme, billige Wohnungseinrichtungen für jung verheiratete Ehepaare durch die Gemeinde zu beschaffen, ein? Ist er geneigt, vom Magistrate ein Gutachten über die Durchführbarkeit dieser Massnahme abzuverlangen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe schon auf Grund der ersten Zeitungserartikel das Wohnungsamt beauftragt, die Frage zu studieren und über die Sache zu berichten. Der Vorstand des Wohnungsamtes hat bereits vom Magistrate Köln dankenswerte Mitteilungen über die Einzelheiten erhalten und gewärtigt weitere solche aus einigen anderen deutschen Städten. Die Unternehmung bezieht sich nicht nur auf die Beschaffung neuer Möbel, sondern auch auf die Vermittlung beim Verkehr mit alten Möbeln. Das Wohnungsamt ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Möglichkeit der Durchführung insbesondere im Anschluss an den Wohnungsnachweis zu prüfen und es wird in dieser Angelegenheit in Bälde an den Wohnungsfürsorgeausschuss und an den Gemeinderat berichtet werden.

GR. Kunschak und Genossen stellen folgende Anfrage:

Der bekannte Germanist Professor J. W i e s e r hat ein Lehrbuch „Deutsche Sprachlehre für Mittelschulen und verwandte Lehranstalten“ herausgegeben. Zwecks Einführung dieses Buches an den

deutschen Mittelschulen in Böhmen wurde von der Statthalterei in Böhmen ein Gutachten eingeholt. Dieses Gutachten findet, dass vom allgemein politischen und vom staatspolizeilichen Standpunkte zu Beanständigungen kein Anlass gegeben sei, doch wäre das Betreffende: „Wien, eine der schönsten deutschen Städte“ durch „Wien, eine der schönsten österreichischen Städte“ zu ersetzen.

Nach der Eigenart der Stellung der Statthalterei in Böhmen und nach dem Geitze der Erledigung handelt es sich der Statthalterei in Böhmen offenbar darum, die Bezeichnung als deutsche Stadt zu behoben. Gegen ein solches Unterfangen muss vom Gemeinderate der Stadt Wien lebhafteste Verwahrung eingelegt werden. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, bei der Regierung gegen das Ansinnen der Statthalterei in Böhmen schärfsten Protest einzulegen und die Forderung zu erheben, dass diesem Ansinnen jedwede Berücksichtigung verweigert werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bin dem Kollegen Kunschak ausserordentlich dankbar, dass er auf diesem Wege auf eine so unglaubliche Entscheidung der böhmischen Statthalterei aufmerksam gemacht hat. Gewiss ist das Wien in erster Linie als österreichische Stadt sich fühlt, wir waren aber immer stolz darauf, dass wir eine deutsche Stadt und eine der ältesten deutschen Kulturstätten sind. Wir müssen dagegen protestieren, dass verhindert wird, in einem Lehrbuche für Mittelschulen Wien als deutsche Stadt zu bezeichnen. Allerdings bleibt Wien eine deutsche Stadt trotz dieser Entscheidung der böhmischen Statthalterei und alle Kollegen werden dafür sorgen, dass unsere Stadt ihres nationalen Charakters nicht entkleidet wird. (Beifall).-

Die GGR. Solterer, Spalowsky und Ullreich stellen einen Antrag, auf eine Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe für die städtischen Gartenarbeiter.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Wir haben darauf vergessen, dass eine Katastrophe, welche die Kraft der Bevölkerung zusammenbrechen lässt, auch den Zusammenbruch unserer militärischen Rüstungen unbedingt zur Folge haben muss, und trotzdem hat man geglaubt, es sei alles getan, wenn man das ganze Augenmerk auf die militärischen Rüstungen wendet. Mit dem Willen allein kann man den Zusammenbruch nicht verhindern. Wenn auch dieser gute Wille Anerkennung findet, bei solchen Schwächlingen, die sich am Sitze des Ernährungsamtes befinden. Zwei Schwächlinge machen noch immer keinen energischen Mann und das drückt sich in jenen Verhältnissen, die sich so furchtbar gestaltet haben in plastischer Weise aus. Wir müssen tief bedauern, dass es zu solchen Erscheinungen wie gestern und heute gekommen ist, zu Erscheinungen, von denen wir sagen müssen, dass sie eine natürliche Folge der Verhältnisse sind, die sich aber nicht so schlimm gestalten hätten müssen, als sie sich wirklich gestaltet haben.

Die Bevölkerung wusste schon lange, dass wir nicht unseren eigenen Bedarf decken können. Mit bewundernswerter Geduld hat sie die schweren Opfer des Krieges auf sich genommen, die noch dadurch verschärft wurden, dass die liebsten Angehörigen im Schützengraben lagen oder von der feindlichen Kugel hinweggerafft wurden. Aber alles muss ein Ende haben, man kann die Kräfte des Volkes nicht überbeanspruchen. Ferner darf nicht es zusammen und wir verlieren trotz der militärischen Erfolge den Krieg. Die günstigeren Verhältnisse der Selbstversorger werden vor Folge als Ungerechtigkeit empfunden. Es war verfehlt, zuerst die rumänischen Zuschüsse aufzuheben, denn während dieser Zeit blühte im Hinterlande der Schleichhandel mit dem heimischen Getreide. Es ist zu bedauern, dass auch bürgerliche Kreise die Bevölkerung getäuscht und erklärt haben, unsere Ernährung sei vollkommen sichergestellt. Wir sind keine Freunde der Regierung, wir bedauern aber, dass die Bevölkerung in eine solche Situation gebracht wurde. Wir alle stehen unter dem verhängnisvollen Eindruck der gänzlichen Hilflosigkeit und Rathlosigkeit unserer gegenwärtigen Regierung. Eine furchtbare Verantwortlichkeit lastet auf ihr, wir können ruhig sagen, wir sind nicht die Verantwortlichen sondern jene, welche in ihrer namenlosen Schwäche das Unglück auf die Bevölkerung heraufbeschworen haben. Die Regierung scheint noch immer an Wunder zu glauben, die Kürzung der Mehlquote ist ein politisches Ereignis von grosser Fahrweite, sie kann eine Katastrophe herbeiführen, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. Vor dem Eintritte dieser Katastrophe hat die Wiener Gemeindevvertretung wiederholt in eindringlichster Weise gewarnt.

Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk zeigen, dass unsere diplomatische und militärische Vertretung die Situation in der wir uns befinden noch immer nicht erfasst. Es gibt nur ein einziges Mittel dieser Lage zu entkommen, den Frieden, denn wir sind reif zum Frieden geworden. Wir glauben ja nicht, dass ein Friede sofort die Verhältnisse ändern wird, aber er ist eine Aufrichtung der Bevölkerung aus ihren Mühsalen, ein Hoffnungsstrahl, dass in absehbarer Zeit wieder andere Zustände eintreten könnten. Diesen Friedensschluss so rasch als möglich herbeizuführen ist Aufgabe einer wirklich denkenden Vertretung unseres Reiches. Wenn da in Brest Worte fallen, in welchen die ganze Übernehmung der Soldateska spricht, müssen wir dagegen entschieden und schärfsten Protest einlegen, denn in einem solchen Momente darf man nicht vergessen, was alles für uns auf dem Spiele steht. Die Bevölkerung ist bei uns ausgespart um ihren Willen in irgend einer Weise kundzutun und so müssen wir neuerlich darauf hinweisen, dass die proletarische Bevölkerung, unter die auch auch den Mittelstand rechne, unter der Last des Krieges zusammenbricht. Wir nehmen zwar die Resolution an, müssen aber offenen Herzens sagen, sie entspricht uns nicht, denn sie ist uns zu zahm, aber wir begnügen uns mit ihr, als vielleicht letzte Warnung an die Regierung.

Vizepräsident der Wiener Gemeindevertretung übernimmt den Vorsitz

GR. Hohensinner: Ich werde mit Versprechungen gemästet, so rief Hamlet aus. Geht es uns vielleicht besser? Werden nicht auch wir von der Regierung mit Zusicherungen und Versprechungen gemästet? Hamlet rief aber weiter, dass etwas faul sein müsse im Staate Dänemark. Ist vielleicht bei uns auch etwas faul? Jawohl, denn unsere ganze Ernährungspolitik und Ernährungsplan war verfehlt. Wer würde es in Oesterreich wagen, gegen die Grossagrarien aufzutreten, die kleinen Bauern haben ja selber nichts, oder gegen die Ungarn ein scharfes Wort zu sagen. Im Schneesturm der Karpathen waren wir ihre Bundesgenossen, jetzt im Hinterlande sind wir es nicht. Es fallen auch schon sehr harte Worte gegen unsere deutschen Bundesbrüder, ich will aber heute davon nicht weiter sprechen. Der Redner wiederholt schliesslich seinen Vorschlag aus dem Stadtrate, dass eine Abordnung der Gemeinde Wien sich zum Kaiser begeben solle, um dem Monarchen über die Verhältnisse volle Klarheit zu geben.

GR. Kunschak: Die heutige Sitzung wird wohl als eine der denkwürdigsten in der Geschichte dieser Stadt bezeichnet werden dürfen, weil über eine Angelegenheit beraten wird, wie sie erstor kaum mehr gedacht werden kann. Die Vertreter der verbündeten Mächte sitzen mit den Vertretern der russischen Regierung zusammen, um über den Abschluss eines Separatfriedens zu verhandeln, eine Tatsache, die überall hellen Jubel innige Freude und festeste Zuversicht wachgerufen hat. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Verhandlungen über den Separatfrieden sich nicht so einfach vollziehen, wie eine häusliche Angelegenheit, sondern dass jede Partei sorgfältigst ihre und des Gegners Position abwägt. Es kommt da gewiss nicht auf die Geschicklichkeit zu verhandeln an, sondern auch darauf, welches Ansehen jede Partei zu den Verhandlungen mitbringt, welche Folie den Unterhändlern das Hinterland bietet. Man möchte nun glauben, dass ganz selbstverständlich in einem solchen Augenblicke die verantwortlichen Faktoren alles aufbieten, um die Situation ihrer Vertreter mit allen Mitteln zu stärken. Man verlangt von der Bevölkerung und zwar mit Recht, dass sie sich stark zeige und je grösser das Selbstvertrauen der Bevölkerung in diesen Tagen ist, umso gewichtiger wird das Wort ihrer Vertreter dort oben in die Waagschale fallen. Man kann aber von der Bevölkerung keine Wunder verlangen, sondern nur so viel, was sie faktisch zu leisten imstande ist und so gesellt sich zur Forderung der Staatelenke an die Bevölkerung ganz von selbst die Forderung der Bevölkerung an diese, die Möglichkeit zur starken Selbstbewussten Pose auch zu geben, denn der Wille in der Bevölkerung hierzu fehlt nicht, und hat während der ganzen Kriegsjahre nicht gefehlt.

Die Bevölkerung hat an Heroismus an Selbstverleugnung, an all dem, was wir mit dem Worte Patriotismus bezeichnen ganz bewundernswertes geleistet; dagegen habe es die Regierung an staatsmännischer Voraussicht stark fehlen lassen. Schon im ersten Kriegsjahre wussten wir, dass unsere Feinde nicht auf die Entscheidung durch die Waffen rechneten, sondern auf die Wirkungen des Hungers. Ebenso wie in der Getreide-Versorgung wurde auch in der Kartoffelversorgung arg gesündigt. Es ist zu bedauern, dass ein Teil der Wiener Presse die Sache so darstellt, als ob die Kürzung der Mehlquote eine Wiener Angelegenheit wäre. Die Kürzung ist an anderen Orten schon früher erfolgt und wird jetzt in ganz Oesterreich durchgeführt. Es ist also ein Zeichen von Gedankenlosigkeit, von Blödsinnigkeit, vorzuschlagen, dass der Wiener Gemeinderat seine Mandate niederlegen soll. Die Frage ist: Ist der je zige Zustand eine unabwendbare Kriegsfolge oder ist er mit der Kriegelage nur lose zusammenhängend und selbst verschuldet. Die Antwort lautet: Selbstverschuldet. Der Ertrag unserer Ernte mit den Zufuhren aus Rumänien - unter Berücksichtigung dass das ganze Heer von Ungarn versorgt wird -

reicht aus, um mit der durch die Brot- und Mehlkarte festgesetzten Ration bis zur neuen Ernte durchzukommen, vorausgesetzt, dass die Ernte ganz erfasst wird und dass mit ihren Produkten nicht Betrug und Wucher getrieben wird (Lebhafter Beifall). Während Böhmen voriges Jahr seine Bevölkerung selbst versorgte und noch einen ziemlich Ueberschuss an die anderen Kronländer abführte, hungert heute ein Teil der Einwohner Böhmens infolge der passiven Resistenz der tschechischen Landwirte. Wenn man in die Zahl der tschechischen Politiker hineingreift so kann man jeden einzelnen als bewussten Hochverräter erklären. (Lebhafter Beifall). Man musste versehen, um die passive Resistenz zu brechen. Man brachte aber nicht den Mut auf. Aber auch die Verhältnisse in Galizien spielen eine nicht unbedeutende Rolle. Grosse Mengen von Mehl gingen in 5 Kilo Paketen nach Deutschland, es war dies nur möglich, weil dort die Getreideaufbringung vollständig versagte und grosse Mengen von Getreide der öffentlichen Ablieferung entzogen wurden. Aber nicht die galizischen Bauern sind die Schuldtragenden, denn ihnen hört das Getreide nicht, sondern den Schlechtzizen oder den jüdischen Schnapsschenker. Die jüdischen Spekulant haben das Mehl der Allgemeinheit entzogen. Dass die Behörden nicht eingeschritten sind die Hinterziehung unerhörter Mengen von Lebensmitteln zu verhindern, ist die schwerste Anklage gegen sie erhoben worden ist. Die Ereignisse, die sich heute in Wien abspielten, und die eine Folge dieser Erscheinungen sind, dürfen nicht den Rücktritt des Gemeinderates zur Folge haben, der mit seinen schwachen Kräften sich stets restlos für die Interessen der Bevölkerung eingesetzt hat, sondern den Rücktritt der Regierung, die schwer belastet ist, mit dem was sie bereits verschuldet und mit dem was in den kommenden Tagen sich ereignen kann. Die Wiener Bevölkerung ist des Ernstes der Zeit der Verantwortung ihrer Verpflichtung gegenüber dem Vaterlande sich voll bewusst. Es gibt 2 Auswege. Es müsste im letzten Moment alle Lebensmittel straff erfasst werden, es muss eine Beschlagnahme der Lebensmittel aller Haushalte erfolgen. Es ist zweifellos, dass viele Haushalte weit über den Bedarf eingedeckt sind.

Ich möchte ruhig erklären, eine Umstellung der Leopoldstadt mit einem ehernen militärischen Kordon und systematische Durchsuchung von Haus zu Haus würde unerhörte Lebensmittel an den Tag bringen. Eine sofortige Internierung der Flüchtlinge würde uns gleichfalls in den Besitz grosser Lebensmittelvorräte bringen. Weiters muss ein ernstes Wort Ungarn und ein ebenso ernstes Wort mit Deutschland gesprochen werden. Ich verkenne nicht, dass Deutschland auch nichts Übriges hat, es wird aber doch in der Lage sein, Vorräte abzugeben, Ungarn aber wird dies umso leichter tun können, wenn es sich entschliesst, seine Mehl- und Brotquote auf unsere Quote herabzusetzen. Diese Dinge müssen durchgesetzt werden, sonst führen sie zu einer solcher Vergiftung der Verhältnisse in Oesterreich, die uns mehr schaden können werden als eine verlorene Schlacht. Ich will mich weiter äussern gegen die Bestrebungen, die jetzt aus Deutschland zu uns herüber getragen werden. Ich erkläre offen, Deutschland wird der Sache des Friedens und seiner eigenen Sache einen grösseren Dienst erweisen, wenn es Mehl und Brot herüber schickt und sich seine kriegsheftzerischen Pastoren drüben behält.

Was die Kundgebung anbelangt, so glaube ich, dass der Gemeinderat damit entgegen dem bewusst verlogenen verleumderischen Bemühungen in einzelnen Zeitungen von sich behaupten kann, dass er seine Verpflichtungen restlos erfüllt hat und dass die Kundgebung von heute nicht ein Aufschrei ist in letzter Minute, sondern nur die Niederschreibung der Schlussumme unter eine Bilanz, die für den Wiener Gemeinderat ein glänzendes Aktivum, für die Regierung aber eine erschreckende Passivpost ergibt.

Nach einem Schlussworte des Referenten, in welchem er sich in ebenso scharfer Weise gegen eine heutige Meldung eines Spitzendiplomaten (Wiener Allgemeine Zeitung) über die gestrigen Sitzungen als un wahr ausspricht, und nach tatsächlichen Berichtigungen des GR. Dr. Hehn werden die Referenten einstimmig durch Erheben von den Sitzen angenommen.
Nach Erledigung einiger Geschäftsstücke wurde die Sitzung geschlossen.

Als erster Referent ergreift StR. Spalowsky das Wort, um über die Stellungnahme der Gemeinde Wien gegen die vom k.k. Amt für Volksernährung verfügte Kürzung der Mehlquote zu berichten und führt aus: Nach dem der Krieg bereits mehr als 4 Jahre gedauert, hat sich in unserer Bevölkerung die Hoffnung festgesetzt, dass es nun zum Frieden kommen werde. Mitten in diese Hoffnung hinein kommt nun eine Botschaft, die eine wahrhaft ausserordentlich kritische Situation andeutet und uns zeigt, dass unsere Ernährungsverhältnisse so kritisch geworden sind, wie sie es bisher niemals waren. Das Amt für Volksernährung hat zuerst Transportschwierigkeiten für die Kürzung der Mehlquote verantwortlich gemacht, in Wirklichkeit war aber dies nur ein Vorwand, denn wir leiden tatsächlich Mangel. Angesichts dieser Situation sind wir zur Feststellung gezwungen, dass das Leben der Bevölkerung angesichts dieser verringerten Ration einfach unmöglich gemacht ist. Dabei waren die bisherigen Ernährungsverhältnisse schon ziemlich unerträglich, aber man hat wenigstens der Bevölkerung noch verschiedene Ersatzstoffe als Zubissen geben können. Jetzt fällt aber auch das weg und zu allem kommt, dass die Fleischpreise wesentlich gegen das Vorjahr gestiegen sind, so dass für breite Schichten der Bevölkerung der Fleischgenuss jetzt überhaupt nicht mehr in Betracht kommt. Ausserdem haben wir im Vorjahre noch die volle Fettration erhalten, während wir jetzt seit Monaten nur mehr die Hälfte und von dieser Hälfte, die Hälfte wiederum nur in Ersatzstoffen bekommen. Ebenso schlecht ist die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Zucker und angesichts aller dieser Umstände muss man zur Meinung kommen, dass den Herren vom Ernährungsamt der Massstab für die Bedürfnisse der Bevölkerung vollständig fehlt.

Der Redner verweist auf die grossen Unterschiede in den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Lebensmittelmengen vor dem Kriege und im Jahre 1917 und erklärt, die Tatsache, dass der Fleischgenuss heute nahezu überhaupt ausgeschaltet sei und dass alle übrigen Nahrungsmittel um 40 bis 50% eingeschränkt seien, unsere Ernährungslage als trostlos erscheinen lassen. Man versuche die Kürzung als berechtigt hinzustellen und verweist darauf, dass wir jene Menge erhalten, wie sie in Deutschland schon seit langem in Geltung sei. Dieser Hinweis ist aber nicht zutreffend, sagt Redner, weil Deutschland seiner Bevölkerung pro Kopf 7 Pfund Kartoffel wöchentlich ~~xxx~~ ausfolgt. Die Kürzung der Mehlquote ist deshalb nicht nur unerträglich, sondern die Regierung überantwortet die Bevölkerung letzten Endes dem Hunger, die Bevölkerung, die so viele Opfer gebracht hat. Dabei hat die Regierung die Bevölkerung durch die verschiedensten Verlautbarungen, die sich heute als unwahr herausstellen, fortwährend zu beruhigen getrachtet. Im Dezember hat man gesagt, dass die Lebensmittelversorgung bis zur nächsten Ernte gesichert sei (lebhaftes Zwischenrufe). Das ist eine Taktik, die einer Regierung unter gar keinen Umständen würdig ist. Es hat dies aber auch zur Folge, dass die Bevölkerung derartigen Verlautbarungen überhaupt keinen Glauben mehr schenkt. Dabei sucht man immer wieder der Gemeinde die Schuld in die Schuhe zu schieben und es wird eine förmliche Hetze gegen das Rathaus betrieben.

Redner schildert die Massnahmen der Gemeindeverwaltung in der Lebensmittelfrage insbesondere in der Brot- und Mehlbeschaffung und wendet sich gegen die Vorwürfe gegen die Gemeinde in einem Teile der Wiener Presse, die vielfach behauptet, dass die Gemeinde mit ihren

Massnahmen zu spät gekommen sei. Die Gemeinde wie auch der Bürgermeister haben kein Mittel unversucht gelassen, die Regierung auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und unausgesetzt sei auf die Regierung eingewirkt worden. Wenn diese Forderungen nicht immer ganz und voll berücksichtigt wurden, so sei dies vielleicht auch darauf zurückzuführen, dass es diese Presse nicht unter ihrer Würde gefunden habe, aus parteipolitischen Gründen fortwährend gegen den Bürgermeister und die Gemeinde zu hetzen. Wenn diese Gattung Presse in ihrem Kampfe nicht aufhöre, dann werde man zu anderen Mitteln greifen. Wir haben keine Ursache, uns bei Ausübung unseres verantwortungsvollen Amtes uns fortwährend von Prädestrolchen angreifen zu lassen. Diese Presse möge sich hüten, dass nicht ein neuer Schönerer auftritt ein neuer Schönerer, der seine Sache vielleicht etwas entschiedener und gründlicher macht.

Aus den geschilderten Massnahmen der Gemeinde geht für jeden objektiv denkenden Menschen klar hervor, dass von Seite der Gemeinde alles unternommen wurde, um rechtzeitig auf die Bedrohlichkeit der Situation aufmerksam zu machen. Trotzdem versagt jetzt auch die Versorgung mit Mehl und Getreide vollständig und die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist die letzte Kontrolle, welche vor aller Öffentlichkeit den Beweis für ihre Unfähigkeit erbracht hat. Wir können nur feststellen, dass die Gemeinde ein Verbrechen nicht trifft und ich will die Regierung aufmerksam machen, dass sich der Bevölkerung bereits eine tiefgehende Erregung bemächtigt hat, die nicht gemacht und sehr wohl zu begründen ist. Wir erheben Protest gegen diese Verfügung der Regierung weil es uns darum zu tun ist, auch weiterhin in Ruhe leben zu können und wollen schon gar nicht zusehen, dass eine Regierung durch ihre Taktik es zu Wege bringt, dass unser Vaterland direkt der Revolution zugeführt wird. Wir erheben heute zum letzten Male unser Stimme denn wir haben später keine Ursache mehr, uns irgend einer Verantwortlichkeit zu unterziehen. Darum bitten wir sie als letzten Apell an die Regierung die folgende Resolution zum Beschlusse zu erheben und beantrage über Wunsch mehrerer Herrn im 2. Absatze die Einfügung zu machen, dass die Gemeinde hinsichtlich des laufenden Versorgungsjahres 1917/18 schon seit Mitte August 1917 auf die kommenden Dinge hingewiesen habe.

Die Resolution liegt bei.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz

GR. Dr. Hein: Die Ausdrücke, wie „jüdische Schandadresse“, „Presstrolche“, sind unter allen Umständen ordnungswidrig und unparlamentarisch, insbesondere, wenn sie vom Referententisch aus erfolgen. Sie hätten vom Vorsitzen als ungehörig zurückgewiesen werden sollen. Auch die Drohung mit dem Hausfriedensbruch sei ungehörig. Redner sei immer ein Feind von Pauschalgriffen gewesen; wenn in einzelnen Fällen unrichtige Angriffe erfolgen, sollen sie widerlegt werden. Wir haben in Wort und Schrift seit längerem den Standpunkt vertreten, dass die Wiener Bevölkerung eine dauernde Verkürzung der Mehlquote nicht ertragen könne. Die Kürzung der Quote sei ein Bankrott der Ernährungspolitik. Es war sehr bequem zuerst die rumänische Ernte heranzunehmen, dann erst ist man zu dem unangenehmen Geschäft der Requirierung geschritten. Die Ungerechtigkeit bezüglich der Selbstversorger komme immer deutlicher zum Ausdruck, denn diese, welche

in Oesterreich fast 10 Millionen Menschen umfassen, haben eine ungleich grössere Quote als die städtische Bevölkerung, ausserdem noch ist ihnen der volle Anteil bis zum Ende des Erntejahres gesichert. Es müsste aber auch verlangt werden, dass dem Oesterreichischen Staate ein grösseres Kontingent aus der rumänischen Ernte und auch aus der italienischen Beute eingeräumt werde.

Da die ganze Hoffnung der Entente auf die Aushungerungspläne gerichtet ist, so muss endlich neben der militärischen Einheitsfront auch eine wirtschaftliche Einheitsfront unter den Mittelmächten hergestellt werden. Die Ereignisse, die sich heute vollzogen haben, sind ein Fingerzeig, dass es im Interesse des gemeinsamen Kampfes unumgänglich notwendig ist, dass alles geschieht, um die Bevölkerung Oesterreich und Wiens entsprechend zu versorgen. Es kommt vor, dass Kriege auch im Hinterlande verloren werden.

Wir haben allen Grund den Frieden herbeizusehen, einen Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit, auf derjenigen Grundlage, wie sie die Mehrheit des deutschen Reichstags proklamiert hat und wie er auch im Wiener Gemeinderate oft besprochen worden ist. Die Bevölkerung leidet für eine gemeinsame Verteidigung, aber es ist fraglich, ob sie diese Leiden auf sich nehmen will für etwaige uferlose Anxionsideen. Wir alle wünschen einen ehrenvollen Frieden, der den heimatlichen Herd bewahrt und die heutigen Ereignisse glaube ich sollten die Herbeiführung eines solchen Friedens fördern. Wir wissen ja, dass unser Monarch wiederholt seinen Friedenswillen bekundet hat und wir glauben, dass es im Sinne aller gelegen ist, aber namentlich im Sinne der leidenden Bevölkerung, wenn diejenigen Verhandlungen, welche heute geführt werden, zu einem günstigen Ergebnis kommen und der Friede zustande gebracht wird, nach den Grundsätzen der gegenseitigen Rücksichtung und der gegenseitigen Gerechtigkeit. In diesem Sinne werden wir auch für die Resolution stimmen und denjenigen Anträgen unsere Zustimmung geben, durch die das bisherige System der Ernährungspolitik der Regierung auf das Schärfste verurteilt wird.

GR. Reumann verweist darauf, dass es in der Bevölkerung am meisten empörend gewirkt habe, wenn in Zeiten, in welchen eine furchtbare Notlage durch die Kriegsverhältnisse über die Bevölkerung hereingebrochen ist, absichtlich oder unabsichtlich die Wahrheit nicht gesagt wurde und der Bevölkerung die wirkliche Gefahr verschwiegen wurde. Es hat sozusagen den letzten Blutstropfen aufgepeitscht, dass Berichte in der letzten Zeit hinausgegangen sind, die eine blanke Lüge gewesen waren und dass man die Bevölkerung mit Hoffnungen erfüllt hat, von denen man im vornhinein wissen musste, dass sie nicht erfüllt werden konnten. Die Wahrheit ist von Seite der Staatsanwaltschaft konfisziert worden und die Lüge wurde toleriert. So behandelt man eine Bevölkerung nicht, welche in diesem furchtbaren Kriege so ungemein schwere Opfer gebracht hat. Zumindestens kann die Bevölkerung verlangen, dass sie die Wahrheit erfahre. Es sind auch Fehler über Fehler gemacht worden, die unsere Lage immer mehr verschlechtert haben. Wir haben schon zu Beginn des Krieges gewusst, dass wir in Bezug auf die Bedeckung unseres Bedarfes an Getreide vollständig der ungarischen Regierung ausgeliefert sind, einer starken Regierung und trotzdem haben wir geglaubt, dass wir uns in der Zeit einer furchtbaren Krise mit einer schwachen Regierung begnügen können, ob sie jetzt Stürgkh oder Seidler heisst. Wir sind in Oesterreich mit dem Unglück geschlagen, dass wir keine energischen Staatsmänner finden, wir sind mit dem Unglück geschlagen, dass in diesem Kriege eines übersehen worden ist: dass nicht nur allein die Gewalt der Waffen, nicht nur der Militarismus den Krieg entscheiden kann, sondern dass auch die Bevölkerung im Hinterlande über Sieg und Niederlage entscheidet.

am 16. Jänner 1918.

T A G E S O R D N U N G.

I. Nachtrag.

Erledigt im Stadtrate	Referent Herr Gemeinde- rat	Zahl	Post Nr	G e g e n s t a n d
15. I. 1918	SPALOWSKY	518	15	<p>Resolution der Gemeinde Wien gegen die vom k.k. Amte für Volksernährung verfügte Kürzung der Mehlmquote. (Antrag.) Die nachstehende Resolution wird genehmigt:</p> <p>Der Wiener Gemeinderat protestiert gegen die vom k.k. Amte für Volksernährung verfügte Kürzung der Mehlmquote, welche mit den herrschenden Verhältnissen begründet wird.</p> <p>Die Gemeindeverwaltung stellt bei diesem Anlasse fest, daß sie rechtzeitig, wiederholt und mit allem Nachdrucke auf die Ursachen der jetzt eingetretenen Mehlmknappheit hingewiesen hat, daß sie auch zweckdienliche Maßnahmen zur Hintanhaltung dieser geradezu beklagenswerten Entwicklung, die noch dazu mit den tatsächlichen Vorratsstände in der Gesamtmonarchie nicht im Einklange steht, im Vorschlag gebracht hat, welche Maßnahmen bei den berufenen Organen in keiner Hinsicht Berücksichtigung gefunden haben.</p> <p>Angesichts der straffen zentralen Bewirtschaftung des Getreides und Mehles und der vollständigen Abhängigkeit des großen Konsumzentrums Wien von den jeweiligen Zuweisungen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt konnte die Gemeinde Wien im eigenen Wirkungskreise Vorkehrungen zur Abhilfe nicht treffen.</p> <p>Die Gemeinde Wien muß die Forderungen erneuern, daß noch jetzt in letzter Stunde die zur Erfassung der inländischen Getreidevorräte geeigneten Zwangsmaßnahmen unverweilt getroffen werden, daß der Schleichhandel in Mehl und Getreide und die ihn begünstigende Lohnmüllerei sofort abgeschafft, daß weiters die Importe aus Rumänien eventuell auf dem Landwege realisiert werden und schließlich Ungarn mit allen Mitteln zur Getreidebeziehungsweise Mehlanlieferung an Oesterreich verhalten werde.</p> <p>Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß die Kürzung der Mehlmquote - falls sie unvermeidlich ist - auch bei den Selbstversorgern zur Anwendung gebracht und daß für die Bevölkerung der Gesamtmonarchie einheitlich die gleiche Kopfquote an Brot und Mehl festgesetzt werde.</p>

Die Regierung wird schließlich aufgefordert, zur Deckung des Entfalles an Verschleißmehl, Ersatzmittel wie Rollgerste, Teigwaren, Hirse eventuell Sauerkraut und Dörrgemüse zur Verfügung zu stellen.

I/hv

18
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 17. Jänner 1918. Nr. 18.

Besidigungen im Rathause. Heute nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Rathause die üblichen Ueberreichungen von Auszeichnungen und Beerdigungen vor. Hiezu hatten sich eingefunden: der Präsident der Bürgervereinigung StB. Braunel, die Stadt- und Gemeinderäte Eigner, Goldband, Hilscher, Huschauer, Koppensteiner, Müller, Partik, Paulitschke, Rykl, Schelz und Schneider, die Bezirksvorsteher Dirnbacher und Adlersflügel, Hofrat Dr. Rieger mit sämtlichen Bezirksschulinspektoren, der Vizepräsident der Handelskammer Kitschelt mit den Handelskammersekretären Dr. Götzinger und Professor Wrabetz, die Handelskammerräte Kandl und Wegl - Leckl, weiters vom Magistrat Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Artzt, die Magistratsräte Formanek, Dr. Madjara und Schaufler, Magistratssekretär Paul, Branddirektor Jenisch etc. Nach Ueberreichung von Ehrenmedaillen für das Feuerwehr- und Rettungswesen nahm der Bürgermeister die Beerdigung des Bezirksschulinspektors Kaiserl. Rat Albert Kundl vor, welchem das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen worden war. Ausser dem Bürgermeister würdigten Hofrat Dr. Rieger, Schulrat Habernal, Gemeinderat Koppensteiner und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Behnert die vielfachen Verdienste des Ausgezeichneten. Sodann nahm der Bürgermeister die Beerdigung des Vorstehers der Genossenschaft der Juweliere Handelskammerrates Ludwig Blach vor, welchem vom Gemeinderate die gleiche Auszeichnung verliehen worden war. An diesen hielten Vizepräsident Kitschelt, Kammerrat Kandl und Bezirksvorsteher Dirnbacher Beglückwünschungsansprachen. Schliesslich überreichte der Bürgermeister dem Ortsschulrat des 3. Bezirkes Rudolf Bottoli das Diplom als Ortsschulrat.

Verkehrseinschränkungen bei der Strassenbahn. Die Weihnachtsfeiertage haben in den Werkstätten der Strassenbahnen einen Ausfall von 3 ganzen und 2 halben Arbeitstagen und damit einen Rückschlag in den Reparaturarbeiten gebracht. Unmittelbar darauf folgten heftige Schneefälle, wie sie in einem solchen Ausmasse seit 18 Jahren nicht zu verzeichnen waren, wodurch der Wagenpark der städtischen Strassenbahnen in der schwersten Weise mitgenommen wurde. Diese beiden Umstände haben nach den Schneefällen einen Abgang von über 200 teilweise recht schwer beschädigten Motorwagen aus den Betriebsstand der Wagen verursacht. Hiezu kommt als Folge der ausserordentlichen Ueberfüllung und des für die Strassenbahnen ungünstigen Wetters täglich eine grosse Anzahl schadhafte werdender Motorwagen. Durch angestrengte Arbeit in den Hauptwerkstätten ist es bisher gerade noch möglich geworden, die Anzahl der täglich zuwachsenden schlechten Wagen durch reparierte zu ersetzen, so dass der jetzige Verkehr insolange hätte aufrecht erhalten werden können, als nicht neuerliche Schneefälle eingetreten wären.

Nun hier hat sich die Lage für den Strassenbahnverkehr dadurch wesentlich verschlechtert, dass die Arbeiter der Hauptwerkstätte, welche vollzählig heute um 7 Uhr früh die Arbeit ruhig aufgenommen hatten, schon um 8 Uhr durch 600 feiernde Arbeiter, meist aus den Staatsbahnwerkstätten, zur Arbeitseinstellung veranlasst worden sind. Wenn dieser Ausstand in den Werkstätten länger andauern sollte, so droht in verhältnismässig kurzer Zeit die vollständige Einstellung der Strassenbahnen, was sich daraus leicht ergibt, dass täglich 30 bis 40 Motorwagen schadhafte werden und der ganze betriebsfähige Park an

Motorwagen derzeit nur 760 Stücke beträgt. Es muss hier bemerkt werden, dass eine Reduktion der für den Lastentransport bestimmten rund 100 Motorwagen, welche hauptsächlich für Approvisionierungsgüter dienen, ausgeschlossen ist, und daher die ganze Reduktion auf den Personenverkehr entfallen muss.

Auch wenn die Arbeit in der Hauptwerkstätte schon am morgigen Tage wieder aufgenommen wird, müssen Verkehrseinschränkungen durchgeführt werden, weil die ausgefallenen 30 bis 40 Motorwagen dem Verkehr abgehen und unter den jetzigen Verhältnissen deren Reparatur nicht so bald nachgeholt werden kann.

Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Strassenbahndirektion zu ermächtigen, als aller-erste unbedingt notwendigen Einschränkungen zunächst alle Zugsintervalle sowohl an Wochentagen, als insbesondere an Sonn- und Feiertagen nach Notwendigkeit auszudehnen und den Sportverkehr an Sonn- und Feiertagen aufzulassen.

Sollte der Ausstand in der Hauptwerkstätte weiter andauern, so genügen diese Massregeln nicht und es müsste nebst einem früheren Betriebschluss am Abend an die Einstellung von Linien, insbesondere der Linienausläufer in den äusseren Bezirken sowie einiger Rundlinien geschritten werden.

Der Stadtrat hat den Bürgermeister ermächtigt, diese unter Umständen raschestens notwendig werdende Massnahme anzuordnen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,

Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Freitag, 18. Jänner 1918. Nr. 19.

Vertrauliche Sitzung. Der Gemeinderat hat in seiner letzten vertraulichen Sitzung dem GR. Bernhard Ellend (Neubau), dem Bezirksvorsteher-Stellvertreter Johann Hanusek (Ottakring) und dem Bezirksvorsteher Matthias Adlersflügel die grosse goldene Salvator-Medaille, dem Armenrat Josef Woldrich (Meidling), dem Waisenrat Karl Rosenmayer (Rudolfsheim), den Bezirksräten Gregor Koeppel und Wilhelm Zoerkler, sowie den Armenräten Josef Jachaczek, Anton Schmidt, Franz Schotola und Johann Theisl (Meidling), dem Ortsschulrat Karl Hlawitschka, den Waisenräten Anna Hladik, Marie Karpfel und Juliane Forstner, sowie den ehemaligen Waisenräten Otto und Josefa Poppek (Brigittenau), Seraphine Stiegelbauer (Meidling), dem zweiten Obmann-Stellvertreter des Armeninstitutes August Gude (Josefstadt) und den Armenräten Franz Kantner, Leopold Neues, Josef Witek und Josef Zelenka (Mariahilf), den Armenräten Josef Stangelberger, Laurenz Steiner und Konrad Schwab (Ottakring) die goldene Salvator-Medaille verliehen. - Der Titular-Oberrechnungsrat Hermann Löffler wurde zum Oberrechnungsrate extra - statum ernannt und dem Rechnungsrate Franz Paul der Titel Oberrechnungsrate verliehen. - Dem Exerziermeister der städtischen Feuerwehr Karl Schiener und dem Löschmeister Franz Dietz wurden Ehrengeschenke bewilligt.

Verkauf polnischer Gänse. Morgen (Samstag) findet der Verkauf von polnischen Gänsen zum Preise von K 11.20 per kg an folgenden Stellen statt: 1. Singerstrasse; Bubitsch, 2. Markt Volkertplatz; Dechant, Zöchmeister, 3. Grossmarkthalle; Brunner, 4. Naschmarkt; Walla, 4. Weyringergasse; Simatovitsch, 5. Schönbrunnerstrasse; Holub, 6. Markthalle Damböckgasse; Kreitenitsch, 7. Markthalle Burggasse; Wlasaty, 8. Markthalle Stadiongasse; Starnbacher, 9. Markthalle Nussdorferstrasse; Holzinger, 10. Markt Eugenplatz; Gay, 11. Markt Enckplatz; Novack, 12. Markt in Meidling; Adelman, 14. Markt Braunnhirschengasse; Adler, 14. Markt Robert Hammerlinggasse; Stritzl, 15. Markt Reithoferplatz; Gregul, 16. Markt Brunnengasse; Barilitsch, 16. Markt Nep. Bergerplatz; Gludovatz, 17. Markt Dornerplatz; Schmalzbauer, 18. Gentsgasse; Bettstein, ^{Andeckl,} 18. Markt Kutschkergasse; Bastainer, 20. Markt Hannoverplatz; Filipitsch, 21. Markt am Spitz.

Pferde-Lizitationstage und Orte im Militärkommando, Bereich Wien:
Stabiles Pferdespital Wien am 27. d.M., Stockerau, 29., Brunn, 27., Göding, 28., Pferdeverwertungsstelle Wiener Neustadt 30., Hardt bei Amstetten, 27., Spratzern bei St. Pölten 29., Purgstall 28., Trebitsch 29., Wischau 31., Ung. Hradisch 28., Znaim 26., Ers. Dep. Tr. Baon. Nr. 2 Wien: 31. und Wien: St. Marx 23. ds.M.

Subvention. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoss dem Vereine Konderschutz - Stationen eine Subvention von 110.000 Kronen gewährt.

Lehrererennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola die Volksschullehrerin Maria Holley zur Volksschullehrerin 1. Klasse, Adolf Budil, Johann Fried und Oskar Spiel zu Volksschullehrern 2. Klasse, Adele Springer zur definitiven Handarbeitslehrerin ernannt.

Regulierung im Bezirke Döbling. In der letzten Sitzung des Stadtrates legte StR. von Steiner einen Teilregulierungsplan für das Gebiet zwischen der Sieveringerstrasse, der Krottenbachstrasse und der Agnesgasse vor. Hinter den Baulinien sind 6 m breite Vorgärten anzulegen und dauernd als solche zu erhalten. Der Abschluss der Vorgärten gegen die Strasse hat mit einem Gitter auf gemauertem Sockel zu erfolgen. Auf den hinter den neu genehmigten Baulinien entstehenden Baustellen dürfen nicht nur einzelstehende, sondern auch zu zweien aneinander gebaute landhausartige Wohnhäuser errichtet werden, welche ausser einem Erdgeschoss nur noch ein Obergeschoss enthalten. Höherragende Gebäudeteile, wie Türme, Giebel u.dgl. sind gestattet.

Bezirksratssitzung. Die Vertretung des Bezirkes Wieden hält am 22. d.M. $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags eine Sitzung im Gemeindehause Schäfergasse 3 ab.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 18. Jänner 1918. Nr. 20.

Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird auch in der Woche vom 21. bis 26. d.M. Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer der grünen, blauen und braunen Einkaufsscheine gegen Abtrennung des Buchstaben O in den Ständen der Grossschlächtereie abgegeben werden und zwar den Haushalten bis zu 2 Personen $\frac{1}{4}$ kg, bis zu 5 Personen $\frac{1}{2}$ kg und solchen mit 6 und mehr Personen 1 kg. Ausgabetermine: Montag, 21. A - F, Mittwoch, G - K, Donnerstag L - R, Samstag S - Z.

Städtische Strassenbahnen. Infolge der besonderen Verhältnisse wird der Strassenbahnverkehr an Sonn und Feiertagen durch eine bedeutende Ausdehnung der Intervalle noch weiter eingeschränkt. Gleichzeitig wird die Beförderung von Wintersportgeräten (Skier und Rodeln) ausnahmslos verboten.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit $1\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes A und B der neuen Kartoffelkarte. Hierbei wird aufmerksam gemacht, dass der Abschnitt A allein bereits ungültig ist, da in der abgelaufenen Woche die Kartoffeln statt gegen Abtrennung dieses Abschnittes, gegen Abtrennung des Stammes der alten Kartoffelkarte abgegeben wurden. Die Kartoffelkartenbesitzer haben sich im Laufe der kommenden Woche bei einer städtischen Kartoffelabgabestelle oder bei einer mit der Kartoffelabgabe betrauten Konsumentenorganisation zum Bezuge anzumelden. Die Wahl der Abgabestelle steht frei, jedoch wird empfohlen bei der bisherigen Abgabestelle zu bleiben. Der Vorgang bei der Bezugsanmeldung ist derselbe wie bei der alten Kartoffelkarte.

Wien, im Jänner 1918.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Am 1. April l. J. werden neue Strassenbahnfreikarten ausgegeben. Wir ersuchen Sie daher, ein aufgezogenes Lichtbild (Visitformat), auf der Rückseite mit dem deutlichen Namen des Eigentümers versehen und 10 Kronen Stempelgebühr e h e s t e n s an die Rathaus - Korrespondenz zur Weiterleitung an die Direktion der städtischen Strassenbahnen einzusenden.

Wiener Rathaus - Korrespondenz.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 21. Jänner 1918. Nr. 21.

Ermittlung vermisster Kriegsangehöriger. In der unvorhergesehenen langen Dauer des Krieges ist die Zahl der Vermissten ausserordentlich angewachsen, doch kann nach den gemachten Erfahrungen mit Bestimmtheit angenommen werden, dass ein grosser Teil der Vermisstmeldungen auf Namensverschreibungen, mangelhafte Angaben von Personaldaten, auf das Ausbleiben von Meldungen aus der Kriegsgefangenschaft, auf verstümmelte Sterberegister aus feindlichen Ländern zurückzuführen ist. Um in dieser Hinsicht etwa bestehende, irrigen Aufzeichnungen richtigstellen zu können, werden die Bewohner Wiens zur Ausfüllung von Anmeldekarten, welche bei den zuständigen Brot und Mehlkommissionen, erfolgen wird, aufgerufen. Anzumelden sind:

1. Vermisste, als solche sind anzusehen Angehörige der gesamten bewaffneten Macht (Gemeindames Heer, Landwehr, Landsturm, Marine, Seeheer) einschliesslich der zur Kriegsdienstleistung Herangezogenen, über welche seit 1. Oktober 1917 ihren angehörigen kein Lebenszeichen zugekommen ist.
2. Alle Kriegsgefangenen, auch dann, wenn deren Aufenthaltsort den Angehörigen bekannt ist.
3. Die in Kriegsgefangenschaft Verstorbenen, Gefallene oder in Spitälern verstorbene, von deren Tod die Angehörigen durch die Militärbehörde oder Zivilbehörde oder durch das Auskunftsbüro des roten Kreuzes verständigt wurden, dürfen nicht angemeldet werden.

Zur Anmeldung berufen sind nur diejenigen Haushaltungsvorstände, zu deren Haushalt der Vermisste, Kriegsgefangene oder Kriegsgefangenschaft Verstorbene als Familienangehöriger oder sonstiger Haushaltungs-genosse gehört. Es ist also um Irrtümer und Doppelzählungen zu vermeiden, nur derjenige berufen, einen Vermissten anzumelden, in dessen Haushalt der Angemeldete im Falle der Zurückkehr eintreten würde. Der Haushaltungsvorstand der einen abgängigen Sohn hat, der bei ihm wohnt, die Frau, die einen abgängigen Mann hat, sind anmeldungsberechtigt. Der Haushaltungsvorstand, der einen abgängigen Bruder besitzt, der jedoch nicht bei ihm wohnhaft war, ist nur dann anmeldungsberechtigt, wenn der Bruder keinen eigenen Haushalt besitzt und von keiner anderen Seite, z.B. von den mittlerweile verstorbenen Eltern bei denen er sonst wohnte, angemeldet werden könnte. Ein Wohnungsgenosse, der seine Habseligkeiten zurückgelassen hat und sofort wieder zu seinem Unterstandsgeber zurückkehren würde, hat gleichfalls durch den Unterstandsgeber zur Anmeldung zu gelangen.

Zur Brot und Mehlkommission sind mitzubringen nebst der Brotbezugskarte oder dem polizeilichen Meldezettel des Anmelders an dessen Stelle auch ein durch die Papiere legitimierter Vertreter oder eine Vertreterin die Anmeldung erstatten kann, Dokumente, aus denen die richtige Schreibweise des Namens, des Anzumeldenden genau entnommen werden kann, da der grösste Wert darauf gelegt wird, dass der Name ganz richtig geschrieben wird. Weiters sind allfällige Schreiben von ihm selbst, von der

Militärbehörde, Zivilbehörde oder Kameraden mitzubringen. Anzugeben sind: Geburtsort, Geburtsjahr, Zuständigkeitsort, Assentjahr, Truppenkörper, Charge, ferner der letzte Wohnort des Angemeldeten zur Zeit der Einrückung, auf welchem Kriegsschauplatz er zuletzt gewesen ist, was von seinem Aufenthalt bekannt ist, wann und wo er zuletzt schrieb.

Die Anmeldungen finden bei den zuständigen Brot und Mehlkommissionen statt und zwar für Anmelder mit dem Anfangsbuchstaben des Familiennamens A - H am 24., I - Q am 25. R - Z am 26. ds.M. in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 2 - 5 Uhr nachmittags.

Im Hinblick auf die grosse Wichtigkeit dieser Anmeldungen werden die Leser um grösstmögliche Verbreitung dieses Aufrufes in ihrem Kreise ersucht, damit die in Betracht zu kommenden Bewohner Wiens die Anmeldung in keinem Falle unterlassen.

Mit der Nachforschung von Vermissten (Verschollenen) in Oesterreich ist abgesehen von den militärischen Stellen ausschliesslich die Vermisstennachforschung des Oesterreichischen Roten Kreuzes, 1. Stock im Eisen - Platz 3-4 betraut worden, an welche Stelle sich die Parteien nach Abschluss der vorstehenden Anmeldungen zu wenden haben. Es wird bemerkt das die nunmehr in Wien stattfindenden Anmeldungen in allen Kronländern zur Durchführung gelangen, bezw. schon gelangt sind.

Butterpreise. Die Höchstpreise für ausländische Butter wurden im Kleinhandel mit K 1.97 für 12 dkg paketierte Ware festgesetzt.

Abgabe von sauern Rüben. Am 24. d.M. wird mit der Abgabe von sauern Rüben begonnen. Die Abgabe erfolgt an diesem Tage an die Haushaltungen mit den Buchstaben A - H, am Freitag, I - Q, Samstag R - Z. Sonntag für Nachzügler. Beim Einkaufe sind die amtlichen Einkaufsscheine vorzuweisen, von denen die Abschnitte mit der Ziffer 13 abgetrennt werden. Auf jede Person entfällt $\frac{1}{2}$ kg. Der Preis beträgt im Kleinhandel K 1.24 per kg. Die sauern Rüben werden in eigenen städtischen Abgabestellen verkauft, die als solche bezeichnet sind, Mitglieder von Konsumentenorganisationen erhalten bei diesen die Rüben.

Wiener Bankverein. Die ausserordentliche Generalversammlung des Wiener Bankvereines findet am 12. Februar 11 Uhr vormittags im 1. Bezirk, Schottenring 3 statt. Verhandlungs - Gegenstände: Beschlussfassung über die Erhöhung des Aktienkapitals um 30 Millionen Kronen, sowie über die Betrauung des Administrationsrates mit der Durchführung der Kapitalerhöhung und mit der Festsetzung des Zeitpunktes und der Modalitäten der Begebung der neuen Aktien. Beschlussfassung über die aus Anlass der Kapitalerhöhung beantragte Aenderung der §§ 9 und 59 der Statuten.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Dienstag, 22. Jänner 1918. Nr. 22.

Brauhaus der Stadt Wien. Durch die der Brauhausindustrie gesetzlich auferlegten Beschränkungen wurde auch das Brauhaus der Stadt Wien betroffen. Die Biererzeugung ging von 178.353 hl im Verwaltungsjahre 1915/16 auf 42.444 hl, im Jahre 1916/17 zurück. Der Bierverkauf ging in derselben Zeit auf 90.054 hl gegenüber 242.000 im letzten Friedensjahr zurück. Der Betrieb der Oekonomie Wahlhof ergab im Jahr 1916/17 einen Abgang von 92.378 Kronen, während das Brauhaus ein Ergebnis von 120.600 Kronen hatte, so dass sich der Reingewinn des ganzen Unternehmens mit 51.238 Kronen beziffert. Der ungünstige Erfolg der Oekonomie Wahlhof ist auf die teuren Einkaufspreise der Kälberkühe bei wesentlich gedrückten Verkaufspreisen für das abgemolkene und requirierte Vieh und auf die infolge der grossen Dürre eingetretene Missernte und Futtermittelnot zurückzuführen, wodurch nicht nur das Ertragnis des Feldbaues herabgedrückt, sondern auch der Molkereibetrieb arg in Mitleidenschaft gezogen wurde. Eine besondere Verstärkung erfuhr die Futtermittelnot durch den Ausfall der Brautreibern, deren Menge im Vorjahre immer noch beträchtlich war, im Betriebsjahr aber für den Futterbedarf der Oekonomie nicht mehr in Betracht kam. Der Stadtrat hat den Rechnungsabschluss nach einem Antrage des VB. Rain genehmigt.

Lagerhaus der Stadt Wien. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Firma „Lagerhaus der Stadt Wien“ mit Rücksicht auf die bedeutende Erweiterung dieses Unternehmens und die im Kriege erfolgte Angliederung neuer grosser Betriebe (Kühlagerhaus; Lagerhäuser im Freudensauer Winterhafen, Speicher Zwischenbrücken) in „Lagerhäuser der Stadt Wien“ abzuändern.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Mariahilf hält am Donnerstag 24. d.M. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Ein Sänger - Veteran gestorben. Am 20. d.M. starb hier im hohen Alter von 83 Jahren das älteste Mitglied des Wiener Sängerbundes, Herr Josef Hofer, Buchhalter i.R. und Besitzer der Ehren - Medaille für 40 jährige treue Dienste. Er gehörte dem Bunde durch volle 60 Jahre als ausgezeichnete Sänger und geradezu vorbildlicher Treue an. Das Leichenbegängnis findet Mittwoch, 23. d.M. 2 Uhr nachmittags vom Trauerhause 7. Westbahnstrasse 4 aus statt. Die Einsegnung erfolgt in der Pfarrkirche zu St. Laurenz aus dem Schottenfelde.

Ernennungen. Der Stadtrat hat dem Primararzt des Kaiser Franz Josef Kinderhospizes in Sulzbach Dr. Eduard Prohaska in die 7. Rangklasse, befördert, Dr. Ferdinand Steiger wurde zum städtischen Arzt 1. Klasse, Philipp Kurfürst zum Kanzlei - Offizial, Leopold Riegler zum Steueramts - Akzessisten ernannt.

Wissenschaftlicher Verein „Skiptikon“. Dieser Verein veranstaltet am 26. d.M. 7 Uhr abends im Festsale der Bürgerschule 1. Stubenbastei 3, einen Lichtbildvortrag des Kaiserl. Rates Ernst Krahl „6 Klöster Niederösterreichs“. Nach dem Vortrag Generalversammlung.

Städtische Strassenbahnen. Zur leichteren Ermöglichung des Umkehrens der Züge der Linie 2 wird unter Benützung der Gartenanlage zwischen der Franzensbrückenstrasse Hauptallee und dem Verbindungsweg zwischen Hauptallee und Franzensbrückenstrasse eine Geleisschleife angelegt, die Kosten belaufen sich auf 163.000 Kronen.

Säuberung der Bürgersteige vom Kot. Gelegentlich des eingetretenen Tauwetters ist vielfach wahrzunehmen, dass die Bürgersteige nicht oder nur sehr mangelhaft vom Kote gesäubert werden. Unter Hinweisung auf die Bestimmungen der Magistrats - Kundmachung vom 8. April 1903 hat sich der Magistrat an den Zentralverband der Hausbesitzer - Vereine und den Hausbesorger und Fortierverein mit der Aufforderung gewendet, der Reinigung der Bürgersteige vom Kote ihr volles Augenmerk zuzuwenden.

Aus dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. von Steiner wird die endgültige Uebernahme der dänischen Decken - Aktion durch den Kriegerheimstätten - Fond zur Kenntnis genommen und aus diesem Anlasse dem Verwalter des städtischen Asyl und Werkhauses August Decker und dem Rechnungsoberrevidenten Matthäus Huber, welche bisher die Arbeiten dieser Aktion geleitet haben, der Dank und die Anerkennung ausgesprochen.

Nach einem Antrage des StR. Schmid wird die Stelle eines rechtskundigen Beamten bei den städtischen Elektrizitätswerken systemisiert.

Nach einem Antrage des StR. Tomola wird das vom Schulverein herausgegebene „Jahresbüchlein für die deutsche Jugend“ Jahrgang 1917/18 wie alljährlich in einer Auflage von 100.000 Exemplaren zum Verteilen an die Schuljugend mit dem Kostenbetrage von 14.000 Kronen angekauft.

Nach einem Antrage des StR. Dechant wurde die Abteilung der dem Ernst Hochmuth gehörigen Liegenschaft 18. Pötzleinsdorf, E.Z. 103 Pötzleinsdorferstrasse 120 auf 3 Baustellen und einen Baustellenteil genehmigt.

Der Streik in der Hauptwerkstätte der Strassenbahn. Der Stadtrat hat heute nach einem Berichte des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Bitte der Vertrauensmänner der Arbeiter der Hauptwerkstätte der städtischen Strassenbahnen beschlossen, jenen Arbeitern, welche am Donnerstag den 17. und Samstag den 19. Jänner nicht gearbeitet haben, mit Rücksicht auf die besonderen ausserordentlichen Verhältnisse und bei dem Umstande als diese Arbeiter dem Bürgermeister jetzt ihre volle Arbeitswilligkeit bekundeten, ausnahmsweise und ohne Präjudiz für die Sitzung den für diese Tage entfallenden Lohn zu gewähren.

Von der Hochquellenleitung. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Zatzka den Kostenvorschlag der Bauabteilung 2 der zweiten Hochquellenleitung über die allgemeinen Auslagen, über die Auslagen für die Vorarbeiten bei dem weiteren Ausbau der Wiener Verteilungsanlagen und für den Probetrieb des selbsttätigen Habewerkes Laaerberg und der Rohrprüfungsanstalt in Baumgarten mit dem Gesamtbetrage von 45.000 Kronen genehmigt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 23. Jänner 1918. Nr. 23.

Die Fleischhauer und die Grossschlachtung. In einer am 4. Dezember v.J. stattgehabten Versammlung hatten die Fleischhauer Wiens prinzipiell ihre Beteiligung an der von der Regierung geplanten Gründung einer Grossschlachtung G.m.b.H. mit einer aus der Mitte der Versammlung beantragten Aenderung ausgesprochen, nach welcher den Fleischhauern sowohl bei der Kapitalbeteiligung als auch bei der Geschäftsführung die Majorität gesichert würde. Das k.k. Amt für Volksernährung hat jedoch in einer Zuschrift an die Vorsteherung der Wiener Fleischhauer - Genossenschaft erklärt, dass die genannten Beschlüsse nicht zur Grundlage weiterer Verhandlungen genommen werden können. Das Amt für Volksernährung müsse auf eine strenge Bewirtschaftung des Fleisches hinarbeiten und sehe in der Gründung einer Grossschlachtung nach den von ihm festgestellten Grundsätzen die beste Lösung dieser Frage. Ueber den Rahmen des bereits Koncedierten könne nicht hinausgegangen werden.

Dienstag nachmittags fand im Konzerthause eine neuerliche Versammlung der Wiener Fleischhauer statt. Der mittlere Konzertsaal, der 850 Personen faßt, war bis auf wenige Lücken vollständig gefüllt. Der geschäftsführende Vorsteher - Stellvertreter Schedl brachte die Zuschrift des Volksernährungsamtes zur Kenntnis und schilderte die eingehenden und schwierigen Verhandlungen der Vertreter der Fleischhauer mit der Regierung. Die Fleischhauer haben sich anfangs gegen eine von der Regierung geschaffene Grossschlachtung - in welcher Form immer - aufs Energischste gewährt. Als ihnen aber die Gewissheit wurde, dass die Regierung von dem Unternehmen nicht abgehe, haben die Vorsteherung und die Mitglieder des aus den Reihen der Fleischhauer eingesetzten Komitees bei den Verhandlungen das Hauptgewicht darauf gelegt, dass den Interessen der konsumierenden Bevölkerung im weitesten Masse Rechnung getragen und das Fleischhauergewerbe nicht zu stark geschädigt werde. Das Ergebnis der neuerlichen Verhandlungen sei, dass in den Aufsichtsrat 12 Fleischhauer und 12 Mitglieder der anderen Interessentengruppen entsendet werden mit einem unparteilichen Vorsitzenden an der Spitze. Als Geschäftsführer werden 3 Fleischhauer bestellt, für die übrigen 4 Stellen sind 2 der Viehverwertungsgesellschaft und je eine dem Ackerbauministerium und der Gemeinde Wien vorbehalten. Die zögernde Haltung der Fleischhauer, verursacht durch eine der Genossenschaftsvorsteherung gegenüberstehende Opposition habe leider dazu geführt, dass für die Uebergangszeit bis zu der in etwa 2 bis 3 Monaten ins Leben tretenden Grossschlachtung eine Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch in St. Marx geschaffen wird, in welcher die Fleischhauer nicht mehr Sitz und Stimme haben sondern bloss als Experten mitwirken werden. Als weiterer Erfolg der Fleischhauer sei es zu verzeichnen, dass diese mit einer 2/3 Mehrheit ihres gezeichneten Kapitals die Auflösung der Gesellschaft beantragen können. Vorsteher Schedl schloss, dass er nur unter dem Zwange der Verhältnisse für den Antrag eintrete. Die Genossenschaftsvorsteherung empfehle im vollen Bewusstsein ihrer moralischen Verpflichtungen gegenüber den Fleischhauern und in der Ueberzeugung, dass der Anschluss an die Grossschlachtung unter den gegenwärtigen Umständen das kleinere Uebel sei, den Mitgliedern der Versammlung die prinzipielle Beteiligung an der neu zugrundenden Gesellschaft. (Lebhafter Beifall)

Vorsteher - Stellvertreter GR. Eder bemerkte, dass die Regierung seinen Termin bis 20. Jänner gestellt habe, bis zu welchem Tage die Fleischhauer ihre Erklärung abzugeben haben, es sei aber eine Verlängerung der Frist bis 30. d.M. erwirkt worden. Die Regierung habe den Entwurf der Grossschlachtung fertig gestellt und sie werde jedenfalls durchgeführt werden, eventuell auch ohne Anschluss der Fleischhauer. Unter diesen Umständen müssen die Fleischhauer, wenn auch schweren Herzens sich zustimmend äussern.

In der Debatte wurde insbesondere verlangt, dass bei der eventuellen Auflösung der zu gründenden Gesellschaft den Fleischhauern wieder das volle Recht bei der Benützung der Schlachthäuser etc. eingeräumt werde. Die Herren Anscheringer, Redl, Dressler, Dalioth, Rezek und Bezirksrat Rosenmayer sprachen sich teilweise mit gewissen Einschränkungen für, der ehemalige Genossenschaftsvorsteher Hütter gegen den Anschluss der Fleischhauer aus; die von letzterem Redner vorgebrachten Einwendungen wurden vom Vorsteher-Stellvertreter Schedl in seinen wirkungsvollen und überzeugendem Schlussworte widerlegt.

Die Versammlung beschloss einstimmig, sich an der Grossschlachtung G.m.b.H. nach dem von der Genossenschaftsvorsteherung gemeinsam mit der Regierung aufgestellten Grundsätzen zu beteiligen. Schedl versprach, dass die Vorsteherung auch in Zukunft bestrebt sein werde, sich das Vertrauen der Kollegen zu erhalten und schloss nach 3stündiger Dauer die Versammlung.

Der Neubauer Männergesangsverein veranstaltet am 2. Februar um 8 Uhr nachmittags im grossen Saal des Konzerthauses eine Konzertakademie, zu der die Violinvirtuosin Nora Duesberg, die Hofopernsängerin Melitta Heim, das Mitglied des deutschen Volkstheaters Wilhelm Klitsch und das Damentertett (die Mitglieder der Hofoper Fanny Tilletschke, Lenhart - Obat und Elsa Reim) ihre uneigennützigste Mitwirkung zugesagt haben. Das Reinerträgnis der Veranstaltung fliesst dem Witwen und Waisenfonds des Infanterie - Regiments Hoch und Deutschmeister Nr 4 in Wien zu, dessen vollständige Kapelle unter Leitung des Kapellmeisters Wacek mitwirken wird. Karten im Vorverkauf bei C.R. Alexander 7. Neubaugasse 15 und im Konzertbüro Kehlendorfer 1. Krugerstrasse 3.

Milchversorgung. In der Sitzung der Milchversorgungsstelle am 22. d.M.machte der Leiter Oberkommissär Dr. Nather zunächst die Mitteilung, dass die Milchlieferung nach Wien seit der letzten Sitzung vom 3. November 1917 neuerlich zurückgegangen ist, so dass zumeist nur noch Kinder und Kranke mit Milch versorgt werden können. Immerhin aber habe sich seit dem Inkrafttreten der erhöhten Milchpreise (6. November 1917) der Rückgang der Anlieferung, der in den letzten 2 Monaten des Jahres 1916 12.3% betrug, in der gleichen Periode des Jahres 1917 auf 7½% vermindert. Sodann gabe der Leiter dem Beirat die von der Milchversorgungsstelle zur Verbesserung der Anlieferung eingeleiteten Schritte bekannt und forderte zur Erstattung von Vorschlägen auf. Bei der nun folgenden Besprechung wurde allseits der Wunsch geäussert, zur teilweisen Behebung des Mangels an Frischmilch auf eine erhöhte Einfuhr von Kondensmilch aus dem Auslande hinzuarbeiten.

Kürzung der Junggesellen - und geminderten Brotkarten. Die Herabsetzung der Mehlmenge auf 250 g wöchentlich hat zur Folge, dass die Junggesellenbrotkarten um 5 auf je 70 g Brot lautende Abschnitte wöchentlich gekürzt werden müssen. Da auch Besitzer von Mehlvorräten nur mehr 250 g wöchentlich hievon für jede im Haushalte verköstigte Person verbrauchen dürfen, werden von den verminderten Brot und Mehlkarten die daran befindlichen auf je 70 g Brot oder 50 g Mehl lautenden

den 6 Abschnitte abgetrennt und die diesbezüglichen Mehlbezugskarten zur Einziehung gelangen. Die die näheren Bestimmungen betreffende Verordnung des Magistrates wird morgen erscheinen.

21. Jahrgang, Wien, Donnerstag, 24. Jänner 1918. Nr. 24.

Plan einer neuen Bahnverbindung Wien - Triest. Der Regierungskommissär der Stadt Triest hat in einem an den Bürgermeister gerichteten Schreiben die vom Ingenieur Dr. Dampieri bereits im Jahre 1911 vorgebrachte Anregung einer neuen Bahnverbindung Wien - Triest nunmehr als höchst zeitgemäss aufgegriffen und um die Stellungnahme und allfällige Unterstützung der Stadt Wien ersucht. Auch die Stadt Pettau hat in einer Zuschrift gebeten, dem Plane näher zu treten. Nach dem Entwürfe wäre die Trasse von Wien über Aspang nach Pettau zu führen und soll dann in möglichst kurzer Strecke unter Berührung der Städte Cilli, Laibach und Ober Laibach Triest erreichen. Die Bahn soll als zweigleisige Hauptbahn erster Ordnung derart gebaut werden, dass Schnellzüge mit einer Stundengeschwindigkeit von 75 km auf der ganzen Strecke verkehren können, damit die Fahrzeit Wien - Triest, die derzeit auf der Südbahnstrecke 12 bis 13 Stunden dauert, auf 6 Stunden herabgesetzt werden kann.

In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Schneider über diese Angelegenheit und erörterte einerseits die Vorteile einer neuen Bahnverbindung Wiens mit Triest und dem Balkan, andererseits die technischen und administrativen Schwierigkeiten, welche zu überwinden sind.

Nach dem Antrag des Berichterstatters wurden folgende Beschlüsse gefasst: 1. Die Stadt Wien begrüsst die Anregung einer neuen Bahnverbindung von Wien über Aspang, Pettau und Ober - Laibach nach Triest mit Rücksicht auf ihre hohe wirtschaftspolitische Bedeutung auf das Lebhafteste. 2. Die Stadt Wien richtet an das Eisenbahnministerium das Ersuchen, die technische Durchführbarkeit und die Wirtschaftlichkeit dieser Anregung zu prüfen und das Ergebnis seinerzeit zu veröffentlichen. 3. Die Keeresverwaltung wird ersucht, dem Projekte im Falle seiner technischen und wirtschaftlichen Durchführbarkeit die möglichste Förderung angedeihen zu lassen.

Wiener Kinder in die Schweiz. Die unter der Leitung des GR. Kaiserl. Rates Philp stehende Aktion der Frau Gerta v. Eipem „Wiener Kinder in die Schweiz“ konnte 255 Kinder unter der Führung des Direktors Sigglbauer mit 10 Lehrerinnen nach St. Moritz und nach Einsiedeln entsenden. Am Westbahnhofe hatten sich eingefunden: Präsidialvorstand Dr. Lenz und Hofsekretär Dr. von Steiger vom Eisenbahnministerium, Stationsvorstand Kaiserl. Rat Zawadil, Eisenbahninspektor Hummel, Oberrechnungsrat Löffler und Magistratsrat Dr. Korschann. Die Vorarbeiten wurden von Frau Direktor Grandauer und Kaiserl. Rat Winkler getroffen. Die Kinder verbleiben 2 Monate zur Erholung in der Schweiz und erhalten entsprechenden Unterricht. An der Aktion nehmen noch 50 Kinder aus Linz, 100 aus Graz und 150 aus Budapest teil.

Wohnungsfürsorge. Der gemeinderätliche Ausschuss für Wohnungsfürsorge hielt in den letzten Tagen Sitzungen ab, in welchen das Programm der Gemeinde Wien in der Wohnungsfrage nach dem Kriege eingehend beraten wurde. Die Grundzüge des Programms wurden von allen an den Sitzungen Teilnehmenden grundsätzlich gebilligt. In der Spezialdebatte wurde jener Teil der Vorschläge, welcher sich auf einstweilige Massnahmen bezieht, erörtert und mit geringfügigen Abänderungen nach den Vorschlägen des Wohnungsamtes der Stadt Wien genehmigt. Die nächsten Beratungen werden den Massnahmen dauernder Wirkung dienen.

Gänsepreise. Die Preise für ungarische Fettgänse und Fetteuten wurden mit Wirksamkeit vom 25. d.M. mit 22 bis 23 Kronen per kg im Grosshandel und mit K 22.75 bis K 23.75 per kg im Kleinhandel festgesetzt.

WIENER STADTRAT.

Sitzung am 24. Jänner 1918.

Vorsitzende Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die VB. Hierhammer, Hoes, Reib

Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird für das Maria Josefa - Heim des Sturm - Ba taillons der 13. Schützendivision aus den bereits bewilligten 20.000 Kronen Kredit für Soldatenheime ein Betrag von 2000 Kronen gewidmet.

Dem Albrecht Dürer - Bund wird für seine am 6. Jänner eröffnete 17. Jahresausstellung ein Ehrenpreis von 300 Kronen bewilligt.

Dem Kleintier-Zuchtund Schrebergartenverein „Espansette“ im 12. Bezirk wird eine Subvention von 500 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Tomola wird der Verlagsbuchhandlung Karl Fromme anlässlich der Herausgabe der „Oesterreichischen Bücherei“ für jedes der in Aussicht genommenen 16 Bändchen nach Massgabe ihres Erscheinens ein Kostenbeitrag von je 1000 Kronen gewährt.

Nach einem Antrage des StR. Schwer wird die Widmung eines Ehrengrabes für die Kammer Sängerin Materna nachträglich genehmigt.

Nach einem Antrage des StR. Zatzka wird der Anlage eigener Gräber im Ottakringer Friedhofe zugestimmt.

Nach einem Antrage des StR. Dr. Mataja wird für die Umgestaltung des städtischen Hauses 3. Landstrasse Hauptstrasse ein Betrag von 104.000 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des StR. Schwer wird dem Arbeitsausschusse zur Herausgabe des historischen Atlases von Wien einen Unterstützungsbetrag von 10.000 Kronen gewährt.

Nach einem Antrage des StR. Tomola werden dem Vorsitzenden des Ortsschulrates Josefstadt behufs Unterbringung einer Kinderbücherei samt Aufenthaltsräumen für die Jugend die derzeitigen Amtsräume der städtischen Aerzte im Erdgeschoisse des Amtshauses 8. Schlesingerpalatz unentgeltlich unterlassen.

25

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Freitag, 25. Jänner 1918. Nr. 25.

Errichtung von Fürsorgestellen. Der Gemeinderat hat im Vorjahre die Ausdehnung der städtischen Jugendfürsorgetätigkeit auf sämtliche Bezirke Wiens beschlossen. Die Vorarbeiten für die Fürsorgestellen in den Bezirken Landstrasse, Favoriten, Meidling, Rudolfsheim und Brigittenau sind nunmehr so weit gediehen, dass an deren Einrichtung gedacht werden kann. Die Eröffnung, beziehungsweise Erweiterung der Tätigkeit der Fürsorge in diesen Bezirken erscheint umso dringender, als das Jugendamt gegenüber der Wiener Bezirkskrankenkassa bindende Verpflichtungen in der Uebernahme der Fürsorge über die Säuglinge der versicherten Mütter übernommen hat. Nach einem Antrage des StR. Tomola wurden in der letzten Stadtratsitzung die erforderlichen Beträge in der Höhe von 153.662 Kronen bewilligt.

Städtische Strassenbahnen. In diesem Jahre wurde an Neujahregelohn für Beamte und Beamtinnen K 98.728, Unterbeamte K 55.809, Bedienstete und sonstige Angestellte K 401.008, zusammen also 555.545 Kronen zur Auszahlung gebracht. Zufolge Stadtratsbeschlusses vom 6. Dezember 1917 wurde das systemisierte Neujahrgeld auch allen eingerückten Angestellten zuerkannt. Jene Bediensteten, deren Neujahrgeld nicht mehr als den 3fachen Taglohn beträgt, erhielten den doppelten Betrag ausbezahlt. Die Kosten für die vom Gemeinderate genehmigten Anschaffungszulagen betragen für Beamte und Beamtinnen K 144.230, Unterbeamte K 228.460, Bedienstete und sonstige Angestellte 3.806.612 Kronen, zusammen also 4.179.302 Kronen.

Bezirksratssitzung. Die Bezirksvertretung Neubau hält Montag, den 28. Jänner 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Zur Abgabe von sauren Rüben. Anlässlich der Abgabe von sauren Rüben, für welche die Nummer 13 des amtlichen Einkaufsscheines zur Abtrennung zu gelangen hat, trat neuerlich zutage, dass einzelne Konsumentenvereinigungen diese Nummer von den Einkaufsscheinen ihrer Mitglieder auf andere Artikel bereits abgetrennt haben. Hiedurch werden diese Mitglieder geschädigt, weil sie um die Bezugsmöglichkeit der Rüben in dieser Woche gebracht werden. Die Abtrennung von Abschnitten des amtlichen Einkaufsscheines ohne Verlautbarung des Wiener Magistrates ist unstatthaft und werden die Konsumentenorganisationen im Interesse ihrer Mitglieder neuerlich vor einem solchen unzulässigen Vorgehen gewarnt.

Pensionierung. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoss dem Ansuchen des Direktionsadjunkten des städtischen Exekutionsamtes Edmund Scherer um Versetzung in den bleibenden Ruhestand zugestimmt. Aus diesem Anlasse wurde ihm in Anerkennung seiner besonders erspriesslichen Dienstleistung der Titel Vizedirektor verliehen.

Ermittlung vermisster Heeresangehöriger. Morgen Samstag ist der letzte Tag für die Anmeldung der Vermissten, Kriegsgefangenen und in Kriegsgefangenschaft Verstorbenen. Die Anmeldung findet bei den zuständigen Brotkommissionen in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und 2 bis 5 Uhr nachmittags statt.

26

Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michlew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, 25. Jänner, Abendausgabe.

No. 26.

Eine Konferenz mit der Zentraltransportleitung. Unter dem Vorsitze des Landesverteidigungsministers v. Czapp fand heute eine Besprechung der Wiener Reichsratsabgeordneten und der Gemeindeverwaltung mit den Vertretern der Zentraltransportleitung, für welche erschienen waren: die Oberstlts. v. Plentzner und Richter und Sektionschef Endros vom Eisenbahnministerium. Für die Stadt Wien war Bgm. Dr. Weiskirchner mit den Vicebgm. Hierhammer und Hoss, die GR. Dr. Hein und v. Steiner, Reg. Rat Sturm und sämtliche Wiener Reichsratsabgeordneten gekommen. Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkte einleitend, dass die bestehenden Unklarheiten in der Kompetenzen vielfach zu Missverständnissen führten; unter allen Umständen müsse er aber die Wahrung der Interessen des Hinterlandes im Eisenbahnverkehr erbitten. In der Debatte wurden von beinahe sämtlichen Rednern Beschwerden und Anregungen vorgebracht, auf welche die Vertreter der Zentraltransportleitung erwiderten. Schliesslich bemerkte Exc. v. Czapp, dass die Vorbringungen der genauesten Prüfung unterzogen werden würden und gab die Versicherung, dass den Bedürfnissen des Hinterlandes in Hinkunft nach Massgabe der Möglichkeit Rechnung getragen werde.

I/97

27
Wiener Rathaus-Korrespondenz.
Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Mijew.**
Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Samstag, 26. Jänner 1918. No 27.

Fettbezug für Mindestbemittelte. In der Zeit vom 27. Jänner bis 9. Februar 1918 werden bei den kundgemachten Verkaufsständen der Grossschlächtereier gegen Abtrennung des Abschnittes P des amtlichen Einkaufscheines für alle Gruppen von Mindestbemittelten je 50 Gramm Schwainespeck zum Preise von 48 Hellern für jedes Mitglied des Haushaltes abgegeben.

Abgabe von Sauerrüben. In der kommenden Woche werden vom 31. Jänner bis 3. Februar wieder Sauerrüben nach den Bestimmungen der Kundmachung des Bezirkswirtschaftsamtes Wien, Stelle 6 abgegeben. Die Abgabe erfolgt gegen Abtrennung des Abschnittes mit der Ziffer 23 des amtlichen Einkaufscheines. Auf jede Person entfällt $\frac{1}{2}$ kg. Der Preis beträgt 1.24 für ein Kilogramm.

Ausstellung der Wiener Armenlotterie. Ein Teil der für die Wiener Armenlotterie von der Gemeinde Wien angekauften Gegenstände des heimischen Kunstgewerbes sind im Wiener Kunstgewerbeverein, 1. Bräunerstrasse 11 ausgestellt. Dasselbst gelangen auch Lose der Armenlotterie zu m. Verkauf.

Bezirksratssitzungen. Die Bezirksvertretung Margareten hält am 4. Februar 5 Uhr nachmittags, jene des Bezirkes Pörfahaus am 31. d. M. 6 Uhr abends, und jene des Bezirkes Brigittenau am 6. Februar $\frac{1}{2}$ 6 Uhr abends Sitzungen ab.

Kartoffelabgabe. Die auf den Kopf entfallende Wochenmenge von Kartoffeln wird für die kommende Woche wieder mit $1\frac{1}{2}$ kg festgesetzt. Die Abgabe geschieht in der gewöhnlichen Weise und zwar gegen Abtrennung des ganzen Wochenabschnittes C der neuen Kartoffelkarte.

Wohlfahrtsfleisch. Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird auch in der 45. Woche vom 28. d. M. bis 2. Februar Wohlfahrtsfleisch an die Besitzer gergrünen, blauen und braunen Einkaufscheine im gleichen Ausmasse wie in der abgelaufenen Woche $\frac{1}{2}$ kg (für Haushalte bis 2 Personen) $\frac{1}{2}$ kg (bis 5 Personen) und 1 kg (für 6 und mehr Personen) gegen Abtrennung des Buchstaben Q am Montag A - F, Mittwoch G - K, Donnerstag L - R und Samstag S - Z in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereier abgegeben werden.

Wiener Kinder in die Schweiz. Nach einem der Rathaus - Korrespondenz zugekommenen Telegramm sind 240 Wiener Kinder unter der Führung des Direktors Sieglbauer wohlbehalten in St. Moritz und Einsiedeln bei herrlichem sonnigen Winterwetter angekommen. Sie haben die Reise sehr gut überstanden und fanden in der Schweiz liebevollste Aufnahme.

Kreditanstalt für das Mode- und Kunstgewerbe. Ueber Einladung des Gewerbeförderungsamtes des Landesauschusses fand eine Vorbesprechung über Umwandlung der Kreditgenossenschaft der vereinigten Wiener Kundenschneidermeister in eine „Kreditanstalt für das Mode- und Kunstgewerbe“ statt. Landesinspektor Heindl verwies auf die Notwendigkeit der Errichtung dieser Kreditanstalt im gegenwärtigen Zeitpunkte. Das Land Niederösterreich sei auch während des Krieges bestrebt gewesen, die Organisation des Gewerbes auf dem Gebiete der Produktion und des Kreditwesens zu fördern und habe den Zentralverband vom gewerblichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Niederösterreich geschaffen, seit dessen Bestehen die einzelnen Kreditgenossenschaften unter billigen Bedingungen Betriebskapitalien, die Produktivgenossenschaften jedoch Rohmaterialien zur Verfügung gestellt erhalten. Da es bisher nicht möglich war, eine eigene Kreditorganisation für einzelne Kreditnehmer ins Leben zu rufen, musste man darauf bedacht sein, bestehende Genossenschaften auf eine möglichst breite Basis zu bringen, zumal in den Kreisen des Kunstgewerbes ohnedies die Absicht zur Gründung einer Kreditstelle besteht. Direktor Karl Becker der Kreditgenossenschaft der vereinigten Wiener Kundenschneidermeister entwickelte den Umwandlungsplan, nach welchem die zu schaffende Kreditanstalt alle Kunst- und Modegewerbe umfassen soll. Als Grundlage soll die bisherige Kreditgenossenschaft der Wiener Kundenschneidermeister dienen, wachsend in den 10 Jahren ihres Bestandes aus kleinen Anfängen zu einer beachtenswerten Kreditstelle entwickelt hat. Das neue Institut soll die Form der Genossenschaft m. b. H. beibehalten und alle Arten des Kreditwesens und Inkassowesens pflegen und gleichzeitig als Spareinlagenstelle fungieren. Ministerialsekretär von Pfersmann (Ministerium für öffentliche Arbeiten), Magistratsrat Karinger und Landesinspektor Heindl sicherten die grösstmögliche Förderung der Bestrebungen der neuen Kreditanstalt zu. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass abgesehen von dem bleibendem Zwecke des neuen Institutes die Regierung eine vorübergehende Hilfsaktion zur Wiederaufrichtung der durch den Krieg erschütterten gewerblichen Betriebsbeabsichtige, zu deren Durchführung die Kreditanstalt im bestimmten Masse herangezogen werden wird. Die Versammlung fasste den einstimmigen Beschluss, eine Kreditanstalt für das Mode und Kunstgewerbe zu gründen und setzte zur Durchführung dieser Angelegenheit einen 14 gliedrigen Arbeitsausschuss ein.

Obwänner-Konferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und des VB. Rain und in Anwesenheit der VB. Hierhammer und Hoss fand heute die 89. gemeinderätliche Obwänner Konferenz statt. Magistratsrat Dr. Fastenbauer berichtete über die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle, über die Beistellung von Kassierungswagen seitens des Eisenbahnministeriums, über die Zuweisung von Braunkohle ausserhalb des Kontingentes durch das Arbeitsministerium und über die Beistellung von Arbeitern zur Kohlenverföhrung seitens des Kriegsministeriums. - Magistratsoberkommissär Schramm erstattete hierauf einen ausführlichen Bericht über den Stand der Kartoffelvorräte und teilte mit, dass unter Beibehaltung der bisherigen Quote mit den vorhandenen Vorräten das Auslangen bis in die erste Hälfte des Monats März gefunden werden könne. - Die Konferenz nahm weiters einen Bericht des Magistratsoberkommissärs Dr. Lorenz über die Versorgung der Approvisionierungsgewerbe mit Brennholz und der Bevölkerung mit Unterzundholz zur Kenntnis. Die Gemeinde habe durch zahlreiche Holzankäufe den Bedarf für die nächste Zukunft sichergestellt. Dr.

Lorenz schilderte die grossen Schwierigkeiten, die sich insbesondere der Eringung des Holzes entgegenstellten und stellte fest, dass von der Gemeinde alle Vorkehrungen getroffen wurden, um für die nächste Zeit eine Brennholznot hintanzuhalten. Im Laufe der Debatte, die sich an diesen Bericht knüpfte und an der sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten, nahmen die Gemeinderäte von Steiner und Dr. von Schwarz - Hiller gegen die ausserordentlich hohen durch keine Produktionskosten berechtigten Preise des ab Stamm gekauften Holzes Stellung und konstatierten, dass in dieser Richtung der Konsument der Willkür der Waldbesitzer ohne jeden behördlichen Schutz preisgegeben sei. Gemeinderat von Steiner stellte weiters die Forderung, dass der Sicherstellung von Bauholz für das nach Kriegsende zu erwartende Wiederaufleben der Bautätigkeit seitens des Magistrates ein erhöhtes Augenmerk zugewendet werden soll.

Magistratssekretär Dr. Roskopf berichtet hierauf über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. Er legte ^{Vertragsentwürfe} ~~Vertragsentwürfe~~ vor betreffend die Verlängerung der Kuhwirtschaft auf Gut Sachsengang, die Einrichtung einer neuen städtischen Abmelkwirtschaft auf Gut Rothensee der Gödinger Zuckerfabrik und den Ankauf von Melkkühen aus der Zuckerfabrik Ungarisch-Hradisch mit welcher auch ein Milchlieferungsvertrag abgeschlossen werden soll. Zum Schluss erörtert der Referent das Projekt-beziehungsweise ^{den} ~~den~~ Vertragsentwurf für die Errichtung einer grossen Schweinemastanlage auf Gut Pernhofen mit einer Jahresproduktion von 5000 bis 8000 Fettschweinen. Die vorgelegten Projekte und Vertragsentwürfe werden von der Konferenz zustimmend zur Kenntnis genommen.

Waschen der Strassen. Das Tau- und Nebelwetter hat die Frostkruste in den Strassen aufgetaut und vielfach zur Bildung grösserer Kotmassen geführt. Mit dem geringen vorhandenen ~~Personal~~ ^{Personal}, das auf den weiten Strassenflächen und den vielen Kreuzungen fast verschwindet ist eine erfolgreiche Bekämpfung dieses Misstandes kaum zu erzielen. Soweit die Arbeitskräfte dazu geeignet sind, und ausreichen und nicht zur unaufschiebbaren Abfuhr der Schneemassen an wichtigen Verkehrspunkten Verwendung finden, wurde daher ein Waschen der Strassen veranlasst. Zum ersten Male wurde wegen des grossen Pferdemangels versucht, die im Sommer übliche Bespritzung mit Schlauchtrommelwagen anzuwenden. So wurden am 24. und 25. Jänner die Strassenzüge Spitalgasse - Nussdorferstrasse - Alerbachstrasse sowie die Währingerstrasse gewaschen und wird heute eine grössere Anzahl von Strassen des 1. Bezirkes nebst den wichtigsten Kreuzungspunkten der Lastenstrasse auf diese Art vom Kote gesäubert. In der Nacht auf Sonntag wird die Ringstrasse mittels Sprengwagen und Kehrmaschinen gründlich gereinigt werden. Von Montag ab sollen auch die Hauptstrassenzüge in den an den 1. Bezirk angrenzenden Bezirken einer Waschung unterzogen werden. Natürlich kann diese Waschung nur dann durchgeführt werden, wenn die Temperatur am Abend und in der Nacht nicht unter Null Grad sinkt. Da es nur möglich ist, die Strassen nacheinander vom Kote frei zu bekommen, wurde Vorsorge getroffen, dass die Uebergänge regelmässig gekehrt werden.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.

Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Montag, 28. Jänner 1918. Nr. 28.

Kleinhandelspreise für Zucker in Wien. Infolge der Erhöhung der Eisenbahnfrachttarife hat die Statthalterei mit ihrer Verordnung vom 12. d.M. auch den Grundhöchstpreis für Grossebrød - Verbrauchszucker in Wien um 41 Heller für einen Meterzentner erhöht. Hiedurch tritt jedoch eine Erhöhung der Kleinhandels - Höchstpreise für alle in Verkehr stehenden Zuckersorten, soweit es sich um den Kleinverkauf des Zuckers in losen Stücken handelt, in Wien nicht ein, da die bei der Berechnung der Preise für ein kg um weniger sich ergebenden Bruchteile von Hellern ohnedies bereits seinerzeit bei Festsetzung dieser Kleinhandels - Höchstpreise berücksichtigt worden waren. Nur für den - im Kleinverkehr unter den obwaltenden Verhältnissen tatsächlich fast überhaupt nicht mehr vorkommenden - Handel mit Verbrauchszucker in Originalpackung (z.B. in Kartons à 5 kg) erhöhen sich die in der Magistratskündmachung vom 27. Oktober 1917 festgesetzten Preise um 0.4 Heller für 1 kg. Die Kleinhändler sind daher berechtigt, die Ansätze der ersten Reihe des in ihren Verkaufsläden angeschlagenen Verkaufstarifes um diesen Betrag zu erhöhen.

Ehrendiplom. Dieser Tage erschien das Präsidium des Wiener Wärmestuben-Vereines, bestehend aus dem Präsidenten Alfred von Strasser und den Vizepräsidenten I. von Lötti und VB. Hoss bei Bürgermeister Dr. Weiskirchner, um ihm ein künstlerisch ausgestattetes Diplom als Ehrenmitglied des Wärmestuben - Vereines zu überreichen.

Auszeichnung ^{nach dem Tode.} Der Kanzlei - Diurnist des Wiener Magistrates Viktor Bauernebel, Leutnant in einem Infanterie - Regiment, der am 28. August 1917 gefallen ist, wurde in Anerkennung tapferen und erfolgreichen Verhaltens vor dem Feinde durch die Verleihung des Ordens der eisernen Krone 3. Klasse mit der Kriegsdekoration mit den Schwertern ausgezeichnet.

Todesfall. In der vorigen Woche starb der pensionierte Magistrats - Sekretär Eduard Struschka, welcher auch eine Zeitlang dem Wiener Gemeinderate angehörte. Ueber letztwilligen Wunsch fand das Leichenbegängnis in aller Stille statt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat Max Düttel zum Steueramtsvizeordinator, im Stande der Hauptkasse Peregrin Scholz zum Oberkontrollor, Karl Zmeškal, Eduard Maschek, Karl Hesch und Alois Knobloch zu Oberkontrolloren extra statum, in der Kanzlei Franz Kaiser und August Madera zu Offizialen, Rudolf Karr, Alois Mirnisch und Andreas Bock zu Akzessisten, ferner Rupert Kramer zum Offizial im Jugendamt ernannt.

Neubauer Männergesangsverein. Dieser Verein veranstaltet am 2. Februar 3 Uhr nachmittags im grossen Saal des Wiener Konzerthauses eine Konzertsakademie zu Gunsten des Witwen und Waisen - Hilfsfondes des Infanterie - Regimentes Nr. 4. Karten bei C.R. Alexander, Neubaugasse 15 und Kehlendorfer, Krugerstrasse 3.

29

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 29. Jänner 1918. Nr. 29.

Zum Geburtstag des deutschen Kaisers. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den deutschen Botschafter Grafen Wedel gebeten, dem Kaiser Wilhelm zu seinem Geburtstag die Glückwünsche der Stadt Wien zu unterbreiten. An dem Tage, an welchem der deutsche Kaiser sein Geburtsfest beging, waren über Verfügung des Bürgermeisters die städtischen Gebäude beflaggt worden.

Ernennungen von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat ernannt: Margarete Kohmaier zur Volksschullehrerin 1. Klasse; Wilhelmine Wyroubal und Anna Streit zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse; Marie Krenek zur definitiven Arbeitslehrerin; Katharine Schuster und Emma Schanda zu Kindergärtnerinnen.

Vom Gänsehäufel. Der Stadtrat hat nach einem Bericht des StR. Zatzka das Betriebsergebnis des städtischen Strandbades Gänsehäufel im Jahre 1917 genehmigend zur Kenntnis genommen. Das Betriebsergebnis ist das glänzendste seit dem Bestande des Bades. Es wurde an 114 Betriebstagen von 362.035 gegen 220.400 Personen im Jahre 1916 und gegen 143.612 im Jahre 1915 besucht. Der stärkste Zuzug an einem Tage bezifferte sich mit 11.657 Personen. Diese Rekordziffern sind offensichtlich darauf zurückzuführen, dass im Vorjahre zahlreiche Familien in Wien blieben und das Strandbad Gänsehäufel als Ersatz für die Sommerfrische benützten. Das anhaltend warme Wetter war allerdings die Vorbedingung für den starken Besuch. Dem Verhältnisse nach entfielen 37.9 % der Besucher auf das Familienbad, 25.9 % auf das Männerbad 17.7 % auf das Frauenbad, 14.9 % auf das Knabenbad und 3.6 % auf das Mädchenbad. Die Einnahmen für verkaufte Karten im Jahre 1917 betragen 321.373 Kronen, das ist fast das doppelte als im Jahre 1916.

Wiederbelegung verfallener Gräber. Nach dem 1. März werden heimgefallene Gräber im Sieveringer, Ottakringer und Baumgartner Friedhof wiederbelegt. Enterdigungen der Leichenreste sind nur vor der Wiederbelegung der Grabstellen zulässig. Gesuche sind bis 1. März l. J. beim Wiener Magistrate Abteilung 10 einzubringen.

Auszeichnung. Die Angestellten der städtischen Stellwagenunternehmen Wagenführer Franz Sladek und Schaffner Wenzel Zügler wurden durch die Verleihung der silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

21. Jahrgang. 21. Jahrgang. 21. Jahrgang. 20. Jänner 1918. Nr. 30.

Städtische Versicherungsanstalten. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des GR. Aichhorn den Verwaltungsbericht der Kaiser Franz Josef - Jubiläums - Lebens und Renten-Versicherungsanstalt für das Jahr 1916 (18. Betriebsjahr) genehmigt. Im dritten Kriegsjahre erlitt die Zahl der Angestellten durch weitere Einberufungen eine abermalige Verminderung, welche an die Arbeitskraft der zurückgebliebenen Angestellten und der während des Krieges eingetretenen Hilfskräfte die weitestgehenden Anforderungen stellte. Auch das Jahr 1916 hatte unter einer Stagnation der Entwicklung des Versicherungsstandes zu leiden. Trotzdem hatte die Anstalt eine kleine Steigerung der Produktion und des gesamten Versicherungstandes und eine Steigerung der wichtigsten Post, der Prämieineinnahme, zu verzeichnen. Der Verlauf der Sterblichkeit bei den Versicherung auf den Todesfall war im Berichtjahre ein sehr günstiger. Abgesehen von den auf im Kriege verstorbenen Personen entfallenden Schäden zeigt sich ein Ergebnis, welches dem günstigsten der Friedensjahre gleichkommt. Der Gebährungsüberschuss betrug insgesamt 511.834 Kronen, wovon 51.183 Kronen dem Reservefonds, 76.775 Kronen dem Pensionsfonds, 25.591 Kronen dem Kursschwankungsfonds, 15.355 Kronen dem Kriegsreservefonds zugewiesen wurden. 255.917 Kronen wurden für Dividendenverteilung an Versicherte verwendet, 87.011 Kronen wurden auf neue Rechnung vorgetragen.

Die Ausgestaltung der Technik. Oberbaurat Major Baumann und Hofrat Marchet sprachen in Vertretung des Oesterreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines bei Bürgermeister DR. Weiskirchner vor, um ihm namens der Technikerschaft den Dank für seine Aktion zur Ausgestaltung der Technik auszusprechen.

Dienstjubiläum. Der dem Mehlabgabebeamt zugeteilte Marktamt-Oberinspektor Josef Kneifel beging heute den Gedenktag seines vor 25 Jahren erfolgten Eintrittes in städtische Dienste. Aus dem landwirtschaftlichen Berufe hervorgegangen, hat er während seiner Dienstzeit im Marktamt an verschiedenen Stellen, insbesondere als Leiter der Viktualienhalle und der städtischen Uebernahmestelle für Vieh und Fleisch sich verdienstvoll betätigt. Auch in seinem derzeitigen Wirkungskreise hat er sich die Anerkennung seiner Vorgesetzten zu erringen gewusst und er erfreut sich bei den Parteien (Bäckern, Kaufleuten) die im Lebensmittelamt verkehrsgrosser Beliebtheit. Dem Jubilar wurden von seinen Vorgesetzten und Kollegen zahlreiche Ehrungen zuteil.

Der Kaisergarten. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des StR. Körber ein Anbot auf Verkauf des Kaisergartens abgelehnt. Der Gemeinde Wien wurden bereits wiederholt Angebote auf Ankauf dieser Liegenschaft, auf welcher sich das Etablissement „Venedig in Wien“ befand gemacht, infolge der zu hohen Forderungen wurden sie aber jedesmal abgelehnt. Die Eigentümer der Realität haben im Vorjahre um die Baulinienbestimmung für den Kaisergarten angesucht, welchem Ansuchen von der Gemeinde Wien Folge gegeben werden musste. Es wurde jedoch von allen Seiten während der Beratung im Gemeinderate mit Entschiedenheit das Verlangen erhoben, dass eine Verbauung des Kaisergartens nicht stattfinden solle.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang, Wien, Donnerstag, 31. Jänner 1918. Nr. 31.

Abgabe von Speiseessig. Ueber neuerliches Einschreiten der Gemeinde Wien wurde vor einiger Zeit vom Kriegsministerium eine grössere Menge reiner Essigsäure für den Zivilkonsum freigegeben. Diese Essigsäure wurde zu 2½ %igen Speiseessig verarbeitet und dermassen verteilt, dass jeder Haushalt abermals ½ Liter bei jener Stelle erhält, bei welcher er hinsichtlich seines Mehlbezuges rayoniert ist. Jene Haushaltungen, welche bei den städtischen Mehlabgabestellen das Mehl beziehen, können den ihnen zukommenden Essig ab Freitag, 1. Februar bei ihrer zuständigen Mehlabgabestelle gegen Vorweisung des amtlichen Einkaufscheines und Abtrennung des Abschnittes 10 beziehen. Der Abgabepreis wurde mit 13 Hellern für ½ Liter festgesetzt.

Kredithilfe für den durch den Krieg betroffenen Gewerbestand. VB. Hierhammer berichtete in der heutigen Sitzung über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbestand. Schon im Oktober 1916 hat sich die Gemeinde Wien grundsätzlich bereit erklärt, sich an der vom niederösterreichischen Landesauschuss in Angriff genommenen Fürsorgetätigkeit Handwerker und Kleinkaufleute, die durch den Krieg betroffen wurden, zu beteiligen, wobei die von der militärischen Dienstleistung Zurückkehrenden besonders zu berücksichtigen sind. Das Abgeordnetenhaus hat am 16. November 1917 beschlossen, einen Betrag bis zu 100 Millionen für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen mit der Bestimmung, dass der Staat sich mit 75 % beteilige. Der Stadtrat beschloss heute von den restlichen 25 % der zu leistenden Darlehensausfallhaftungen und Zinszuschüssen 40 % mit der Einschränkung zu übernehmen, dass die von der Gemeinde Wien zu leistenden Zuwendungen nur für Wiener Gewerbetreibenden Verwendung finden dürfen. Die erforderlichen Geldmittel werden im Kreditwege beschafft. Von der Regierung wurden 100 Millionen verteilt auf 3 Budgetjahre in das Budget eingestellt. Die in einem Jahre etwa erzielten Ersparungen sind immer im nächsten Voranschlag für den gleichen Zweck einzustellen. Es wird angenommen, dass die Hilfsaktion für Niederösterreich 20 Millionen an Darlehensgeldern erfordert, wovon 15 Millionen auf Wien entfallen.

An das Referat knüpfte sich eine längere Debatte, an welcher sich Stadträte Hohensinner, von Steiner, Grünbeck, Dr. Hein, Körber, Knoll, Hötzel, Müller und VB. Rein beteiligten. Die Annahme des Antrages des Berichterstatters erfolgte einstimmig.

Nachmusterung. Am 7., 14., 21. und 28. Februar und am 7., 14., 21. und 27. März finden in Wien, 3. Landstrasser Hauptstrasse 97 (Dreher's Bierhalle) Nachmusterungen statt. Es werden alle jene Landsturmpflichtigen der Geburtsjahrgänge 1865 bis 1900, welche bereits auf Grund der früheren Einberufungskundmachungen zur Musterung verpflichtet waren, jedoch aus irgend einer Ursache bisher vor der Musterungskommission nicht erschienen sind, aufgefordert, bei Vermeidung strenger Bestrafung ihrer Musterungspflicht unverzüglich zu entsprechen. Zu diesem Behufe haben sich diese Landsturmpflichtigen im Konseptionsamte des Wiener Magistrates, 1. Friedrich Schmidtplatz 1, Abteilung für Stellungsangelegenheiten, umgehend anzumelden, woselbst ihnen die Musterungsvorladung ausgefolgt werden wird.

Die Kriegsmuttergottesstatue des Schützenregimentes Nr. 21 von Görz in St. Pölten. Aus St. Pölten wird uns berichtet: Das Schützenregiment St. Pölter Nr. 21, das auf den verschiedensten Kriegsschauplätzen ruhmreich gestritten und geblutet und feuerumloht am Isonzo Widerstand geleistet hat, hat im März vorigen Jahres ^{in Görz} einen besonderen Beweis des

Schutzes der Gottesmutter erfahren. Am 8. März 1917 gruben zwei Plänkler des Regimentes aus dem Schutte der gänzlich zerstörten Görzer Katharinenkirche eine uralte Muttergottesstatue aus, welche von ihrem Kommandanten über dem ^{Kaverneneingang} als Schutzpatronin aufgestellt, bei dem Feuerüberfalle am 10.3. Offiziere und Mannschaft wunderbar rettete. Zum Danke wurde die Statue vom Regimente nach seiner Friedensgarnison St. Pölten übersendet, wo sie am Maria Lichtmesstage am Hochaltare der Garnisonskirche als Gnadenbild feierlich installiert wird. Die Leitung der Vorarbeiten des militärisch kirchlichen Festes hat Major Alois Apfelbeck in die Hand genommen. Die Restauration der kleinen Schäden der Statue wurde vom St. Pöltner Bildhauer Leopold Zimmerl und vom Maler Lechner im Geiste der Antik ausgeführt. Die in Messing gravierte Inschrift der Statue hat folgenden Wortlaut:

„Dieses Muttergottesbild stammt aus der gänzlich zerschossenen Kirche St. Katharine bei Görz, aus deren Trümmern es unversehrt geborgen wurde. Nachher oberhalb eines Kaverneneinganges aufgestellt, blieb es, obwohl 2 italienische 15 cm Granaten denselben vollständig zertrümmerten, wiederum auf wunderbare Weise unverletzt. Von den kämpfenden Offizieren wurde dieses heilige Bild in die Heimatstadt des Regimentes übersendet und an diesem Orte am 2. Februar 1918 durch Seine Eminenz den hochw. Herrn Bischof Dr. Johannes Rössler feierlich enthüllt. Möge dasselbe ein Andenken sein an die ruhmreichen Kämpfe des Schützenregimentes Nr. 21 im Weltkrieg.“